



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- Vereinigung und Teilung. Zwischenruf eines Grenzgängers
- Dänische Identität gestern, heute und morgen
- Grenzüberschreitende Kulturzusammenarbeit
- Die Landschaft Angeln und der Nationalsozialismus
- Der junge Aktivist Karl Otto Meyer

# ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

- HERAUSGEBER:** ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.  
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig
- Redaktionsgeschäftsstelle:* Barbara Quednau
- Anschrift:* Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg  
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20  
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de  
www.ads-grenzfriedensbund.de  
www.facebook.com/Grenzfriedenshefte
- Geschäftszeit:* Dienstag, 09.00-12.00 Uhr, Mittwoch, 09.00-13.00 Uhr  
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0
- Mitgliedsbeitrag:* 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.
- Abonnement:* 15 € zuzgl. Porto
- Bankverbindungen:* HypoVereinsbank – BIC: HYVEDEMM300  
IBAN: DE27 2003 0000 0080 0094 07  
Nord-Ostsee-Sparkasse – BIC: NOLADE21NOS  
IBAN: DE74 2175 0000 0000 0829 88

## INHALT

Seite

<i>Gerret Liebing Schlaber</i> Vereinigung und Teilung. Zwischenruf eines Grenzgängers zu den bevorstehenden 100. Jahrestagen von 1920 .....	3
<i>Knud-Erik Therkelsen</i> Dänische Identität – gestern, heute und morgen .....	35
<i>Andrea Graw-Teebken</i> Grenzüberschreitende Kulturzusammenarbeit in der Region Sønderjylland-Schleswig .....	43
<i>Matthias Scharl</i> Die Landschaft Angeln und der Nationalsozialismus. 1. Teil: Das Vordringen der NSDAP in den ländlichen Raum .....	55
<i>Mogens Rostgaard Nissen</i> Karl Otto Meyer – ein junger Aktivist in Dänemark 1945 – 1949 .....	83
Umschau .....	97
Buchhinweise .....	111
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe .....	125
Verzeichnis der im Jahre 2017 in den Grenzfriedensheften erschienenen Aufsätze .....	126

Die Grenzfriedenshefte erscheinen halbjährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.  
Einzelheft 7 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

*Unabhängige Redaktion der Grenzfriedenshefte:*

- Levke Bittlinger M.A.
- Ilse Friis, cand.mag.
- Ruth E. Clausen, Dipl. Museol. (FH)
- Dr. Matthias Scharl (verantw.)
- Gerret Liebing Schlaber, ph.d.

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6, 24937 Flensburg

Printed in Germany

ISSN 1867-1853

# Vereinigung und Teilung

Gedanken eines Grenzgängers zu den bevorstehenden  
100. Jahrestagen der Volksabstimmungen und der Grenzziehung  
von 1920

von GERRET LIEBING SCHLABER

*2020 wird es genau 100 Jahre her sein, seitdem die heutige deutsch-dänische Grenze auf der Grundlage der durch den Versailler Vertrag vorgesehenen Volksabstimmungen gezogen worden ist. Bekanntlich ergab sich in der nördlichen Ersten Zone eine Dreiviertelmehrheit für Dänemark, in der Zweiten Zone südlich davon eine sogar noch ein wenig deutlichere Mehrheit für Deutschland. In die dänische Geschichte ist dieses Ereignis als „Wiedervereinigung“ eingegangen, deren „Jubiläum“ es zu feiern gilt. Aber auch bei den Minderheiten, die seinerzeit als Verlierer zurückgeblieben waren, soll dies als deren „Geburtstag“ gewürdigt werden. In seinem neuen Beitrag in der seit 2001 in loser Folge erscheinenden Reihe „Gedanken eines Grenzgängers“ versucht unser Redaktionsmitglied, der Historiker und Politikwissenschaftler Gerret Liebing Schlaber, die Ereignisse von 1920 in einen breiteren geschichtlichen Kontext zu setzen. Er plädiert hierin für einen möglichst emotionsfreien und zukunftsorientierten Umgang mit der Geschichte. Diskussionen sind wie immer hochwillkommen.*

*Die Redaktion*

## Einleitung

Es ist bald 100 Jahre her, dass die heutige Staatsgrenze zwischen Deutschland und Dänemark zwischen dem Lister Tief und der Flensburger Förde quer durch das historische Herzogtum Schleswig gezogen worden ist. Zweifelsohne zählt dies zu den bedeutendsten Ereignissen in der langen Geschichte der Region. Anders als die meisten Grenzverschiebungen in Europa fußte diese jedoch nicht auf militärischen Eroberungen, Separationskriegen, dynastisch bedingten Erbteilungen oder Gebietszusammenlegungen, sondern auf international überwachten und koordinierten Volksabstimmungen. Dies soll 2020 mit einer Vielzahl von Veranstaltungen gewürdigt und gefeiert werden. Bereits 2017 wurde eine

Projektkoordinationsgruppe eingerichtet, deren hauptamtlicher Sekretär der vormalige Flensburger Oberbürgermeister Simon Faber geworden ist. Den Vorsitz hat Apenrades Bürgermeister Thomas Andresen inne. Beteiligt sind neben den vier nordschleswigschen Kommunen auch Esbjerg, Vejen und Kolding, deren südliche Teile in die historische Region Schleswig hineinragen. Das dänische Kulturministerium hat mit dem Staatshaushalt 2018 bereits zehn Mio. Kronen für Aktivitäten zur Verfügung gestellt, die vor allem für Unterrichtsprojekte und -material an Bildungseinrichtungen im ganzen Land vergeben werden sollen. Drei weitere Millionen kommen von der Region Syddanmark, und auch die Grenzkommunen Apenrade und Sonderburg stellen bis 2020 jährlich je 300.000 Kronen in ihren Haushalten bereit.<sup>1</sup>

Neben einer Vielzahl von Ideen für Projekte und Veranstaltungen gibt es auch schon konkrete Pläne für dauerhafte Veränderungen im öffentlichen Raum: In Apenrade wird der Parkplatz vor dem „Folkehjem“ - in der späten Kaiserzeit und vor allem im Zuge des politischen Prozesses zwischen Kriegsende 1918 und vor und nach der Eingliederung Nordschleswigs in den dänischen Staat wichtiger Versammlungsort für nationale dänische Manifestationen - nach einem bereits 2017 abgeschlossenen Wettbewerb zu einem neuen „Wiedervereinigungspark“ („Genforeningshave“) <sup>2</sup>. Viele andere Projekte und Vorhaben befinden sich in der Planung oder zumindest in der Diskussion.

Die durch die beiden Volksabstimmungen 1920 gefundene und seit jener Zeit stabile Grenze zwischen Deutschland und Dänemark wird mit vielen Superlativen bedacht und geradezu als Musterbeispiel für eine faire Grenzziehung herausgestellt. Das Modell der Minderheitenregelung gilt als vorbildlich, das Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen in Mehr- und Minderheiten als entspannt, die lange Zeit ernsthafter Konflikte als längst überwunden. Kein Realist wird den Verlauf heute noch in Frage stellen, um ihn zu Gunsten der einen und folglich zu Lasten der anderen Seite zu verschieben. Wer sich doch in diese Richtung äußert, verdient sich bestenfalls Hohn und Spott. <sup>3</sup> Im übrigen wurde die Grenze nicht einmal 1940 bei der militärischen Besetzung Dänemarks durch das nationalsozialistisch regierte Deutsche Reich verschoben, ebensowenig nach dem Zweiten Weltkrieg angesichts des starken Zulaufs zehntausender Südschleswiger zur dänischen Seite.

In der Tat hat sich die Grenze seither fest verankert, und zwar sowohl in der Praxis als auch in den Köpfen. Wenn man die Region beiderseits der Grenze meint, spricht man vom „Grenzland“ - viel seltener hingegen von „Schleswig“, das zwar jahrhundertlang hier als Herzogtum bestand, aber das heute eben wegen der Grenze kaum noch als eigenständige Größe wahrgenommen wird. Oder von „Sønderjylland“, das zwar mit „Schleswig“ praktisch identisch ist, sich aber seit der Ziehung ebenjener Grenze im dänischen Sprachgebrauch



Abb. 1 Parkplatz vor der vormaligen Landesbibliothek und dem gerade 1918-20 wichtigen dänischen Versammlungshaus Folkehjem), der bis 2020 zu einem „Wiedervereinigungsgarten“ (Genforeningshave) umgestaltet werden soll.

als Name nur für den nördlich der Grenze gelegenen Landesteil durchgesetzt hat. Das genannte schleswigsche Modell zur Minderheitenfrage wird auch als „Grenzlandmodell“ bezeichnet.

Die 1997 eingerichtete grenzüberschreitende und für die Lösung praktischer Grenzfragen wie etwa der Beratung der Grenzpendler unverzichtbar gewordene grenzüberschreitende Institution heißt dann auch folgerichtig „Infocenter Grenze“. Dessen Träger nennt sich etwas umständlich „Region Sønderjylland-Schleswig“, wobei ausgerechnet der Bindestrich die Trennung zwischen Dänisch und Deutsch an der Grenze signalisiert.<sup>4</sup> Um viele weitere wichtige Verbindungen im Grenz-Land auch über die Grenze hinweg kümmern sich Grenzverbände, nicht zuletzt der ADS-Grenzfriedensbund mit den Grenzfriedensheften sowie als wichtigster dänischer Verein dieser Art Grænseforeninger mit der Zeitschrift „Grænsen“. Sollten diese Verbände ursprünglich vor allem die jeweils eigene Nation und nicht zuletzt deren Vertreter jenseits der Grenze stärken, zählen heute Dialog und Zusammenarbeit über Staats- und Gesinnungsgrenzen hinweg zu ihren Hauptaufgaben. Auch Politiker und Parteien aller Couleur betonen die gute, wichtige und selbstverständliche Zusammenarbeit mit den Nachbarn. Ist diese Grenze also eine bessere Grenze als andere?

## **Entstanden im Zuge einer Katastrophe**

Um die Bedeutung der heutigen deutsch-dänischen Grenzen bewerten zu können, ist es wichtig, die Grenzziehung im Kontext ihrer Zeit zu betrachten. Historisch untrennbar sind die Volksabstimmungen vom 10. Februar und 14. März 1920 mit dem Ende des Ersten Weltkriegs verbunden. Diese „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ markierte das grausame Ende einer später als „guter alter Zeit“ verkärten Epoche. Auch als erfahrener, mit den schlimmsten Auswüchsen menschlichen Handelns vertrauter Historiker steht man heute noch fassungslos angesichts der Gedankenlosigkeit, Machtsucht und Unfähigkeit, mit welcher die damals politisch Verantwortlichen dieses millionenfache Töten vom Zaun gebrochen hatten. Zwar blieb unsere Region von Kampfhandlungen verschont, doch die Denkmäler auf nahezu jedem Friedhof künden unmissverständlich davon, dass auch von hier aus mehrere tausend, meist noch junge Männer in den grausamen Stellungskrieg in Westeuropa oder in die schrecklichen Schlachten in Osteuropa ziehen mussten und oft nicht zurückkehrten. Viele Überlebende hatten ihr Leben lang mit den psychischen und oft auch körperlichen Folgen zu kämpfen.

Der Krieg brachte nicht nur Leid in die Familien der Soldaten, sondern auch wirtschaftliche Not. Dennoch kam unsere Region glimpflicher davon als viele andere Teile Europas, auch bei der folgenden Grippeepidemie, die weitere Millionen Menschen dahinraffte. Dänemark war neutral geblieben, hatte aber unter den kriegsbedingten Einschränkungen des Warenverkehrs zu leiden, wenn auch einige Dänen, namentlich die sogenannten „Gulaschbarone“, mit dem Krieg gute Geschäfte machten .

## **Selbstbestimmungsrecht der Völker – aber was ist ein Volk?**

Es war klar, dass man nach dem Krieg nicht einfach den Status Quo Ante wiederherstellen konnte. Immerhin schien die Demokratie zu den Siegern zu gehören: Die großen Siegermächte waren das bereits seit dem späten 17. Jahrhundert schrittweise immer demokratischer gewordene Großbritannien, die seit 1871 stabile III. Französische Republik und die seit 1776 demokratisch-republikanisch strukturierten USA. Auch in den im Krieg neutralen Königreichen im Norden und Westen Europas hatte sich die parlamentarische Demokratie durchgesetzt, so auch 1901 in Dänemark, das sich bereits 1849 ein modernes Grundgesetz gegeben hatte. Viele der neu entstandenen Staaten konstituierten sich zunächst ebenfalls demokratisch, und nicht zuletzt schlugen einige der Kriegsverlierer nach dem Sturz ihrer Monarchien den Weg zu einer demokratischen Republik ein. Auch in Deutschland übernahmen nach der erzwungenen Abdankung



Abb. 2 Dänische, reichsdeutsche und schleswig-holsteinische Flaggen am 10. Februar 1920 in der Großen Straße in Apenrade

Kaiser Wilhelms II im Zuge der Novemberrevolution 1918 republikanische Kräfte die Verantwortung und gaben dem angeschlagenen Reich eine demokratische Verfassung. Unter diesen Voraussetzungen war es naheliegend, zumindest einige der vielen strittigen Grenzfragen auf demokratischem Wege zu lösen. Die Formel vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ sollte endgültig zum Grundprinzip werden. Allerdings ist dieser so schön klingende Begriff nicht unproblematisch, was in erster Linie an den verschiedenen Auffassungen des Begriffes „Volk“ liegt. Stand dieser seit der Aufklärungszeit im späten 18. Jahrhundert in erster Linie vor allem im Zusammenhang mit der Frage der Volkssouveränität im Gegensatz zur Fürstenmacht, wurde die Dimension der ethnischen Volkszugehörigkeit im Laufe des 19. Jahrhunderts immer zentraler. Dies wurde dadurch verstärkt, dass nicht nur liberale und demokratische Bewegungen, sondern zunehmend auch autokratische Herrscher und Machteliten den Begriff des Volkes als einheitlicher Nation immer mehr verinnerlichten.<sup>5</sup>

Dabei bot der vor allem durch die 1918 vorgestellten Friedenspläne von US-Präsident Woodrow Wilson ganz oben auf die internationale Agenda gesetzte Begriff vom Selbstbestimmungsrecht der Völker zwar eine gute Grundlage für eine stabile Nachkriegsordnung. Dabei wurde – und wird bis heute – aber oft übersehen, welche gravierenden Probleme der Begriff mit sich führt. Erstens trägt er der Tatsache keine Rechnung, dass ein „Volk“ eigentlich ein abstrakt-theoretischer Begriff ist und keineswegs eine natürliche Größe bestimmt. Zweitens ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker keineswegs gleichzusetzen mit dem Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen – dies drittens umso mehr, weil ein – selbst durch Volksabstimmungen gesichertes – Selbstbestimmungsrecht einer Nation automatisch Verlierer produziert, nämlich die unterlegenen Minderheiten. Viertens geht der Begriff von ethnisch einheitlichen Völkern auf abgerundeten Territorien aus und verleugnet, dass es nicht wenige Gebiete ohne eindeutige Mehrheiten gibt. Fünftens stellt sich die grundsätzliche Frage, welche Voraussetzungen – Bevölkerungszahl, kulturelle Eigenheiten, Wirtschaftskraft usw. – ein Volk überhaupt zum „staatsfähigen“ Volk machen. Sechstens bietet diese Völkerrechtsauffassung wenig Spielraum für Kompromisse – etwa für die Tatsache, dass Familien gemischt national oder dass Individuen in mehr als einer Kultur verankert sein können.

Ohnehin kann man mit Blick auf die Entwicklung ab Ende des Ersten Weltkriegs keineswegs behaupten, dass das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ konsequent und gerecht angewendet wurde. Zwar entstanden mehrere neue Staaten, deren tragende Völker vorher unselbständig vor allem unter den Kaiserreichen Österreich-Ungarn und Russland gestanden hatten, ähnlich wie es in den Jahrzehnten zuvor beim Rückzug des Osmanischen Reichs aus Europa geschehen war.<sup>6</sup> Dabei fällt jedoch auf, dass das Konzept ausschließlich zu Lasten der Kriegsverlierer (inklusive des 1917 aus dem alliierten Bündnis ausgeschiedenen und dann im Bürgerkrieg versunkenen Russland) angewendet wurde. Neben Schleswig, wo Dänemark – nicht zuletzt dank der Tatkraft des Reichstagsabgeordneten und Realpolitikers H.P. Hanssen – als einziges vorher nicht am Krieg beteiligtes Land in die Neuordnung von Grenzen einbezogen wurde, fanden Volksabstimmungen zu Grenzfragen dann auch nur in Teilen Kärntens (zwischen Rest-Österreich und dem neuen SHS-Königreich)<sup>7</sup>, im Gebiet Ödenburg (zwischen Ungarn und Österreich; das an letzteres gefallene Gebiet wurde zum Burgenland)<sup>8</sup> sowie in Oberschlesien<sup>9</sup>, im Osten der aufgelösten Provinz Westpreußen mit Marienwerder<sup>10</sup> und in Südostpreußen<sup>11</sup> (alle zwischen Polen und Deutschland) statt. Alle anderen Gebietsveränderungen zu Lasten der Kriegsverlierer und meist zu Gunsten der Siegermächte wurden in den Pariser Vorortverträgen festgelegt, auf welche die betroffenen Länder nur wenig Einfluss nehmen konnten. Einige Gebietsveränderungen dienten of-

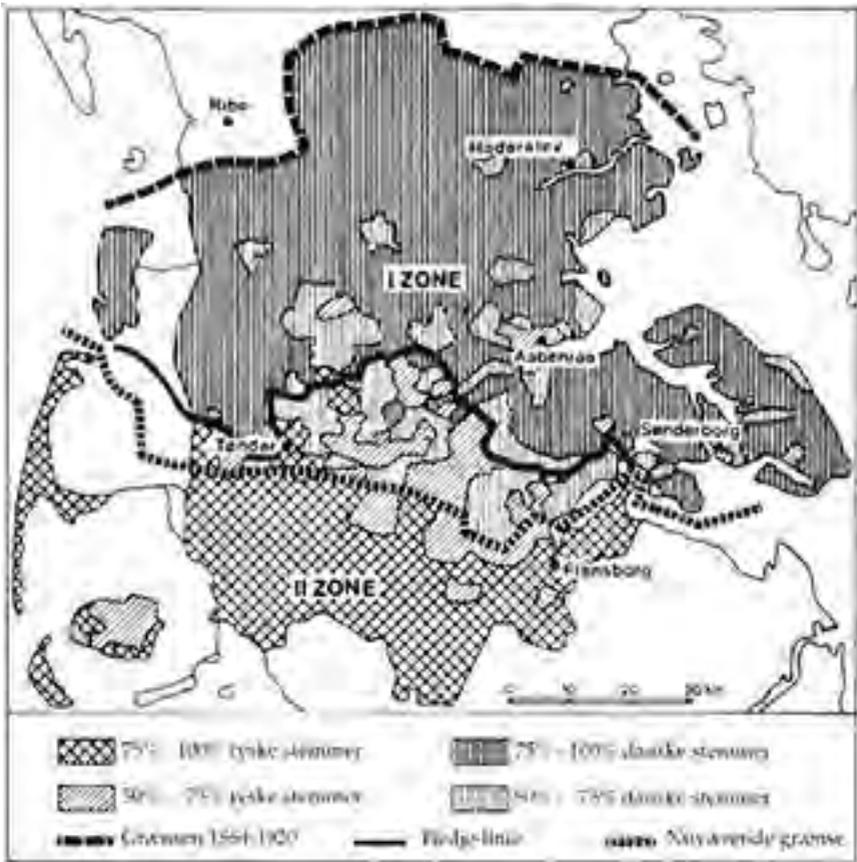


Abb. 3 Übersicht über die Mehrheitsverhältnisse bei den Volksabstimmungen 1920 (Zeichnung Hans Clausen)

fenkundig der Abrundung der Territorien von Siegermächten und standen der nationalen Zugehörigkeit der Bewohner entgegen. Die markantesten Beispiele sind Südtirol, wo bis dahin nur wenige Italiener gelebt hatten, und Siebenbürgen, dessen seither Rumänien unterstellte ungarische Bewohner heute eine der größten autochthonen Minderheitengruppen in Europa ausmachen. Die Berufung auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ hat zwar manchen Völkern souveräne Nationalstaaten und an einigen Stellen – darunter Schleswig – ausgeglichene Minderheitenverhältnisse gebracht. Auf der anderen Seite

wurden dadurch ebenso viele neue Nationalitätenkonflikte geschaffen bzw. bestehende zu Lasten anderer Bevölkerungsteile verlagert. Dass die europäischen Mächte von einem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ in ihren Kolonien nichts wissen wollten, macht dieses Konzept umso unglaubwürdiger. Willkürliche Grenzziehungen in den von den Alliierten zunächst als „Völkerbundsmandate“ übernommenen, von der Türkei abgetrennten arabischen Territorien taten ein Übriges. Wie wir heute wissen, hielt die Nachkriegsordnung keine 20 Jahre. Eine Glanzzeit der europäischen Geschichte, für die man 100 Jahre später ein „Jubiläum“ begehen sollte, war das Jahr 1920 gewiss nicht.

### **Die heutigen Grenzen des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“**

Wie aktuell dieses Problem ist, zeigt die Problematik zweier europäischer Regionen, deren Bevölkerung sich zu wesentlichen Teilen als eigene Nation versteht. Viele ihrer Angehörigen fordern die staatliche Souveränität – und in beiden Fällen spielte eine Volksabstimmung eine wesentliche Rolle. In Schottland brachte dies 2014 zwar eine Mehrheit von 55 Prozent gegen die Eigenstaatlichkeit. Doch zeigte das relativ knappe Ergebnis, wie gespalten die Bevölkerung in dieser Frage ist. Diese Spaltung wurde durch die nächste Volksabstimmung, nämlich jene über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU, noch vertieft, denn die Mehrheit der Schotten wollte anders als die Mehrheit in England in der Union bleiben. Die derzeitige Ruhe im Hintergrund schwieriger „Brexit“-Verhandlungen darf nicht darüber hinweg täuschen, dass die schottische Frage keineswegs gelöst ist.<sup>12</sup>

Noch schwieriger ist die Lage in Katalonien, wo die Befürworter der staatlichen Unabhängigkeit bei den letzten Wahlen knappe Mehrheiten erzielten. Die Lage eskalierte, als die Regionalregierung eine Volksabstimmung über die Eigenstaatlichkeit Kataloniens initiierte, die am 1. Oktober 2017 eine Mehrheit hierfür brachte. Das harte Vorgehen der spanischen Regierung und Behörden gegen die von Madrid als illegal angesehene Abstimmung und gegen die führenden Unabhängigkeitspolitiker verschärfte die Lage weiter. Die Festnahme des durch die Zentralregierung abgesetzten katalonischen Regionspräsidenten Carles Puigdemont bei Schleswig am 25. März 2018 führte diesen Konflikt sogar in unsere Region.

Bemerkenswert ist, dass der Vorwurf des Nationalismus meistens nur dem kleineren Part gemacht wird, nicht aber den Vertretern der Zentralregierungen, die doch letztlich auch für ihren Nationalstaat kämpfen.<sup>13</sup> Bemerkenswert ist zudem, dass die tiefe Uneinigkeit in der jeweiligen Bevölkerung darüber, ob man sich einem eigenständigen Volk oder der größeren Staatsnation zugehörig fühlt, in aller Deutlichkeit zeigt, dass man hier mit dem „Selbstbestimmungsrecht der

Völker“ und dem herkömmlichen Nationalstaatsprinzip keine tragbare Lösung finden kann – auch nicht mit Hilfe von Volksabstimmungen. Noch viel mehr gilt dies für Nationalitätenkonflikte wie z.B. vielerorts in der Kaukasus-Region, die kurdische Frage, Israel/Palästina oder in zahlreichen postkolonialen Staaten Afrikas mit ihren meist willkürlich von den Europäern gezogenen Grenzen.

Erwähnt sei an dieser Stelle, dass das jüngste NATO-Mitglied und vermutlich nächste EU-Beitrittsland Montenegro vor gerade einmal zwölf Jahren ein souveräner Staat wurde – übrigens nach einer Volksabstimmung (21. Mai 2006) mit einem knappen Ergebnis. Dass es hier nicht zu größeren Grenz- oder Nationalitätenkonflikten gekommen ist, mag daran liegen, dass schwere nationale Konflikte in Montenegro anders als in den unmittelbaren Nachbarregionen – in Bosnien oder im Kosovo, dessen völkerrechtliche Lage immer noch ungeklärt ist – nie stattgefunden haben und sich in dem nur 650.000 Einwohner starken multikulturell geprägten Land, das nach dem Ende des Ersten Weltkrieges seine Eigenständigkeit verloren hatte, ein starkes Regionalbewusstsein durchgesetzt hat. Dass das kleine Montenegro trotz mancher Schwierigkeiten einen europäischen Weg ohne allzu scharfe Abgrenzungen zu den Nachbarn sucht, mag hier ebenfalls hilfreich sein.

Es soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden, inwieweit die Bestrebungen nach staatlicher Unabhängigkeit legitim sind oder nicht. So lange Staaten nach dem Muster des im 19. Jahrhundert in Europa durchgesetzten Nationalstaats die souveränen Hauptakteure bleiben, werden Menschengruppen unter Berufung auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ nach Eigenstaatlichkeit streben. Die „Nationenwerdung“ ist kein beendeter Prozess, das galt 1920 so wenig wie heute. Wer das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ preist, darf jedoch nicht vergessen, dass ein Volk eine ziemlich abstrakte Größe und ein sehr dehnbarer Begriff ist, der in sich viel Konfliktstoff birgt.

Hinzu kommt, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht identisch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Menschen ist. Vollendet werden kann es nur, wenn man von einem 100 Prozent homogenen und bezüglich der Eigenstaatlichkeit einigen Volk ausgeht. Wie wir wissen, war das die Idealvorstellung bei der Entstehung des Nationalstaatskonstrukts. Auf die Spitze getrieben wurde sie dadurch, dass man widerstrebenden Landesbewohnern entweder zu verstehen gab, dass sie sich gegenüber der angeblich legitimen Staatsnation zu assimilieren hätten, oder dass man diese überhaupt nicht mehr im Land dulden wollte. Letzteres ist im 20. Jahrhundert millionenfach geschehen, unter solchen furchtbaren euphemistischen Begriffen wie „Bevölkerungsaustausch“, „heim ins Reich“ oder „ethnische Säuberungen“ – bis hin zum Völkermord. Mit solchen Konzepten zur Schaffung eines homogenen Nationalstaats wird zudem unterstellt, dass die verschiedenen Menschen das Problem sind – und nicht die Grenzen.

Erst durch die Ziehung starrer Grenzen wurden Menschen fremd in ihrem Land und damit schwer bis gar nicht lösbare Probleme geschaffen. Dies gilt leider auch für Regionen, in denen Menschen verschiedener Ethnizität friedlich miteinander leben. Die genannten aktuellen Beispiele über völlig gespaltene Regionen zeigen, dass das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ im Sinne fest abgegrenzter Nationalstaaten hier zu keiner Lösung beitragen kann. Hier sind neue kreative Ideen gefragt, zum Beispiel durch Stärkung der regionalen Ebene in Europa ohne feste Abgrenzungen. Europa kann nicht nur das Europa der Mitgliedsstaaten sein, es muss das Europa aller hier wohnenden Menschen sein. Umso wichtiger ist es, dass die EU sich endlich der Minderheitenfragen annimmt. Es bleibt zu hoffen, dass die Bürgerinitiative „Minority Safepack“, die soeben im Zuge einer europaweiten solidarischen Aktion gelebter Demokratie weit mehr als die erforderliche Mindestanzahl an Unterschriften gesammelt hat, in diesem Sinne nachhaltigen Erfolg haben wird. Auch daran sollte erinnert werden, wenn man des 100. Jahrestages der deutsch-dänischen Grenzziehung gedenkt.

### **Frieden durch neue Grenzen?**

Angesichts der Tatsache, dass Grenzverschiebungen zu Gunsten der einen und zu Lasten der anderen Seite immer neue Konflikte heraufbeschwören, kann man leicht der Versuchung erliegen, Kompromissgrenzen in der Mitte eines strittigen Gebiets als beste Lösung zu herauszustellen – erst recht, wenn diese durch Volksabstimmungen zu Stande kommen. Doch auch diese und an sich lobenswerte Vorgehensweise kann einige zentrale und wichtige Probleme nicht lösen, die sich bei der Ziehung oder Verlegung jeder festen Staatsgrenze ergeben. Wie oben erwähnt, produziert auch eine Kompromissgrenze Verlierer, die im eigenen Land zur Minderheit werden und die selbst in Ländern mit einer weitreichenden Minderheitenpolitik nie ganz gleichgestellt sein können. Aus national-dänischer Sicht bedeutete die Grenzziehung eine Vereinigung Nord-Schleswigs mit dem Königreich Dänemark, meist pathetisch als „Wiedervereinigung“ (genforening) bezeichnet – der 100. Jahrestag wird in Medien und Öffentlichkeit dann auch durchgehend als „Genforeningsjubelæum“ bezeichnet. In der Tat verschwand dabei mit der 1864 gezogenen Grenze eine Staats- und Zollgrenze, die stärker getrennt hatte als alle zuvor in der Region bekannten Grenzlinien. Doch im Vergleich zu allem, was wir aus dem 20. Jahrhundert kennen, war diese noch ziemlich bescheiden gewesen – Schlagbäume wurden erst nach Kriegsbeginn 1914 aufgestellt.<sup>14</sup> 1920 wurde diese Grenze nicht aufgehoben (was den Begriff Vereinigung rechtfertigen würde), sondern nach Süden verschoben und dort bald weiter verstärkt – die Trennung wurde lediglich verlagert. An dieser Stelle sei auch an die Tatsache erinnert, dass der 1920



Abb. 4 Wiedervereinigungsdenkmal in Apenrade mit der Allegorie der heimgekehrten geraubten Tochter Sønderjylland zur Mutter Dänemark (Mor Danmark) und dem Profil von H. P. Hanssen, errichtet 1945

angeschlossene Landesteil bis 1864 mit Ausnahme einzelner kleiner Enklaven<sup>15</sup> zu keiner Zeit Teil eines dänischen Zentralstaats gewesen ist, sondern mit dem übrigen alten Herzogtum Schleswig stets eine Sonderrolle im komplizierten und bis ins 19. Jahrhundert hinein sehr umfangreichen Staatsgebilde der dänischen Monarchie gespielt hat. Der pathetische Begriff „Wiedervereinigung“ vernebelt also nicht nur die Verschiebung der Trennung, sondern auch die Tatsache, dass das Dänemark von 1920 ein ganz anderes war als der bis 1864 bestehende Konglomeratsstaat.

Im übrigen bedeutet auch die beste Kompromissgrenze, dass ein Gebiet geteilt wird. Künstlich gezogene Grenzen können per se genau so wenig schön sein wie Fleischgerichte vegetarisch. Sie sind Kommunikationshindernisse und keine Kommunikationsräume, wie es beispielsweise natürliche Grenzen wie Gewässer sein können. Wirtschaftlich geraten Grenzgebiete fast immer in eine unbequeme Randlage. Natürliche Handelsbeziehungen, auch im Nahbereich, werden gestört oder gar unterbunden, die Ausrichtung auf die jeweilige Nationalökonomie lässt die nun getrennten Teile auseinander wachsen. So ist es nach 1920 auch bei uns geschehen.<sup>16</sup> Selbst frei passierbare Grenzen können nicht verhindern, dass die Kommunikation über sie hinweg gestört wird – sei es durch unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen, inkompatible Bürokratien, unzureichende Verkehrsverbindungen und nicht zuletzt die Festsetzung der Grenze in den Köpfen. All dies kennen wir ebenfalls in unserer Region.

An dieser Stelle sei an das vielleicht am meisten unterschätzte und folgeschwerste Beispiel für eine Kompromissgrenze erinnert, die ebenfalls seit bald 100 Jahren besteht. Mit dem Vertrag von Lausanne wurde 1923 der Griechisch-Türkische Krieg beendet, in welchem Griechenland vergeblich versucht hatte, der im Ersten Weltkrieg besiegten Türkei weitere Gebiete abzunehmen. Mit dem Vertrag wurde die bis heute bestehende Grenze zwischen beiden Ländern festgelegt. Mit einbezogen wurde allerdings auch ein Abkommen über einen „Bevölkerungsaustausch“, mit welchem die teilweise bereits erfolgte Vertreibung der jeweils anderen Bevölkerungsgruppe nicht nur bestätigt, sondern völkerrechtlich verankert und auf dieser Grundlage fortgeführt wurde. Weit über eine Million Griechen und Hunderttausende Türken mussten ihre Heimat verlassen, Zigtausende kamen ums Leben. Bis heute belastet diese historische Bürde das Verhältnis zwischen den beiden NATO-Partnern. Zwar wurde der Schutz von Rest-Minderheiten in diesem Vertrag vorgesehen, aber die eindeutige Botschaft war, dass ethnische Minderheiten ein zu beseitigendes Problem für den Frieden seien.

Auch in den harmloseren Fällen wie bei uns, wo die deutsche und dänische Minderheit über gut ausgebaute Schulsysteme – in Nordschleswig bis 1945 teilweise sogar kommunal und privat nebeneinander – verfügten, nahm der

Assimilierungsdruck zu. Viele neue Grenzen wurden ohnehin nicht anerkannt,<sup>17</sup> was den Druck auf die Minderheiten in den betroffenen Gebieten weiter erhöhte, da sie von der einen Seite als Bedrohung, von der anderen Seite als Argumente für eine erneute Grenzverschiebung aufgefasst wurden. Viele Angehörige von Minderheiten verließen ihre Heimat. Am schlimmsten wurde es in totalitär regierten Staaten. Der Tiefpunkt wurde im Zuge des Zweiten Weltkriegs erreicht. Der nationalsozialistische Rassenwahn führte als besondere Perversion des Nationalismus bekanntlich zum systematisch betriebenen Völkermord an durch alte Vorurteile, ständige Propaganda und eine immer detaillierter ausgearbeitete Gesetzgebung ausgegrenzte Minderheiten wie Juden und Sinti und Roma. Aber auch das Konzept des „Bevölkerungsaustausches“ wurde mit Gewalt betrieben, und dies zunächst im Einvernehmen zwischen den Diktatoren: Deutsche aus dem Baltikum, der Bukowina (Stalin zugesprochen), Südtirol und Gottschee (Mussolini zugesprochen) sollten in ihnen fremden polnischen Gebieten für ein „einheitliches“ Deutschtum sorgen, dafür wurden wiederum Polen vertrieben. Stalin ließ im Zuge des Krieges große Teile ganzer Volksgruppen deportieren, welche pauschal der Zusammenarbeit mit den deutschen Angreifern bezichtigt wurden oder sonstwie unbequem erschienen.<sup>18</sup>

In der Endphase des Krieges mussten Millionen Menschen fliehen oder wurden aus ihrer Heimat vertrieben – gerade wenn es darum ging, bestehende Grenzen zu sichern bzw. zu Gunsten neuer Grenzverschiebungen vollendete ethnische Tatsachen zu schaffen. Dies traf bei weitem nicht nur Deutsche, sondern auch viele andere, die zwischen Adriatischem und Weißem Meer zu unliebsamen Minderheiten im eigenen Land geworden waren. Dieser Prozess setzte sich vielerorts noch mehrere Jahre nach 1945 fort. Unzählige Menschen kamen dabei durch Gewalt und Hunger ums Leben.<sup>19</sup>

Was hat dies mit der deutsch-dänischen Grenze von 1920 zu tun? Zum einen fanden viele Flüchtlinge vor allem aus Ostpreußen und Hinterpommern zunächst auch in Dänemark (und vor allem in Nordschleswig), besonders aber und dauerhaft in Schleswig-Holstein einen neuen Wohnort.<sup>20</sup> Die Abgrenzung zu den unfreiwilligen Neuankömmlingen trug dazu bei, dass viele Süd-Schleswiger die dänischen Wurzeln ihrer Region entdeckten – und dass ebenjene Grenze von 1920 noch einmal kräftig in Frage gestellt wurde. In der Tat stellte die britische Besatzungsmacht der dänischen Regierung die Frage, ob man eine Gebietserweiterung mit oder ohne Volksabstimmung oder sogar einen „Austausch der Minderheiten“ wünschte.<sup>21</sup> Man muss sich die Frage stellen, wie sich die Verhältnisse in der Region bis heute entwickelt hätten, wenn man einen dieser Wege tatsächlich beschritten hätte. 100 Jahre nach der Grenzziehung sollten wir dankbar dafür sein, dass sich die dänische Regierung vor 75 Jahren nicht von wesentlichen Teilen der öffentlichen Meinung hat beeinflussen lassen und sich

auf den Standpunkt gestellt hatte, dass die Grenze festliege. Mit dem Grundsatz „Grænsen ligger fast“ hat sie damals mehr für den künftigen Grenzfrieden getan, als es die Volksabstimmungen von 1920 vermochten. Erst recht sollten wir dafür dankbar sein, dass es auch während des Krieges und danach trotz aller Gegensätze bis hin zu einzelnen schweren Gewalttaten<sup>22</sup> unserer Region erspart geblieben ist, dass sich massenhaft schwerste Menschenrechtsverletzungen ereigneten – anders als wie erwähnt in anderen Teilen Europas und der Welt in jenen Jahren. Wir sollten an dieser Stelle aber auch nicht vergessen, dass viele der nun hier lebende Menschen Flucht und Vertreibung durchlitten haben – und dass auch deren Lebensgeschichten zur Identität unserer Region gehören.

### **Volkabstimmungen – ein demokratisches Allheilmittel?**

Wenden wir uns nach den Gedanken zu Staatsgrenzen nun dem 1920 angewandten Prinzip der Volksabstimmung als solchem zu. Ohne Frage bietet eine Volkabstimmung eine weit höhere Legitimität für eine Grenzziehung als eine militärische Eroberung oder der Verweis auf angebliche historische Rechte – letztere gibt es schlicht und einfach nicht! Generell haben Volksabstimmungen den Vorteil, dass man die betroffene Bevölkerung zu einer anstehenden wichtigen Entscheidung direkt befragt und diese nicht nur pauschal gewählten Repräsentanten überlässt. Gerade deshalb gilt die Schweiz, wo Volksabstimmungen auf allen Ebenen eine so große Rolle spielen wie in keinem anderen Land, für viele als das demokratische Musterland schlechthin. Trotzdem sind Volksabstimmungen nicht unumstritten. Dies äußert sich nicht zuletzt in der völlig unterschiedlichen Handhabung der direkten Demokratie in Deutschland und Dänemark. Sind Volksentscheide in Dänemark bei Fragen der staatlichen Souveränität und bei Grundgesetzänderungen verpflichtend, spielen sie in Deutschland vor allem auf Kommunal- und Kreisebene sowie verstärkt in den Bundesländern eine Rolle, in erster Linie nach Volksbegehren zur Revision parlamentarischer Entscheidungen. Tatsächlich aber haben Volksabstimmungen auch wesentliche Nachteile: Zum Ersten muss vorausgesetzt werden, dass die Wähler sich vorbereitet haben und sich der Tragweite ihrer Entscheidung bewusst sind. Zweitens kann vor einer Volksabstimmung die Stimmung populistisch noch viel stärker aufgeheizt werden als vor einer parlamentarischen Wahl; die Polarisierung kann nach der Abstimmung nicht einfach verschwinden, vor allem nicht bei knappen Ergebnissen. Drittens muss vor einer Volksabstimmung der Entscheidungsrahmen klar abgesteckt werden, damit deutlich wird, was betroffen und was ausgenommen sein wird. Dies kann in der Vorbereitung, aber eben auch hinterher, sehr unterschiedlich ausgelegt werden. Viertens besteht ein großes Problem darin, dass Volksabstimmungen nur reine Entweder-Oder-



Abb. 5 Strahlende Mutter Dänemark vertreibt den finsternen deutschen Adler: „Jetzt ruft Dänemark seine Kinder, auf Nimmerwiedersehen, deutscher Adler!“ (Zeichnung: Thor Bøgelund, Text: Hans Ahlmann)

Entscheidungen ermöglichen und keine Kompromisse zulassen.

Was bedeutet dies in Bezug auf die Abstimmungen von 1920? Der erste Punkt mag hier keine Schwierigkeiten gebracht haben. Inwieweit die Menschen rein pragmatisch oder emotional abgestimmt haben, sei dahingestellt und spielt letztlich auch keine Rolle. Dass die Polarisierung in der Bevölkerung nach der Abstimmung abgenommen hätte, kann man hingegen nicht behaupten. Zwar blieben Gewaltakte aus, aber die Spaltung in der Bevölkerung hatte einen neuen Höhepunkt erreicht. Letzteres hatte auch mit dem geschilderten dritten Nachteilaspekt zu tun: Ein hoch umstrittener und später oft kritizierter Punkt war die Tatsache, dass in der Ersten Zone nur das Gesamtergebnis bis zur von H.P. Hanssen eingebrachten, von H.V. Clausen als Grenze vorgeschlagenen Linie ohne Rücksicht auf lokale Mehrheitsverhältnisse (nicht einmal am Südrand der Zone) zählte. Dass sich vor allem die deutlichen deutschen Mehrheiten in Hoyer, Tondern und Uberg benachteiligt fühlten, kann nicht verwundern – zumal unmittelbar südlich dieser Orte in der Zweiten Zone gemeindeweise abgestimmt wurde. Noch gravierender ist der vierte genannte Punkt: Eine Demokratie lebt davon, dass Entscheidungen überdacht und gegebenenfalls auch verändert werden können. Sie lebt von Kompromissen. Demokratie kann nicht die alleinige Herrschaft einer Mehrheit bedeuten, auch nicht zeitlich befristet bis zur nächsten Wahl. In diesem Punkt hat eine Volksabstimmung den Nachteil, dass sie eindeutige Verlierer produziert.

Gerade deshalb ist es wichtig, dass man sich auch kritisch mit der Volksabstimmung 1920 auseinandersetzt. Damals ging es um ein „Wir gegen die“. Es war

vorprogrammiert, dass eine Gruppe der Verlierer sein und sich fügen musste. Die Trennung zwischen den Volksgruppen wurde im Abstimmungskampf noch weiter verschärft. Dies lässt sich noch heute am Umgang mit den Toten des Ersten Weltkriegs ablesen. Vielerorts wurde die Volksgruppentrennung selbst auf den Gedenkmomenten für die getöteten Soldaten der jeweiligen Gemeinde zum Ausdruck gebracht, obwohl alle doch gemeinsam im gleichen sinnlosen Krieg zu Tode gekommen waren.<sup>23</sup> Inneren Frieden konnte die aus Sicht der jeweiligen Verlierer kompromisslose Grenze einstweilen nicht bringen.

Natürlich ist es heute leicht, darüber zu phantasieren, welche Kompromisse man theoretisch hätte finden können. Der Cartoonist Kim Schmidt hat in seinem Buch „Jahrhundert-Story“ humorvoll einige 1920 nicht berücksichtigte Besonderheiten der Region aufgespießt, etwa die Sonderstellung der Friesen, lokale Identitäten einzelner Landschaften oder die Idee „schleswigsch“ zu wählen.<sup>24</sup> Nun soll nicht darüber spekuliert werden, welche Alternativen zu einer eindeutigen deutsch-dänischen Grenze theoretisch bestanden hätten. Immerhin gab es solche in anderen umstrittenen Gebieten, namentlich in den Stadtstaaten Danzig und Fiume/Rijeka oder dem Autonomiegebiet Memelland. Wie wir wissen, hatten diese Gebilde keinen langen Bestand, blieben national umstritten und wurden spätestens im Zweiten Weltkrieg ausgelöscht.<sup>25</sup> Dennoch sei der kontrafaktische Gedanke erlaubt: Wie würde die Region heute aussehen, wenn man damals einen Kompromiss in einem kleinen „Pufferstaat“ mit deutsch-dänischer Gleichberechtigung gefunden hätte?<sup>26</sup> Oder wenn man sogar die alte Idee des Gesamtstaats wieder aufgegriffen hätte und statt scharfer Grenzen wieder eine Überlappung von Zuständigkeiten im alten Herzogtum Schleswig eingerichtet hätte? Oder wenn man sich im Angesicht der gerade überstandenen Katastrophe schon 1920 auf den Weg in ein gemeinsames Europa gemacht hätte? Und: Was wäre gewesen, wenn die Alliierten die dänischen Ansprüche ignoriert hätten, weil Dänemark sich nicht am Krieg beteiligt hatte? Oder wenn sie im Gegensatz dazu die historische Südgrenze Schlesiens an der Eider als künftige Staatsgrenze vorgesehen hätten? Oder wenn man doch eine andere Grenzlinie gewählt hätte – etwa entlang der „Tiedje-Linie“<sup>27</sup> oder eine Linie südlich einiger Gemeinden der II. Zone gemäß dem Minderheitenvotum zweier CIS-Vertreter.<sup>28</sup> Hierbei darf nicht vergessen werden, dass die Ergebnisse der Volksabstimmungen nicht unmittelbar bindend waren, sondern nur die Grundlage für das Votum der CIS (der internationalen Kommission vor Ort) bildeten, das seinerseits den Weg für die letztlich in Versailles von den Siegermächten zu treffende Entscheidung bahnen sollte.

Wie dem auch sei, realpolitisch betrachtet war die Grenzziehung nach den Volksabstimmungen sicherlich die am ehesten machbare und pragmatisch-vernünftigste Lösung. Dies wird 2020 sicherlich eine zentrale Rolle in der Erin-

nerung spielen. Doch darf man dabei nicht vergessen, dass Demokratie niemals alternativlos funktionieren kann – vernünftige Entscheidungen fallen niemals von selbst. Weder die Art und Weise von Volksabstimmung und Grenzziehung 1920 noch die spätere friedliche Entwicklung waren vorgegeben, sondern die Ergebnisse komplizierter politischer Entscheidungsprozesse.

## **Eine bessere Grenze als alle anderen?**

Das schleswigsche Grenzland gilt in vielerlei Hinsicht – und vor allem in Dänemark und Deutschland selbst – als Vorbildregion für die Überwindung langjähriger nationaler Konflikte und für die Lösung von Minderheitenfragen. In der Tat ist das Prinzip der behördlich nicht überprüfbaren Bekenntnisfreiheit und des Diskriminierungsverbots schlichtweg genial, gerade weil es so einfach und menschlich ist und auf gegenseitigem Vertrauen beider Seiten aufbaut. Dass die Grenze mitten durch das zuvor umstrittene Gebiet geht und ein gewisses Gleichgewicht zwischen beiden Nationen ermöglicht, hat diesen Prozess sicherlich erleichtert. Wie erwähnt hatte die dänische Regierung 1945 die Anerkennung dieser Grenze bekräftigt, als eine Verschiebung zu Gunsten Dänemarks möglich erschien. Und nicht einmal die deutsche Besetzung Dänemarks 1940 hatte dazu geführt, dass die NS-Machthaber die Gelegenheit zur Grenzverschiebung ausnutzten. Ist die deutsch-dänische Grenze folglich eine besonders gute Grenze? Dem steht bei differenzierter Betrachtung einiges entgegen. Zum ersten war der deutsch-dänische Konflikt mit der Grenzziehung 1920 keinesfalls gelöst, sondern nur verschoben worden. Konnten die meisten Dänen in Nordschleswig mit ihrer „Wiedervereinigung“ mit Dänemark zufrieden sein, galt dies nicht für die südlich der Grenze verbliebene Minderheit. Doch auch im übrigen Dänemark taten sich viele mit der Anerkennung der neuen Grenze schwer, blieben doch für die dänische Identität und Geschichte wichtige Orte wie Flensburg, Glücksburg, Schleswig oder das Dannewerk außen vor. Auch nach der formellen Vereinigung am 15. Juni 1920 arbeiteten einflussreiche Gruppen für eine deutlich weiter südlich gelegene Grenze. Sie sorgten u.a. dafür, dass H.P. Hanssen die landesweite Anerkennung für seine Leistung erst spät bekommen sollte, galt er wegen des Verzichts auf Süd-Schleswig für sie als Verräter.<sup>29</sup>

Noch schwerer war es für die deutsche Seite, die neue Grenze anzuerkennen. Zwar konnte die Bevölkerung südlich der neuen Grenze, gerade in Flensburg, ihre deutliche Stimmenmehrheit feiern. Aber die Abtrennung des nördlichen Hinterlandes wog schwer. Mag dieser Verlust aus gesamtdeutscher Sicht wesentlich weniger gewichtig gewesen sein als die Gebietsabtretungen im Osten, bedeutete die Grenzziehung in der Entwicklung der Region einen tiefen Einschnitt. Insbesondere für die nun zur Minderheit in Dänemark gewordenen

Deutschen war dies schwer zu akzeptieren, zumal ihre Gruppe damals deutlich größer war als die dänische südlich der Grenze und es an einigen wichtigen Orten zum Teil deutliche deutsche Mehrheiten gegeben hatte.

Bei den üblichen Betrachtungen durch die nationale Brille werden die praktischen Probleme für die Region oft übersehen. Selbst im Nahbereich wurden damals viele wirtschaftliche Verbindungen be- oder gar verhindert. Beide Teile der Region wurden zwar massiv gefördert, um den Anschluss an das übrige Land zu verbessern. Aber dadurch wurden sie auch mehr denn je von der Unterstützung durch die Zentralregierungen abhängig.<sup>30</sup> Dies zählt bis heute zu den ganz großen Problemen in beiden Teilen der Region, deren Wirtschaftskraft deutlich unter dem jeweiligen Landesdurchschnitt liegt.

Und heute? Nicht selten hört man die Formulierung, dass 2020 ja auch der 100. Geburtstag der Minderheiten gefeiert werde, insbesondere jener der deutschen Minderheit in Nordschleswig. Es ist schön und gut, wenn man dies als Grund zum Feiern sieht. Aber es sei an dieser Stelle erlaubt nachzufragen, inwieweit es ein Grund zum Feiern ist, dass eine Menschengruppe in ihrer eigenen Heimat zur Minderheit gemacht wurde. Dass sich die Betroffenen 1920 als Volksgruppe „neugeboren“ fühlten, lässt sich wohl kaum denken. Am gravierendsten erscheint mir aber, dass dadurch das leider in Dänemark und in der Region noch immer verankerte Vorurteil verstärkt wird, dass die Existenz eines deutschen Bevölkerungsteils eine junge Erscheinung sei und erst durch – am besten noch gezielt geförderte – Einwanderung ab 1864 entstanden sei. Umso wichtiger ist es, dass sich die Minderheiten 2020 als aufgeschlossene und lebendige Volksgruppen präsentieren, die einfach zur Region schon immer dazu gehört haben und diese auch künftig als ganz selbstverständlicher Bestandteil bereichern werden.

## **Grenzen zwischen Nationalstaaten – gefährliche Symbolpolitik**

Diese Betonung der erfolgreichen Entwicklung vom Gegen- über ein Neben- zum Mit- und hoffentlich einmal auch Für-Einander in der traditionell mehrkulturellen Region ist umso wichtiger, wenn man sich die jüngsten Rückschritte vor Augen führt. Zu den Hauptproblemen, die im deutsch-dänischen Miteinander immer wieder angesprochen werden müssen, zählt die Grenze in den Köpfen, die schon im ersten Beitrag dieser Artikelserie im Jahr 2001 zentrales Thema war.<sup>31</sup> Damals waren die stationären Grenzkontrollen gerade abgeschafft worden, als das Schengener Abkommen im März 2001 auch in Dänemark und den vier Nachbarländern im Norden in Kraft trat.

Diese, für das Zusammenwachsen der 1920 getrennten Region extrem wichtige Errungenschaft wird derzeit jedoch massiv in Frage gestellt. Über lange Zeit stand die rechtspopulistische Dansk Folkeparti mit ihrer Forderung nach festen



Abb. 6 Notgeldschein der Gemeinde Steinfeld in Südangeln mit typischer schleswig-holsteinischer Symbolik (Wappen mit umgedrehten schleswigschen Löwen, Doppeleiche und dem auf den Ripener Vertrag von 1460 abzielender Kampfspruch des 19. Jh.) zur Erinnerung an den deutschen Sieg in der südlichen Abstimmungszone (Zeichnung: Johannes Andersen)

Grenzkontrollen zum angeblichen Schutz Dänemarks isoliert da. Das änderte sich 2011, denn in diesem Jahr führte die damalige Regierung aus Venstre und Konservativen – weniger aus Überzeugung als aus taktischen Gründen – neue Grenzkontrollen als Zugeständnis für DF und Gegenleistung für deren Zustimmung zu anderen Gesetzesnovellen ein. Als eher mit Gefühlen als mit Fakten untermauertes Hauptargument wurden osteuropäische Diebesbanden angeführt, die angeblich Dänemark unsicher machen würden und denen man mit stationären Einreisekontrollen beikommen wollte. Dies führte zu einem gewaltigen und überwiegend negativen Echo in ganz Europa und zu schweren Verstimmungen in Deutschland, mit dem man sich in keiner Weise abgestimmt hatte. Die neue Mehrheit nach der kurz darauf folgenden Folketingswahl schaffte die Kontrollen dann auch umgehend wieder ab.<sup>32</sup> Zwar saß der Schock darüber tief, dass eine für die Region so wichtige und mühsam aufgebaute Grundlage wie die freie Grenzpassage mit einem einseitigen politischen Handstreich von oben zerstört werden konnte, doch hätte dies eine unbedeutende Episode bleiben können.

Aber schon 2015 wurde das Thema wieder aktuell, als sich die EU-Mitgliedsstaaten als unfähig und unwillig erwiesen, gemeinsam eine faire europaweite Strategie für den Umgang mit dem angestiegenen Flüchtlingsstrom über das Mittelmeer und vor allem aus dem Bürgerkriegsland Syrien zu erarbeiten. Stattdessen setzte man wieder auf einseitige nationalstaatliche Konzepte wie eben feste Einreisekontrollen an den Grenzen – so auch seit Februar 2016 das inzwischen wieder bürgerlich regierte Dänemark. Dies stößt auf deutscher Seite auf Missbilligung, zumal der Flüchtlingsstrom bald wieder abebbte und das neue Argument einer erhöhten Terrorgefahr schwer nachvollziehbar bleibt. Krokodilstränen freilich sind fehl am Platz, da Deutschland an seiner Südostgrenze gleiche Maßnahmen mit gleichen Argumenten betreibt.

Oft werden die Grenzkontrollen als reine Symbolpolitik kritisiert – und dies völlig zu Recht! Die genannten Paradigmenwechsel als Argument für feste Grenzkontrollen belegen eindrücklich, dass die Befürworter damit auch gar nichts anderes beabsichtigt hatten. Die Kontrollen erscheinen als Placebo für besorgte Bürger. Auch die Zahlen über abgewiesene Personen können immer als Erfolg gedeutet werden: Sind sie niedrig, wirken die Kontrollen vorbeugend-abschreckend; liegen die Zahlen höher, zeigen sie erst recht die angebliche Notwendigkeit der Kontrollen. Es spricht Bände, dass die Gründe für die Abweisungen bisher nicht veröffentlicht werden.<sup>33</sup> Und wenn sich die angebliche Terrorgefahr von außen nicht mehr als Argument aufrecht erhalten lässt, werden die Befürworter einen anderen Grund finden. Es ist keine praktische, sondern eine ideologische Frage, wie man sich zu festen Grenzkontrollen stellt.

Ziel der derzeitigen dänischen Regierungspolitik ist es, die Grenze zu einem Sicherheitssymbol aufzubauschen, das diese nie gewesen ist und im Internetzeitalter weniger als jemals zuvor sein kann. Damit wird suggeriert, dass die wesentlichsten Probleme von außen kommen und man nur so die Sicherheit im Land garantieren kann. Eine derart simple Argumentation erinnert auf fatale Weise an die offizielle Deklaration der Berliner Mauer als „antifaschistischer Schutzwall“. In der Gedankenwelt der DDR-Oberen wurde jede noch so konstruktive Kritik schnell als von außen gesteuerte Gefahr umgedeutet. Neben der Verhinderung der Flucht der eigenen Bürger ging es darum, eine möglichst genaue Kontrolle darüber zu haben, wer ins Land kommt.

Nun mag der geneigte Leser es sicherlich als unangemessen empfinden, die heutigen dänischen Stichprobenkontrollen mit dem bis 1989 bestehenden DDR-Grenzregime in einem Zusammenhang zu nennen – zumal zahlreiche Menschen an den innerdeutschen Grenzen einen gewaltsamen Tod gefunden hatten. Dennoch stellt sich die Frage, ob wirklich niemand die Absicht hat, eine Mauer zu errichten. Als zwischenzeitlichen neuen Tiefpunkt stellte der Vorsitzende der DF-Gruppe im Europaparlament Anders Vistisen im Mai 2017



Abb. 7 Pauschale Forderung nach festen Grenzkontrollen am Auto eines Politikers der Dansk Folkeparti, aufgenommen vor der dänischen Kommunalwahl 2017 auf dem Parkplatz des Gymnasiums (Apenrade Statsskole)

die Forderung auf, an der deutsch-dänischen Grenze einen festen, praktisch unüberwindlichen Zaun zu errichten, wie es Ungarn an der EU-Außengrenze zu Serbien getan hat.<sup>34</sup> Beflügelt wurde diese Idee, als im März 2018 der Beschluss gefasst wurde, entlang der Grenze einen Zaun zu errichten, der Wildschweine vom Überschreiten derselben abhalten soll. Hiermit hofft man, die bisher in weiter entfernten Teilen Europas grassierende Schweinepest von Dänemark fernhalten zu können – was angesichts der vielen Tiertransporte, aber auch der Anpassungsfähigkeit von Wildschweinen umstritten ist. Von DF kam darauf umgehend die Forderung, den Zaun dann gleich so zu bauen, dass er auch von Menschen nicht ohne Weiteres überwunden werden könne.<sup>35</sup>

Man könnte solche Vorschläge einfach ignorieren, zumal sie von den übrigen Parteien bisher abgelehnt werden. Doch spätestens 2011 haben wir erstmals gesehen, wie leicht die Freiheit im Grenzverkehr über Bord geworfen werden kann, wenn es dem Erreichen anderer politischer Ziele dient. DF hat eine Schlüsselposition im dänischen Parteiensystem gewonnen und wird auch von den Sozialdemokraten mehr und mehr als möglicher Partner umworben. Auch in der öffentlichen Meinung findet eine stärkere Sicherung der Grenze Rückhalt. Allein die Tatsache, dass die Errichtung eines unüberwindlichen massiven Drahtzauns entlang der deutsch-dänischen Grenze überhaupt diskutiert wird, ist

eine ernsthafte Gefahr für die Zusammenarbeit in unserer Region. Eine solche Grenzbefestigung hat es selbst in schlimmsten Zeiten deutsch-dänischer Gegensätze nie gegeben. Symbolisch wie realpolitisch wäre sie eine Katastrophe für die Region. Dann gäbe es 2020 wirklich nichts zu feiern.

## **Vergessene Siege der Demokratie 1920**

Es wird gerne betont, dass gerade die Volkabstimmungen zur Grenzfrage ein echter demokratischer Durchbruch waren. Dabei darf man nicht übersehen, dass es just 1920 beiderseits jener zu verschiebenden Grenze Meilensteine für die Entwicklung der Demokratie gab, deren Bedeutung man allzu leicht unterschätzt. In Dänemark kam es ausgerechnet nach der aus eigener Sicht erfolgreichen Volksabstimmung in der I. Zone, und der sich daran anschließenden Vorbereitungen zur Eingliederung Nordschleswigs zu einer schweren politischen Krise. Ungeachtet der Niederlage in der zweiten Abstimmungszone, vor allem aber auf Druck der Opposition, wesentlicher Teile der veröffentlichten Meinung und prominenter Wirtschaftsführer wie A.P. Møller, versuchte König Christian X. weitere dänische Ansprüche durchzusetzen. Am 29. März 1920 forderte er den sozialliberalen Staatsminister Carl Theodor Zahle auf, Neuwahlen auszuschreiben.<sup>36</sup> Offenbar hegte er die Hoffnung, dass Sozialliberale und Sozialdemokraten verlieren, hingegen Venstre und Konservative eine Mehrheit bekommen und sich dann bei den Alliierten für eine Neutralisierung der zweiten Zone einsetzen würden. Ein solches Modell hatte die Venstre-Führung unter I. C. Christensen bereits kurz nach dem 14. März vorgeschlagen, wobei sie darauf gesetzt hatte, dass sich die Stimmung in Flensburg und seinem Umland doch noch zugunsten eines baldigen Anschlusses an Dänemark wenden würde. Zahle ging jedoch nicht auf die Forderung nach Neuwahlen ein. Ebenso verweigerte er seinen Rücktritt, worauf der König ihn entließ und kurz darauf eine parlamentarisch nicht legitimierte Regierung unter Otto Liebe ernannte und mit diesem offensichtlichen Staatsstreich die „Osterkrise“ auslöste.

Die Sozialdemokraten riefen zu Demonstrationen und Streiks auf. Auf großen Demonstrationen wurde die Republik gefordert. Letztlich musste der König bereits am 4. April nachgeben. Allerdings kehrte die Regierung Zahle nicht ins Amt zurück. Statt des zwar nicht parteilich gebundenen, doch stark konservativ eingestellten Liebe wurde der angesehene Regierungsbeamte Michael Petersen Friis zum Chef einer Übergangsregierung bis zu den nächsten Wahlen eingesetzt, bei denen ein reformiertes Wahlrecht mit neuer Zuschneidung der Wahlkreise entsprechend der veränderten Einwohnerzahl eingeführt wurde und auch die Frauen zum zweiten Mal mitwählen durften.

Auch wenn die bisherige Opposition und der König mit den Neuwahlen letztlich

doch noch das Ziel erreichten, eine Regierung aus Venstre und Konservativen an die Macht zu bringen, konnten die demokratisch legitimierten Beschlüsse zur Grenzänderung und auch zur Wahlrechtsreform nicht mehr rückgängig gemacht werden. Die Überwindung der „Osterkrise“ war somit ein wichtiger Schritt für die Bewährung der Demokratie. Auch dies sollte man im „Jubiläumsjahr“ 1920 angemessen würdigen.

Während man in Dänemark 1920 schon etwas mehr Erfahrung mit der Demokratie hatte, war die Republik in Deutschland noch sehr jung, als sie just in jenen Tagen, als in der II. Zone abgestimmt wurde, vom Kapp-Lüttwitz-Putsch erschüttert wurde. Dieser Umsturzversuch reaktionärer Kräfte wird in der deutschen Geschichtsschreibung meist als Teil der Krisen jener Republik bewertet, die ohnehin nie politische Stabilität erreichen konnte und bereits nach 14 Jahren mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler ein unrühmliches Ende fand. Dennoch sollte man nicht vergessen, dass die Abwehr des Versuchs des Generals Walther von Lüttwitz und des Generallandschaftsdirektors und Gutsbesitzers Wolfgang Kapp und ihrer Getreuen, mit militärischen Mitteln die Macht in Berlin zu übernehmen, nur durch einen in dieser Form wohl einmaligen Zusammenhalt zwischen Regierung, öffentlichem Dienst und Arbeiterschaft möglich wurde. Den Putschisten, die vor allem die Umsetzung des Versailler Vertrags und damit namentlich die Auflösung zahlreicher Militärverbände verhindern wollten, wurde durch den größten Generalstreik der deutschen Geschichte und die Weigerung der Beamtenschaft zur Zusammenarbeit der Boden entzogen. Auch wenn die demokratische Republik damals nicht längerfristig gerettet werden konnte, sollte man 2020 nicht vergessen, dass dann genau 100 Jahre zuvor ein so breiter Teil der Bevölkerung zum Teil unter Lebensgefahr gemeinsam und erfolgreich für Demokratie und Republik gekämpft hatte wie nie zuvor und danach.

## **Plädoyer für einen angemessenen Umgang**

Nach den vorhergehenden Überlegungen zur historischen und tagespolitischen Einordnung bleibt die Frage, wozu man den 100. Jahrestag am besten und nachhaltigsten nutzen kann. Das 2017 eigens eingerichtete Präsidium für 2020 hat bereits einige wesentliche Ziele vorgegeben. Demnach soll es vom Jahresbeginn an ein „attraktives, sichtbares und zusammenhängendes Programm bereichernder Erlebnisse auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene in ganz Dänemark“ geben, wobei die Tage zwischen dem 10. und 12. Juli den Höhepunkt bilden sollen. Dabei soll u.a. auch Wert darauf gelegt werden, die Region positiv und zeitgemäß zu profilieren, Geschichtswissen zu vermitteln, die Bedeutung des Landesteil für Kunst und Kultur in ganz Dänemark zu verdeutlichen und nicht zuletzt das gute Verhältnis zu Schleswig-Holstein und ganz

Deutschland hervorzuheben. Auch die europäische Dimension und die späteren Ordnungen der Minderheitenfrage sollen berücksichtigt werden.<sup>37</sup> Hierzu zählen auch mögliche Perspektivierungen zu aktuellen Nationalitätenfragen und die Frage nach dem Nationalstaat als grundlegende Einheit, aber auch die Problematik der regionalen Ungleichheit in Dänemark, von der ja auch dieser Landesteil betroffen ist.<sup>38</sup>

Diese Vorgaben klingen im Wesentlichen vernünftig und realistisch. Dabei stellt sich allerdings die zentrale Frage, wie man die deutsche Seite hier mit einbeziehen kann. Aus gesamtdeutscher Sicht ist die Grenze zwischen Wiedau und Krusau nur eine von vielen, die sich im 20. Jahrhundert verschoben hat. Zudem wird es 2020 viele Gedenktage in Bezug auf 75 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs geben. Aber auch aus regionaler Sicht müssten erst plausible Anknüpfungspunkte gefunden werden, mit denen sich das Land Schleswig-Holstein oder die südlich der Grenze gelegenen Kreise und Kommunen intensiver an den Aktivitäten beteiligen könnten. Dies kann nur auf der Grundlage des bis heute Erreichten gelingen.<sup>39</sup> Immerhin hat auch unter Leitung der Kieler Staatskanzlei eine Arbeitsgruppe für 2020 ihre Arbeit aufgenommen.

Am ehesten dürfte dies gelingen, wenn man zukunftsgerichtete grenzüberschreitende Projekte initiiert, namentlich auf dem weiten Feld der Kulturarbeit, aber auch in der Wirtschaft, im Sozialbereich und ganz besonders für Kinder und Jugendliche. Da die Grenze von 1920 ja ohnehin der Dreh- und Angelpunkt grenzüberschreitender Zusammenarbeit sein muss, bietet sich die Gelegenheit, mit Hilfe zusätzlich verfügbarer Mittel nachhaltig erfolgreiche Initiativen zu fördern. Hier hat es ja schon 2014, anlässlich der 150. Jahrestage des Krieges von 1864, eine Vielzahl zukunftsorientierter Projekte gegeben, an welche man 2020 gut anknüpfen kann.<sup>40</sup>

Hervorragend ist die Idee mit der grenzüberschreitenden Landesgartenschau 2020. Diese könnte vielleicht auch den Anlass dazu geben, endlich günstige grenzüberschreitende Angebote für den öffentlichen Personennahverkehr in Kraft zu setzen, wie sie in anderen Regionen längst üblich sind.<sup>41</sup> Mag ein Vorschlag der Grünen für ein Stadt- und Regionalbahnsystem mit Flensburg als Zentrum auch etwas zu optimistisch sein,<sup>42</sup> die Entwicklung eines in den Folgejahren aufzubauenden attraktiven grenzüberschreitenden Verkehrsnetzes wäre 2020 eine schöne Perspektive für die Region. Und vielleicht könnte die Gartenschau auch mit einem Kunstprojekt verknüpft werden, aus welchem Denkmäler entstehen, welche den deutsch-dänischen Frieden 100 Jahre nach dem Grenzkampf symbolisieren. Damit könnte den Kriegerdenkmälern, den „Wiedervereinigungs-“ und weiteren National-Denkmalen echte Friedensdenkmäler entgegen gestellt werden, welche daran erinnern, den vermeintlich selbstverständlichen Frieden immer wieder neu zu fördern und zu leben. Dabei

sind Kreativität und Humor gefragt. Frieden als Alltag – das ist doch wirklich ein Grund zum Feiern!

Nichts wäre schlimmer, als wenn nationaler Pathos im Angesicht von 100 Jahren „Wiedervereinigung“ in der öffentlichen Wahrnehmung die Oberhand gewinnen würde. Diese Gefahr ist in einer Zeit, in welcher sich nationalistischer Populismus mehr als je zuvor seit 1945 in Medien (sozialen Medien vor allem), öffentlichen Debatten und auch in der Tagespolitik feste Plattformen und zunehmenden Einfluss verschafft hat, leider gegeben. Von den Feierlichkeiten 2014 ist beispielsweise trotz vieler guter Projekte vor allem der Streit um die Filmserie von Ole Bornedal in Erinnerung geblieben. Der nationale Mythos Düppel hat sich da als zählebig erwiesen.

Umso wichtiger sind natürlich auch neue Aktivitäten in der eigentlichen Geschichtsarbeit: „Runde Geburtstage“ historischer Ereignisse sind gute Gelegenheiten, um der Geschichtsforschung neue Impulse zu verleihen. Zu den wichtigsten Aufgaben moderner Geschichtsarbeit zählt die Entschleierung von Mythen, und dazu bietet die Zeit um 1920 reichlich Stoff. Vor allem ist es an der Zeit, die Geschichtsvermittlung weiter zu entnationalisieren. Man hat immer wieder den Eindruck, dass sich die Menschen in unserer Region ab den 1840er Jahren und bis 1920, ja manchmal sogar bis 1955, mit nichts anderem beschäftigt haben als mit der Frage, wie sie gegenüber einem unterdrückerisch-aggressiven Gegenpart ihre Nationalität bewahren konnten.<sup>43</sup> Hingegen wissen wir heute nur wenig über das tägliche Leben in jener Zeit. Wie verlief der lokale Alltag in der Region abseits der Markierung nationaler Manifestationen? Hatten sich die Menschen vor 1914 vielleicht mit den Verhältnissen abgefunden oder spielte die Hoffnung auf eine Grenzverschiebung wirklich eine zentrale Rolle? Waren wirtschaftliche und soziale Fragen nicht wichtiger als nationale? Die Geschichte der ganz normalen Menschen ist für unser heutiges Verständnis viel wichtiger als das Wiederkauen längst überkommener nationaler Helden- und Schurkengeschichten.

Wäre der 100. Jahrestag dieses für die Stadt Flensburg so einschneidenden Ereignisses nicht der richtige Anlass, um endlich eine stadtgeschichtliche Schausammlung einzurichten (z. B. im seit Jahren leer stehenden Alt-Flensburger Haus)? Es ist schwer zu verstehen, dass eine 90.000 Einwohner zählende Stadt mit einer derart reichen Geschichte dies ihren Bewohnern und Gästen nicht bieten kann. Selbst Pläne für eine Ausstellung zu 1920 haben bisher keine Förderungszusage erhalten. Wenigstens eine virtuelle „Ausstellung“ im Internet und eine App, die ihre Nutzer zu historisch bedeutsamen Orten in der Stadt führen soll, sind in Arbeit.<sup>44</sup> Auch nördlich der Grenze könnte man 2020 zum Anlass nehmen, den an fast allen Standorten des Museum Sønderjylland schwach vertretenen Ortsgeschichten aus ihrem Schattendasein zu verhelfen.

Erfreulich ist es, dass die Planungsgruppe für 2020 die Erstellung von Unterrichtsmaterialien und -verläufen fest im Blick hat.

Fazit: 100 Jahre nach der Grenzziehung und 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Besetzung Dänemarks sollte man sich darüber freuen und dafür dankbar sein, dass Deutschland und Dänemark in praktisch allen interessanten Organisationen und Staatenbündnissen von Belang gemeinsam agieren, dass wir seit 1955 das Prinzip der Bekenntnisfreiheit fest verankert haben und dass jeder einzelne selbst bestimmen kann, wie er seine Identität entwickelt. Nicht die Grenzziehung von 1920 als solche gilt es zu feiern, sondern die Tatsache, dass 100 Jahre später ein seit Jahrzehnten stabiler Frieden und ein vorher nie gekannter Wohlstand herrscht, und zwar auf beiden Seiten der Grenze. Noch besser ist es, wenn das historische Datum dazu genutzt wird, um noch mehr nachhaltige und erfolgreiche grenzüberschreitende Initiativen in Gang zu setzen.

Die nächsten Jubiläen stehen bald danach an: Zur Jahreswende 2022/23 wird es 50 Jahre her sein, dass Dänemark der Europäischen Gemeinschaft beigetreten ist und die deutsch-dänische Grenze mit dem Abbau von Zollordnungen und dem Ende der Ein- und Ausreisestemperei wesentlich leichter passierbar wurde. Im März 2026 wird es 25 Jahre her sein, dass das Schengener Abkommen auch in Dänemark in Kraft trat und die Passage über jenen imaginären Strich in der schleswigschen Landschaft, der die Region seit 1920 trennt, fast wieder so natürlich wurde wie in den Jahrhunderten bis 1920. Auch wenn gewisse nationale Kräfte in Dänemark beide Dinge gerne zurückschrauben und die Grenze wieder befestigen wollen: Aus regionaler Sicht ist beides ein Grund zum Feiern – hüben wie drüben. Möge sich das Jahr 2020 in die Kette von Ereignissen einreihen, in denen sich die Menschen beiderseits der Grenze immer näher kommen und die Grenze in den Köpfen weiter abbauen!

## Anmerkungen

- 1 Katrine Lund Valsted: Finanslov sætter ti millioner af til genforeningen 2020, Jydske Vestkysten 12.12.2017.
- 2 Diesen Namen trug bisher die kleine Grünanlage zwischen Museum, altem Landratsamt und Altstadt, die vor einigen Jahren durch die Anlage der „Multibahn“ - ein kleiner Sport- und Konzertplatz, der im Winter als Eisbahn dient – erheblich reduziert worden war.
- 3 Beispielsweise geschah dies im Februar 2017, als der DF-Politiker und Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses im Folketing Søren Espersen sich in einem Interview auf DK4 (<https://dk4.tv/video-page/6601/> - nur für zahlende Abonnenten abrufbar) u.a. wie folgt äußerte: ”Vi vil gerne have Danmark til Ejderen. Hvorfor skulle vi da ikke ville det? Det er et håb og en drøm. [...] ... det må da også være idéen for det danske mindretal i Sydslesvig, ellers forstår jeg ikke noget af det. Men dertil at sige, nu kommer der nok snart et panserslag nede i grænseområdet. Det tror jeg ikke på. Og det vil jeg heller ikke have. [...] Der er ingenting i historien, der er statisk. Vi har en fornemmelse af, at når først de der grænser ligger dér, så er det sådant. Så det vil være noget helt nyt i historien.”
- 4 Der Name ist ein Kompromiss, da es 1997 auf dänischer Seite heftige Proteste gegen die Einrichtung der Region als solcher und die mögliche Bezeichnung als Euroregion Schleswig gegeben hatte. In den ersten Jahren wurde der Name noch mit einem Schrägstrich geschrieben. Mehr hierzu bei Andrea Graw-Teebken: 20 Jahre Region Sønderjylland-Schleswig. Ein Rückblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit 1997-2017, GFH 2017, S. 5ff.
- 5 Noch problematischer wird es, wenn beide Ausgangspunkte – gegenüber anderen Völkern abgegrenzte Volksgemeinschaft bzw. breite Masse der Bevölkerung im eigenen Land – miteinander vermengt werden, dabei ersterer aber deutlich den Vorrang hat. Dies ist die typische Vorgehensweise des Populismus, insbesondere der Rechtspopulisten: Zunächst wird Sündenbockrhetorik gegen Gefahren für die Nation von außen bzw. durch Minderheiten, die auf irgendeine Weise von der durch die Populisten definierte Norm abweichen; dann geht es gegen vermeintliche Eliten, die sich angeblich gegen den „gesunden Volksverstand“ stellen (Europa, Medien, demokratische Politiker, Gerichtshof für Menschenrechte u.a.); als „Alternative“ wird dann meist eine Stärkung der Nation mit mehr „law and order“ und einer starken politischen Führung propagiert.
- 6 Aus dem zusammengebrochenen Russischen Reich lösten sich Finnland, Estland, Lettland und Litauen, kurzzeitig auch die Ukraine und eine ebenfalls bald in die neu gegründete Sowjetunion eingegliederte Transkaukasische Republik. Polens größter Teil mit Warschau hatte ebenfalls zu Russland gehört; es vereingte sich mit den Gebieten um die alten Kulturzentren Posen (vorher zu Deutschland), Krakau und Lemberg (vorher zu Österreich-Ungarn). Aus der untergegangenen Donaumonarchie löste sich zudem die Tschechoslowakei, die südslawischen Landesteile vereingten sich mit Montenegro und Serbien im vom letzteren dominierten Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, ab 1929 Jugoslawien genannt, Siebenbürgen wurde rumänisch, Südtirol und Triest fielen an Italien. - Vom Osmanischen Reich hatten sich im 19. Jahrhundert zunächst Griechenland und Montenegro, dann Serbien,

Rumänien und Bulgarien sowie das 1878-1918 österreichische Bosnien-Herzegowina, 1912 schließlich Albanien.

- 7 Am 10.10. 1920 hatte es ein Plebiszit in einem Teil von Kärnten gegeben, den das neu entstandene Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929 Jugoslawien) beanspruchte. Hier votierten 59% für Österreich. Obwohl nach Süden hin viele Gemeinden eine Mehrheit pro SHS-Staat hatten und dessen Truppen mehr als einmal vollendete Tatsachen zu schaffen versuchten, ließen die Alliierten das Gesamtergebnis gelten.
- 8 In den Verträgen von Saint Germain und Trianon mit den nun endgültig getrennten Kriegsverlierern Österreich und Ungarn verfügten die Alliierten die Abtretung eines kleinen, mehrheitlich deutschsprachigen Gebiets in Nordwestungarn an Österreich. In Ödenburg und dem direkten Umland kam es jedoch zu einer umstrittenen Volksabstimmung, nach welcher diese Stadt bei Ungarn verblieb. Der erstgenannte Teil wurde als „Burgenland“ österreichisches Bundesland, der Name bezieht sich auf die vier bisherigen Verwaltungshauptorte dieses Gebiets, nämlich Ödenburg/Sopron, Wieselburg/Moson und Eisenburg/Vasvár (die allerdings bei Ungarn verblieben) sowie Pressburg/Pozsony/Bratislava, die heutige Hauptstadt der Slowakei.
- 9 Im wirtschaftlich bedeutenden Oberschlesien, wo es zudem zeitweise gewalttätige Auseinandersetzungen gab, war die Lage besonders heikel. Im dortigen Abstimmungsgebiet gab es am 20.3.1921 eine 60-40%-Mehrheit für Deutschland, doch vielerorts gab es nur sehr knappe Mehrheiten, und eine eindeutige Linie zwischen deutscher und polnischer Mehrheit war nicht erkennbar. Letztlich verfügte die alliierte Botschafterkonferenz einen Kompromiss, mit dem das dicht besiedelte Gebiet geteilt wurde: Der flächengrößere Teil blieb bei Deutschland, der wirtschaftlich bedeutendste Teil mit Kattowitz kam zu Polen.
- 10 Die Provinz Westpreußen wurde viergeteilt: Drei Landkreise im Westen blieben deutsch, der größte Teil von Thorn bis zur Ostsee wurde Polen zugesprochen, Danzig wurde Freistaat unter Aufsicht des Völkerbundes, die Landschaft Pomesanien im Osten mit der Regierungsbezirkshauptstadt Marienwerder blieb nach der Abstimmung mit 92,4% für Deutschland und bildete mit der nicht an der Abstimmung beteiligten Stadt Elbing fortan den Regierungsbezirk Westpreußen in der Provinz Ostpreußen.
- 11 Im Gebiet Allenstein, das einen breiten Streifen im Süden der Provinz Ostpreußen umfasste, stimmten 97,9% für den Verbleib im Deutschen Reich.
- 12 Kurz vor Vollendung dieses Textes werden neuerliche Großdemonstrationen für die Unabhängigkeit Schottlands gemeldet: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/glasgow-zehntausendschotten-demonstrieren-fuer-unabhaengigkeit-a-1206411.html> (6.5.2018).
- 13 "Hinzu kommt, dass die separatistischen Bestrebungen in der restlichen EU erhebliches Unbehagen auslösen. In Brüssel gelten sie als Teil jener nationalistischen Nabelschau, die Großbritannien den Brexit, den USA Trump und Deutschland die AfD beschert hat. Es ist jener Nationalismus, für dessen Überwindung die EU einst gegründet wurde." heißt es z.B. bei Markus Becker: Katalonien macht Europa ratlos, Spiegel-online 22.12.2017, wobei die pro-europäische Ausrichtung der katalanischen wie auch der schottischen Unabhängigkeitsbewegungen nicht berücksichtigt wird. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/spanien-krise->

katalonien-macht-europa-ratlos-a-1184736.html.

- 14 Vgl. z.B. Linda Klitmøller: Skodborghus – grænsekontrolsted 1864-1920, <http://www.kongeaastien.dk/da/content/skodborghus-gr%C3%A6nsekontrolsted-1864-1920> (Zugriff 26.3.2018). Auch die vielen Postkarten aus jener Zeit zeigen durchweg gemütliche Grenzübergänge mit wenigen Beamten.
- 15 Diese Enklaven waren v.a. aus mittelalterlichen Besitzungen des Ripener Bischofs hervorgegangen und daher bis 1864 immer formell beim Königreich geblieben. Neben einigen kleinen und verstreuten Streubesitzungen waren dies vor allem die früheren Birke (=besondere Untergerichts- und Verwaltungsbezirke) Mögeltondern und Ballum (mit Süderland-Röm und List), aber auch das wie List 1920 bei Deutschland verbliebene alte Birk Westerland-Föhr mit Amrum.
- 16 Eine detaillierte Studie hierzu bietet Morten Andersen: Den fólte grænse. Slesvigs genopbygning 1918-1933. Apenrade 2008.
- 17 Dies galt vor allem für die deutsch-polnische Grenze. Ironischerweise wurde sie in Deutschland erst anerkannt, als sie nach 1945 keine praktische Bedeutung mehr hatte, galt doch in der Bundesrepublik bis 1990 die Rechtsauffassung, dass das Reich in den Grenzen von 1937 formell bis zum Abschluss eines völkerrechtlich gültigen Friedensvertrages fortbestehen würde.
- 18 Dies traf verschiedene Volksgruppen wie z.B. die Wolgadeutschen, Krimtataren, Meschier, Tschetschenen, Kalmücken und andere, aber auch Hunderttausende Esten, Letten und Litauer, deren Länder 1940 und endgültig 1944 der Sowjetunion einverleibt wurden. Erinnert sei hier auch an die praktisch komplette Auslöschung der polnischen Volksgruppe östlich der Grenze von 1920 und in den 1939/44 der Sowjetunion einverleibten Gebieten.
- 19 Neben vielen Deutschen in Minderheitengebieten bzw. vom Reich abgetretenen Regionen – mit besonders hoher Todesrate die bis 1948 verbliebenen Deutschen im zur sowjetrussischen Exklave gewordenen nördlichen Ostpreußen mit Königsberg – traf dies u.a. Finnen in nun sowjetisch gewordenen Gebieten (z.B. aus der zuvor zweitgrößten finnischen Stadt Vyborg/Viipuri), Ungarn und Slowakei auf der „falschen“ Seite der Grenze, Polen und Ukrainer aus dem neuen Grenzgebiet in Galizien und viele andere mehr.
- 20 Leif Hansen Nielsen: Todesfälle unter deutschen Flüchtlingen in Nordschleswig 1945-1947, Grenzfriedenshefte 1/2013, S. 11ff.
- 21 Vgl. u.a. Jarvin Mellemsgaard: Var en grænseændring mulig i 1946, Sønderjyske Årbøger 2001, S. 49ff.
- 22 Vgl. z.B. Hans Schultz Hansen: Ein Attentatsversuch und ein Totschlag. Zwei Ereignisse aus der nordschleswigschen Nachkriegszeit 1946-1948, Grenzfriedenshefte 2017, S. 127ff.
- 23 Am sichtbarsten kommt dies in Hadersleben zu Ausdruck: das dänische Denkmal drückt mit seiner an ein Hünengrab angelehnten Gestaltung nordische Tradition aus, während das am anderen Ende des Friedhofs gelegene deutsche Denkmal von einem steinernen Stahlhelm geziert wird. An anderes Beispiel ist Buhrkall, wo die Namen der Deutsch- und Dänischgesinnten auf verschiedenen Seiten angebracht worden sind.

- 24 Kim Schmidt: Die Jahrhundert-Story. Glücksburg 1999.
- 25 Nach dem Zweiten Weltkrieg bekamen dafür Triest und (wie schon 1920-35) das Saargebiet einen Sonderstatus zwischen zwei Staaten, bis auch sie – nun allerdings friedlich – ihren Kernstaaten eingegliedert wurden.
- 26 In der Tat kam nach den Abstimmungen der Vorschlag eines dänischen Ausschusses, im als „Mittelschleswig“ bezeichneten Gebiet der II. und III. Zone einen Freistaat einzurichten, welcher bis zu einer späteren endgültigen Klärung der Grenzfrage unter britischem Schutz und in Zollunion mit Dänemark stehen sollte. Vgl. Troels Fink: Da Sønderjylland blev delt. Bd. 3: Afstemningerne og genforeningen januar til juli 1920. Aabenraa: Institut for Grænseregionsforskning 1979, S. 158ff.
- 27 Die kurz nach den Abstimmungen von Johannes Tiedje entworfene Grenzlinie zielte auf die Schaffung möglichst gleich großer Minderheiten ab. Mit ihr wären u.a. Tondern und Tingleff und die Orte verbindende Eisenbahn, aber auch nicht wenige mehrheitlich dänisch gesinnte Orte bei Deutschland verblieben.
- 28 Fink: Da Sønderjylland blev delt, S. 105ff.
- 29 Vgl. Hierzu die ausführliche Studie von Axel Johnsen: Dannevirke-mænd og Ejderfol. Den grænsepolitiske opposition i Danmark 1920-1940. Flensburg 2005.
- 30 Morten Andersen: Den følte grænse. Slesvigs deling og genopbygning. Apenrade 2008.
- 31 Gerret Liebing Schlaber: Die Grenze in den Köpfen. Beobachtungen, Erfahrungen und Gedanken eines Grenzgängers, Grenzfriedenshefte 3/2001, S. 189ff.
- 32 Ausführliche Dokumentation des Verlaufs in Grenzfriedenshefte 2/2011, S. 133ff. und 3/2011, S. 219ff.
- 33 Im ersten Jahr wurde 2901 Personen die Enreise verweigert, was Integrationsministerin Inger Støjberg umgehend als Erfolg und Beleg für die Notwendigkeit der Kontrollen bezeichnete. Die Reichspolizei gibt bisher keine Informationen über die Gründe der Abweisungen. Auch auf Anfrage von Hans-Jørgen Bonnichsen, früherer Chef des polizeilichen Nachrichtendienstes PET, gab es mit Verweis auf einen unverhältnismäßigen Aufwand bei der Akteneinsicht keine weiteren Informationen. Vgl. Cornelius von Tiedemann: Polizei gibt keine Auskunft über Grenzabweisungen, Der Nordschleswiger, 13.5.2018. Damit bleibt also völlig unklar, in welchem Ausmaß die Abweisungen an der Grenze ernsthafte Fälle betrafen oder doch nur solche wie das Erlebnis einer damals 18-jährigen Schülerin von mir, die einmal bei einer Fahrt von Pattburg nach Flensburg ihren (dänischen) Pass vergessen hatte und die Grenze auf der Rückreise mit dem Stadtbus erst passieren durfte, als ihre Mutter mit dem Ausweis zur Grenzkontrollstelle gekommen war.
- 34 Nilas Heinskou: DF om dansk-tysk grænsehegn: Det vil danne skole i Europa, Politiken, 22.5.2017, <https://politiken.dk/udland/art5960723/DF-om-tysk-dansk-gr%C3%A6nsehegn-Det-vil-danne-skole-i-Europa>
- 35 Mathias Overgaard: DF:Grænsehegn skal stoppe andet end vildsvin, Jyske Vestkysten, 22.3.2018, <https://www.jv.dk/regionalt/DF-Graensehegn-skal-stoppe-andet-end-vildsvin/artikel/2596534>

- 36 In Dänemark bestimmt der Regierungschef mit drei Wochen Vorwarnung den nächsten Termin zur Folketingswahl innerhalb der vierjährigen Legislaturperiode.
- 37 So ist es u.a. einem dem Verfasser vorliegenden Thesenpapier des Präsidiums mit dem Titel „100 året for afstemningen om grænsedragningen i 1920“ zu entnehmen.
- 38 <https://www.sonderborgnyt.dk/planlaegningen-af-genforeningsjubilaeeet-2020-er-i-fuld-gang/> Faber wird hier mit den Worten zitiert: „Historien om Genforeningen rammer nogle af de helt aktuelle europæiske udfordringer omkring eksempelvis Catalonien, Skotland og Krim og det principielle spørgsmål om nationalstaten som grundlæggende enhed. Men den fortæller også noget om, hvorfor Danmark overhovedet har en udkantsdiskussion. Og endelig rummer jubilaeeet masser af kulturelt, musikalsk og kunstnerisk stof, der kan gøre 2020 til en berigende oplevelse.“
- 39 An dieser Stelle sei an die Feiern zum 75. Jahrestag erinnert, als mit dem damaligen BDN-Hauptvorsitzenden Hans Heinrich Hansen erstmals ein Vertreter der deutschen Minderheit als Festredner bei der zentralen Feier in Düppel auftrat.
- 40 Übersicht hierzu im Text- und Bildband: Dybbøl 1864-1920. [Hrsg.v.] Region Syddanmark. Jelling 2015. Über kulturelle Aktivitäten S. 83ff., über Jugendbegegnungen S. 135ff. und über wirtschaftliche Verbindungen S. 153ff.
- 41 Technisch problemlos umzusetzende Möglichkeiten wären z.B. die Einbeziehung wesentlicher Strecken in Schleswig-Holstein in das dänische Rejsekort-System, ebenso Einbeziehung wesentlicher Verbindungen in Nordschleswig in den Schleswig-Holstein-Tarif, die Einführung eines ganz- oder mehrtägig gültigen "Blaugelb-Tickets" für den kompletten Nahverkehr im ganzen alten Herzogtum Schleswig inklusive der Kommunen Esbjerg, Vejen und Kolding, des gesamten Kreises Rendsburg-Eckernförde und der Stadt Kiel sowie attraktive Preisangebote von DB und DSB auch für Fernverbindungen in das jeweilige Nachbarland.
- 42 Diese zuvor teilweise auch von SSW und WiF vorgebrachte Idee beinhaltet die Reaktivierung einiger stillgelegter, teilweise bereits vom Netz abgekoppelter Bahnstrecken wie der Flensburger Hafenbahn, Woyens-Hadersleben und der Ost-West-Verbindungen Niebüll-Flensburg und Tondern-Tingleff und den Neubau einzelner Abschnitte in Flensburg praktisch als Straßenbahn (vgl. FLA, JV 3.5.2018). Mag ein solches vielerorts sehr erfolgreiches System bei uns angesichts einer schwierigen Ausgangslage zunächst kaum realisierbar erscheinen, sollte man doch die hierin verankerten Möglichkeiten nicht unterschätzen. Praktisch überall, wo im Zuge einer "Verkehrswende" Schienenverkehrsverbindungen neu oder wieder errichtet wurden, wurden die prognostizierten Fahrgastzahlen oft weit übertroffen.
- 43 Beispielsweise hat sich das Bild von den Dänen, die nach 1864 gegen alle Maßnahmen einer unterdrückerischen Obrigkeit für Ihr Recht gekämpft hatten, bis es ihnen 1920 gegeben wurde, sehr stark eingepägt. Dieses Ausharren gegen eine Übermacht wurde auch auf den Mythos der Schlacht von Düppel übertragen.
- 44 Joachim Pohl: 2020 – noch hakt es in Flensburg, Flensburger Tageblatt, 4.4.2018, <https://www.shz.de/incoming/2020-noch-hakt-es-in-flensburg-id19484461.html>

Abbildungsnachweise:

Abb. 1, 4, 7 Gerret L. Schlaber

Abb. 2, 5, 6 Museum Sønderjylland

Abb. 3 Karte aus: Inge Adriansen, Broder Schwensen,  
Fra det tyske nederlag til Slesvigs deling, Apenrade 1995, S. 33

# Dänische Identität gestern, heute und morgen

von KNUD-ERIK THERKELSEN

*Noch mehr als in Deutschland ist die Debatte um die nationale Identität in Dänemark ein Dauerthema. Dies mag den Außenstehenden zunächst verwundern, gilt das Königreich mit seiner ab 1864 nationalweit homogeneren Bevölkerung als fast alle anderen Länder, mit seiner seit 1849 fast kontinuierlich weiterentwickelten Demokratie, der gerade im Vergleich zu Deutschland in weitgehend ruhigen Bahnen verlaufenen Politik-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, dem hohen Wohlstandsniveau und nicht zuletzt dem gut ausgebauten und auf einem gefestigten Solidarprinzip fußenden Wohlfahrtsstaat doch als besonders gefestigte Nation. Doch möglicherweise fühlen viele gerade deswegen ihre nationale Identität angesichts rasanter und sichtbarer gesellschaftlicher Veränderungen bedroht. Dies betrifft auch das Verhältnis zu Deutschland (und den Deutschen), das einerseits wie kein anderer Akteur den Widerpart zur eigenen Nation darstellte, sich andererseits in den letzten Jahrzehnten immer mehr zu einem der wichtigsten Partner überhaupt entwickelt hat. In seinem erstmals am 8. März dieses Jahres in Flensburg Avis erschienenen, für die Grenzfriedenshefte leicht überarbeiteten Diskussionsbeitrag stellt der Generalsekretär des mit Abstand wichtigsten dänischen Grenzvereins (Grænseforening) Knud-Erik Therkelsen die Frage, wie die dänische Identität heute ausgeprägt ist und was dies in Hinblick auf die Grenzziehung von 1920 und das Verhältnis zu den Deutschen bedeutet. Umso mehr plädiert er dafür, die Situation 1920 mit der gefühlten „Wiedervereinigung“ nicht mit heutigen Identitätsfragen gleichzusetzen.*

Die Redaktion

## Einleitung

Mit dem 2019 bevorstehenden Austritt Großbritanniens aus der EU („Brexit“), dem 2016 gewählten unberechenbaren US-Präsidenten Donald Trump und anderen Unvorhersehbarkeiten in der angelsächsischen Welt sind wir in Dänemark dabei, uns mit dem Gedanken zu versöhnen, dass Deutschland eine höhere Priorität als Allianzpartner erhalten sollte. Deutsche Politik zeigt eine ganz andere Stabilität und Glaubwürdigkeit in einer in vielerlei Hinsicht chaotischen Welt. Deshalb erscheint es aus dänischer Sicht überaus vernünftig, die Freundschaft mit dem Nachbarn im Süden zu stärken.

Aber unser Verhältnis zu Deutschland ist von einer langen Geschichte mit Vorfällen und Kriegen geprägt, die mit großem Gewicht in den nationalen dänischen Mythos eingehen. An diese Kriege erinnert man sich ständig, insbesondere an „runden“ Jahrestagen. Gerade die Frage, wie man dieser geschichtlichen Ereignisse gedenken soll, fordert die Gegenwart heraus und löst Diskussionen um das „Wie?“ aus. Dies geschah sowohl im Jahr 1964, als der dänische König Frederik IX. der bei der Gedenkfeier gehaltenen „europäischen“ Rede des Regierungschefs Jens Otto Krag nicht zustimmte, als auch 1995, als Amtsbürgermeister Kresten Philipsen den Hauptvorsitzenden des Bundes Deutscher Nordschleswiger Hans Heinrich Hansen einlud, eine Ansprache beim großen Volksfest auf den Düppeler Höhen zu halten. Das jüngste Beispiel für heftige Kontroversen anlässlich des Umgangs mit zentralen Ereignissen der (deutsch-)dänischen Geschichte lieferte Ole Bornedals Filmreihe „1864“, die 2014 anlässlich des 150. Jahrestages der Schlacht von Düppel im öffentlich-rechtlichen dänischen Fernsehen ausgestrahlt wurde.

Als nächstes nationales Ereignis, dessen gedacht werden soll, steht das 100-jährige Jubiläum der nur in Dänemark so bezeichneten „Wiedervereinigung“, also der Grenzziehung 1920 bevor. Allein der Name dieser Begebenheit ist ein Diskussionsthema, weil „Wiedervereinigung“ ja nicht die Eindrücke der beiden Minderheiten oder Deutschlands reflektiert, sondern lediglich die der dänischen Südjüten sowie der Dänen aus dem Königreich in den Grenzen von 1864-1920. Der Gedenktag wird im ersten Halbjahr 2020 stattfinden und fällt unglücklicherweise mit dem 75. Jahrestag der Befreiung des von Hitlerdeutschland besetzten Dänemarks 1945 zusammen. Damit besteht die Gefahr, dass die beiden Anlässe gleichgesetzt und das deutsche Feindbild als gemeinsamer Nenner aufgefasst wird. Dies wäre eine Katastrophe.

### **„Entweder – Oder“ versus „Sowohl – Als auch“**

Eine andere Fragestellung des „2020-Gedenktages“ ist, ob wir den Ausgangspunkt im gleichen Identitätsverständnis wie damals nehmen oder ob wir uns nuancierter mit dem Begriff befassen wollen. Ist Identität ausschließlich eine Frage des „Entweder-Oder“, die in einer Forderung nach Assimilation endet, oder kann Identität innerhalb des Rahmens eines „sowohl-als-auch“ beschrieben werden, dass auf eine Integrationszielsetzung hinausläuft? Unabhängig davon, wie diese Frage letztlich gestellt wird, bewegen wir uns auf eine sehr aktuelle politische Debatte zu.

Die „Wiedervereinigung“ 1920 war sowohl für Südjütland als auch für das übrige Dänemark das größte Ereignis des 20. Jahrhunderts überhaupt. Wir sprechen von der Ausdehnung des Nationalstaates und damit von einer der wichtigsten



Abb. 1 Gedenkstein in Esterhøj zum Andenken an die Wiedervereinigung des südlichen Teils von Jütland mit Dänemark 1920 mit Aussicht auf den Lammefjord und die Sejerø Bucht

grundlegenden Fragen, die ein Staat sich stellen muss: Wo verlaufen die Grenzen dieses Staates, wer und was soll dazu gehören? Wie sehr die „Wiedervereinigung“ des Königreichs mit dem Landesteil südlich der Königsau landesweite Interessen betraf, bezeugt die folgende Geschichte: Auf Westseeland beschlossen lokale Autoritäten 1920, dass diesem Ereignis mit einem Gedenkstein auf der Spitze des 89 Meter hohen Hügels Esterhøj bei Høve (Seeland) gedacht werden sollte. Der Stein war am Ufer der zweieinhalb Kilometer entfernten Sejerø-Bucht gefunden worden. Er wog 25 Tonnen und hatte damit eine für den Anlass passende Größe. Der Stein wurde mithilfe von u. a. 22 Pferden und bis zu 500 Menschen unter Aufsicht des Direktors Falck von Falck A/S und mit Werkzeug der Firma Burmeister og Wain auf die Spitze des Hügels gezogen. Die Arbeit daran begann jeden Abend um 19 Uhr, so dass möglichst viele Jugendliche aus der Umgebung helfen konnten. Es dauerte elf Tage.

## 500 Gedenksteine für die Wiedervereinigung

Nach 1920 wurden über 500 Wiedervereinigungssteine in ganz Dänemark aufgestellt. Die allermeisten sind viel kleiner und demütiger als der Stein auf Esterhøj, aber eine wichtige Zeugenbotschaft, welche Bedeutung die Vereinigung für die Normalbürger überall in Dänemark hatte. „Åndens løsen er bedrifter“ („Die Befreiung des Geistes sind Taten“), schrieb N.S.F. Grundtvig. Wenn die Tat die Aufstellung der 500 Wiedervereinigungssteine war, was war dann der Geist dahinter, der damit befreit wurde? Dieser Geist, der die Aufstellung der zahlreichen Wiedervereinigungssteine trug, war zuallererst geprägt durch Dankbarkeit und Freude darüber, dass die Südjüten von der preußischen Herrschaft befreit waren und dass der Landesteil wieder ein Teil Dänemarks geworden war. Aber der Geist dahinter war auch Ausdruck der starken antideutschen Haltungen, nicht zuletzt im Lichte der vielen gefallenen Südjüten im Ersten Weltkrieg und der kulturellen und sprachlichen Unterdrückung, der diese sich ausgesetzt fühlten. Damit rücken die Ereignisse, die in Verbindung mit der Verschiebung der Staatsgrenze nach Süden 1920 stehen, aus dem Dunkel der Geschichte und werden für die Gegenwart relevant. Denn durch die Ereignisse gruben sich tiefe Furchen in das Verhältnis der Dänen zu dem Nachbarn im Süden ein, was ausreichend beschrieben und wohlbekannt ist: Es gibt nichts Besseres und Bequemerer als einen gemeinsamen Feind zu haben, wenn man eine Gemeinschaft bilden und zusammenhalten möchte, und das wollten die Dänen damals. Feindbilder sind zugleich nur schwierig zu ändern, vor allem dann, wenn sie einmal etabliert sind. Die Besetzung Dänemarks durch Nazideutschland nur 20 Jahre später bestätigte und verfestigte dieses Bild zusätzlich.

## Volksabstimmung 1920

Vor der „Wiedervereinigung“ wurde bekanntlich am 10. Februar und 14. März 1920 jeweils in Nord- und Mittelschleswig eine Volksabstimmung gehalten. Die Südjüten, die dänisch- wie auch die deutschgesinnten, wurden einer gewaltigen Kampagne bestehend aus u. a. Wahlplakaten ausgesetzt, die es den Stimmberechtigten unter der Hervorhebung der Vorteile des einen Landes gegenüber den Vorzügen des anderen leichter machen sollte, zwischen Dänisch oder Deutsch zu wählen.

Bei jener Abstimmung bekamen die Stimmberechtigten einen Stimmzettel, der dann entweder in die Wahlurne, worauf „Danmark“ bzw. „Dänemark“ stand, oder in die andere Wahlurne mit der Bezeichnung „Tyskland“ bzw. „Deutschland“ gelegt werden konnte. Nur auf diese Weise kann eine Staatsgrenze ausgehend von den Wünschen der Bevölkerung festgelegt werden. Es gab keinen Platz

für Zwischentöne. Entweder dänisch oder deutsch – das war die einzige und klar definierte Alternative. Daher bekam die Grenze eine beinahe mythische Bedeutung mit Grenzgendarmen, Grenzsteinen, Grenzbewachung und Grenzkontrolle. Und die im Landesteil zurückbleibende deutsche Minderheit wurde als ein zwischenzeitliches Phänomen betrachtet, das schnell in der Mehrheitsbevölkerung aufgehen und somit verschwinden würde.

Nach den Abstimmungen wurde der genaue Verlauf der Grenze abgesprochen und mit 280 nummerierten Granitsteinen zwischen Nord- und Ostsee markiert. In jeden Stein wurde ein D für Danmark auf der nördlichen Seite und DRP für Deutsches Reich Preußen auf der Südseite eingemeißelt, während eine rot bemalte Rille auf der waagerechten Oberseite des Steines den ganz genauen Verlauf der Grenze angab. Heute wird alle zehn Jahre die exakte Position sämtlicher Grenzsteine von einer gemeinsamen Grenzkommission kontrolliert. Diese Grenzsteine geben eine notwendige physische Grenze zwischen zwei Staaten an, aber sie sind auch ein gewaltiges Monument der „Entweder-Oder“-Rhetorik oder der „die-anderen-und-wir“-Mentalität. Die Bedeutung der notwendigen physischen Grenze zwischen zwei Staaten wird von dem Bedürfnis des Nationalstaates nach Übereinstimmung zwischen Volk und Staat getragen und dadurch vernenschlicht, dass Menschen in dasselbe Koordinatensystem gesetzt werden würden. Man war entweder dänisch oder deutsch, so wie es die Grenzsteine markieren, und ganz bestimmt nicht etwas Drittes.

### **„Blakkede“ oder „Zweistromige“**

Die Dänen wurden durch 150 Jahre „Volksaufklärung“ („folkeoplysning“) mit dieser Identitätsauffassung bombardiert, und dies ging nicht spurlos an der Bevölkerung vorbei. Aber dieses „Entweder-Oder“ ist ein rein politischer und für viele un menschlicher Gegensatz, der durch die ab Mitte des 19. Jahrhunderts immer problematischeren Geschichte, die Dänemark und Deutschland miteinander teilten, geschaffen worden ist. In der Region wusste man auch 1920, dass der Gegensatz für einige falsch war. Man nannte diese Menschen, die keine nationale Position einnehmen konnten, „Zweistromige“ oder „blakkede“ auf Dänisch. Zweistromig zu sein war auf keinen Fall positiv besetzt; es war nicht nur politisch unkorrekt, sondern beinahe Ausdruck eines ernststen Fehlers im genetischen Code.

Der Gegensatz zwischen Dänisch und Deutsch wurde aus leicht verständlichen Gründen nach dem Zweiten Weltkrieg noch weiter verstärkt. Zahlreiche Deutsche änderten in Südschleswig ihre Identität und wurden im Verlaufe des Jahres 1945 dänisch, und sie lernten schnell mit den Zwischenformen zu umgehen. Obwohl sie in deutschen Familien erzogen worden waren und Deutsch als Mutterspra-

che hatten, wurde von ihnen erwartet, dass sie, wenn sie ein Teil der dänischen Minderheit sein wollten, so schnell wie möglich und in Übereinstimmung der „Entweder-Oder“ Rhetorik zum Dänischen zu wechseln, was sie auch taten. Es geschieht erst innerhalb des letzten Jahrzehntes, dass junge Mitglieder der dänischen Minderheit, hiervon viele mit Wurzeln in deutschen Familien, offen von ihrer Bindestrich-Identität erzählen, also darüber, sprachlich und kulturell in zwei Kulturen verwurzelt zu sein. Sie erzählen, wie sie sich in einem Augenblick dänisch und im nächsten deutsch fühlen können - also, dass sich Identität für sie mit Ort und Zeit ändert. Zusätzlich zum Nachdenken anregend können die jungen Südschleswiger sogar behaupten, dass sie sich über das Gefühl hinaus, sowohl dänisch als auch deutsch zu sein, auch als Europäer verstehen können. Jugendliche aus der deutschen Minderheit in Nordschleswig teilen übrigens dieselbe Erfahrung.

Diese Erfahrungen der Jugendlichen der Minderheiten ist für monokulturelle Dänen, die wir die meisten sind, milde ausgedrückt überraschend. Im heutigen Dänemark begegnen sich Kulturen nicht nur im deutsch-dänischen Grenzgebiet. Ganz Dänemark ist ein Grenzland mit zahlreichen verschiedenen Identitäten und Mischformen geworden, oder wie Ebbe Kløvedal Reich schreibt: „Danskerne findes i mange modeller“ („Die Dänen gibt es auf viele Arten“). Wir versuchen verzweifelt, die vielen Arten in Übereinstimmung zu bringen und zu einer einzigen Art werden zu lassen, aber es misslingt die ganze Zeit, weil uns unsere Wiedervereinigungsgeschichte den Blick auf die „sowohl-als-auch-Möglichkeit“ versperrt.

## **Dänen gibt es in vielerlei Ausprägungen**

Wir halten damit auch 100 Jahre nach der Abstimmung 1920 an genauso wenigen Wahlmöglichkeiten fest, wie sie seinerzeit die Bewohner der Ersten und Zweiten Abstimmungszone in Nord- und Mittelschleswig bekamen, nämlich zwei: Wir oder die anderen. Damit blenden wir völlig aus, dass Millionen von Menschen in ihrer Jugend tatsächlich mehr als eine Sprache und eine Kultur erworben haben und sich in beiden vollständig zurechtfinden können. Aber was noch schlimmer ist: Wir distanzieren uns damit auch von den Tausenden von dänischen Mitbürgern fremder Herkunft, die sich ständig in Bewegung zwischen ihrer ursprünglichen Sprache und Kultur und des dänischen Befindens bewegen. Indem wir den „Neudänen“ ein Ultimatum zwischen den anderen und uns stellen - was in der Realität der Forderung gleichkommt, dass sie so werden wie wir es sind und sie sich also zu assimilieren haben - stoßen wir eine große Bevölkerungsgruppe aus der Gemeinschaft aus, weil sie weder wie wir sein können noch wollen. In dieser Situation müssen sie eine andere Möglichkeit



Abb. 2 Plakamotiv der heimkehrenden geraubten Tochter, gezeichnet von Joakim Sovgaard, Text von Henrik Pontoppidan: „Es klingt wie ein Märchen, eine Sage aus alten Tagen: eine geraubte Tochter, zutiefst beweint, ist erlöst zurückgekehrt! Heil dir, unserer Mutter Augenstern, in der Morgenröte der neuen Zeit!“

wählen. Manche wenden sich ihrerseits einem kulturellen Konfrontationskurs zu, der extrem beispielsweise in aggressiven Freitagsgebeten und Bandenkriegen zum Ausdruck kommt.

Deswegen ist es entscheidend für das Zusammentreffen verschiedener Kulturen in der Gegenwart und für die dänische Demokratie der Zukunft, dass wir lernen anzuerkennen, dass „es die Dänen (genauso wie die Araber und Deutschen) in vielerlei Ausprägung gibt“. Es gibt also Mischformen, bei denen das eine das andere nicht ausschließt, sondern wo sich zwei Sprachen und Kulturen in einem einzigen Menschen in einem inneren Dialog miteinander befinden und diese zu irgendeinem Zeitpunkt vielleicht in Richtung der einen anstelle der anderen gehen. Egal wer man ist, es hinterlässt Spuren, für einen längeren Zeitraum in einer anderen Kultur zu leben. Aber eine „entweder-oder“-Antwort abzuverlangen, ist schlichtweg unmenschlich.

Nun sollen wir uns darauf vorbereiten, das 100-jährige Jubiläum der Grenzziehung im Jahre 2020 angemessen zu feiern. Hoffentlich wird dies auf eine Weise geschehen, die uns nicht in einer Geschichte einschließt, die damals sinnvoll und richtig war, es aber heutzutage nicht mehr ist. Lasst uns dem Tag der Wiedervereinigung/Grenzziehung auf eine Weise gedenken, die uns weiterbringt, so dass die Herausforderungen der Gegenwart auf den Voraussetzungen der Gegenwart bewältigt werden können.

*Übersetzung: Hanna Wattenberg*

Abbildungsnachweise:

Abb. 1 <https://www.visitodsherred.de/de/esterhoj-der-esterhoj-stein-gdk618983>

Abb. 2 Museum Sønderjylland - Sønderborg Slot

# Grenzüberschreitende Kulturarbeit – seit 1997 bei der Region Sønderjylland-Schleswig

von ANDREA GRAW-TEEBKEN

*Über die erfolgreiche grenzüberschreitende deutsch-dänische Kulturzusammenarbeit in der Region Sønderjylland-Schleswig berichtet in dem folgenden Beitrag die Historikerin und Journalistin Andrea Graw-Teebken. Die Autorin, die selbst Mitarbeiterin des in Pattburg ansässigen Regionskontors & Infocenter ist, hat zu diesem Zweck ein Interview ausgewertet, das sie mit der für die Kulturzusammenarbeit zuständigen Kulturkoordinatorin Anne-Mette Olsen geführt hat. Daraus geht hervor, dass die Anfänge dieser Kooperation bis in die frühen 1990er Jahre zurückreichen. Mit der Gründung der Region Sønderjylland-Schleswig 1997 bekam sie feste Konturen und durch das über die Jahre geschaffene Netzwerk der Kulturakteure dies- und jenseits der deutsch-dänischen Grenze aber auch durch eine stetig steigende Finanzausstattung aus verschiedenen Interreg-Perioden hat sich die interkommunale Zusammenarbeit im Kulturbereich grundlegend gewandelt.*

Die Redaktion

## Einleitung

„Der 3. Februar 2017 war ein ganz besonderer Tag in meinem Arbeitsleben“, sagt Anne-Mette Olsen. Seit dem Jahr 2000 ist die Dänin bei der Region Sønderjylland-Schleswig zuständig für die Kulturarbeit. Wir treffen sie, um mit ihr über die Entwicklung der grenzüberschreitenden Kultur zu sprechen. Was war geschehen an diesem für Olsen so wichtigen Tag? Am 3. Februar fand in der Tagungsstätte Sandbjerg Gods bei Sønderborg eine politische Begegnung ersten Ranges statt. Im Rahmen eines kulturpolitischen Spitzentreffens, das mit Partnern der Fehmarn-Belt-Region organisiert wurde, kam es zu einer feierlichen Zeremonie, die in der Unterschrift der zweiten Kulturvereinbarung Sønderjylland-Schleswig mündete. Die dänische Kulturministerin Mette Bock sowie ihr Schleswig-Holsteinisches Pendant, Kulturministerin Anke Spooren-donk, unterstrichen damit die Wichtigkeit der deutsch-dänischen Kulturarbeit. „Der Tag war so herausragend für mich, weil wir zeigen konnten, dass wir durch

unsere kontinuierliche Arbeit viele Ziele erreicht haben. Unsere Kulturarbeit ist fest verankert, aber wir können auch selbstkritisch sein und uns durch andere inspirieren lassen. An dem Tag waren wir stolz auf das Erreichte und gleichzeitig mitten drin in der dynamischen Weiterentwicklung", sagt Anne-Mette Olsen. Olsen ist eine stille Macherin – sie steht nicht gerne im Rampenlicht, dies überlässt sie lieber den Politikern. Selbst wirkt sie im Hintergrund und hält die Fäden in der Hand. „Absehbar war die Entwicklung der Kulturarbeit anfangs nicht. In 18 Jahren hat sich ihre Arbeit grundlegend geändert und gewandelt", berichtet sie und blickt zurück auf die Anfänge.

## **Die Anfänge der Kulturarbeit**

Im Jahr 2000 gab es erst seit drei Jahren eine formalisierte Zusammenarbeit zwischen deutschen und dänischen Grenzkommunen. Die Gründung der Region Sønderjylland-Schleswig im September 1997 wurde begleitet von Protesten auf dänischer Seite - man fürchtete um dänische Souveränität. Dass diese Befürchtungen fern der Wirklichkeit lagen, zeigte sich schnell. Das Büro fing klein an – anfänglich arbeiteten nur drei Personen im Regionkontor. Nach ein paar Jahren wurde umstrukturiert und es wurde eine Stelle ausgeschrieben, angesiedelt im Kulturbereich, auf die sich Olsen bewarb. „Im Rahmen meines Studiums habe ich in Tübingen und Hannover gelebt. Obwohl ich keine nähere Kenntnis des Grenzlandes hatte, wollte ich gerne zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit beitragen. Deutschland liegt mir sehr am Herzen, also habe ich mich meinen Hut in den Ring geworfen, " sagt Anne-Mette Olsen.

Die neue Kulturmitarbeiterin aus Holbæk bei Kopenhagen musste sich erstmal ein Bild der Lage machen. Denn wie die Aufgaben und die Ziele der Kulturarbeit aussehen sollten, war unklar – das Büro betrat Neuland. Netzwerke mussten aufgebaut, Akteure angesprochen werden. Es gab die Aussicht auf Interreg-Mittel in einem so genannten People-to-People-Projekt, das allerdings ebenso erst einmal entwickelt werden musste.

„Es gab wenig, worauf ich mich stützen konnte. Es gab auch keine klare politische und verwaltungstechnische Linie, vieles befand sich im Aufbau. Der Vereinbarungstext der Region Sønderjylland-Schleswig war so offen formuliert, dass das Sekretariat sich eigentlich mit ganz verschiedenen Themenfeldern beschäftigen konnte. Eine große Verantwortung, aber auch eine unglaubliche Freiheit, die ich zu schätzen gelernt habe, und die wir heute so natürlich nicht mehr haben,“ sagt Olsen.

Ein großer Vorteil für sie war es auch, dass es seit Anfang der 1990er ein Netzwerk von Verwaltungsmitarbeitern der Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland, der Stadt Flensburg und Sønderjyllands Amt gab. Daraus ent-



Abb. 1 Die Kulturministerinnen Anke Spoorendonk (l.) und Mette Bock und der ehemalige Vorsitzende des Kulturausschusses der Region Sønderjylland-Schleswig Stephan Kleinschmidt bei der Veranstaltung zur Unterzeichnung der zweiten Kulturvereinbarung Sønderjylland-Schleswig

wickelte sich die Kulturfachgruppe, ein Gremium, das bis heute Bestand hat und das die fachliche Vorbereitung, Beurteilung und Begleitung von deutsch-dänischen Kulturprojekten als Aufgabenbereich hat. Mit Hilfe der erfahrenen Kollegen begann Olsen den Aufbau einer grenzüberschreitenden Kulturarbeit. „Der frühere Leiter der Kulturstiftung Schleswig-Flensburg, Dr. Matthias Schartl, der Mitarbeiter des Kulturbüros der Stadt Flensburg, Thomas Frahm, sowie die Kulturmitarbeiterin von Sønderjyllands Amt, Helle Barsøe, sind die wirklichen Helden der Geschichte“, sagt Anne-Mette Olsen und führt aus: „Mit dieser inoffiziellen Zusammenarbeit wurde der Grundstein für die grenzüberschreitende Kulturarbeit gelegt. Ebenfalls sehr wichtig für die weitere Entwicklung waren die damalige Vorsitzende des Kulturausschusses in Sønderjyllands Amt, Anna Margrethe Ikast. Sie setzte bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Himmel und Hölle in Bewegung und machte dem Kopenhagener Kulturministerium klar, dass wir probeweise Mittel für deutsch-dänische Projekte brauchen, in denen sich die Bürger der Region begegnen können. Die guten Erfahrungen überzeugten dann die Kommunalpolitiker davon, dass man auch zukünftig Gelder für einen Kulturfond bereitstellen sollte,“ sagt sie. Auch aus der Verwaltungsebene wie dem Amtsdirektor Finn Hansen und dem früheren Leiter des Regionskontors

der Region Sønderjylland-Schleswig, Thede Boysen kam Unterstützung für den Kulturbereich. Und nicht zuletzt gab es laufend Inspiration von anderen europäischen Grenzregionen, die mit vergleichbaren Projekten bereits Erfolge vorweisen konnten.

## **Die Neue aus Kopenhagen**

Anfang der 2000er ging die deutsch-dänische Zusammenarbeit von einem Zustand der ad-hoc-Planung über zu festen Strukturen und formalisierten Netzwerken. So wurden 2001 die ersten politischen Ausschüsse gegründet, darunter auch der Kulturausschuss. Das Regionskontor bereitete die Sitzungen in Zusammenarbeit mit der Kulturmitarbeiterin von Sønderjyllands Amt, Helle Barsøe, vor, versendete Tagesordnungen und Protokolle. Die Fachgruppe für Sprache und interkulturelle Verständigung nahm Themen aus dem Sprachbereich auf, deutsch-dänisches Unterrichtsmaterial wurde unter der Federführung vom Center for Undervisningsmidler ausgearbeitet. 2004 wurde eine Sprachresolution für die gesamte Region verabschiedet. Hierbei ging und geht es um Initiativen zur Förderung des frühen Kontaktes mit der Nachbarsprache mit dem Ziel Kinder und Jugendliche zu motivieren, Deutsch und Dänisch zu lernen.

Anhand der weißen Flecken in der Kulturlandschaft kristallisierte sich Olsens Arbeitsbereich heraus. In Zusammenarbeit mit der Kulturfachgruppe wurden Konzepte entwickelt. Die Netzwerkbildung zwischen Kulturakteuren wurde immer wichtiger, und die interkommunale Zusammenarbeit konsolidierte sich. Olsen entwickelte neue Kontakte, bezog Macher und Strippenzieher mit ein in den sich vergrößernden Aufgabenbereich. Der Erfolg stellte sich langsam ein. Für sie selber war der persönliche Hintergrund sowohl von Vorteil als auch von Nachteil: „Ich kam von außen. Ich musste keine Rücksicht nehmen auf Befindlichkeiten, denn ich wusste nicht, wo es welche gab! Man sah es mir nach, wenn ich die geschichtlichen Hintergründe unwissentlich ignorierte, und gerade dadurch war die Herangehensweise freier, als wenn ich im Grenzland aufgewachsen wäre,“ sagt Anne-Mette Olsen und fügt hinzu: „Es war ein klarer Nachteil, dass mein Netzwerk so klein war. Hier halfen mir Helle Barsøe und die Kulturmitarbeiterin der Center for Undervisningsmidler, Birgitte Boelt. Beide waren immer hilfsbereit und es gab fast niemanden, den sie nicht kannten.“



Abb. 2 Bei den Netzwerktreffen begegnen sich regelmäßig die Kulturakteure der gesamten Region

## Interreg-Projekte und Kulturakteure

Das erste Interreg-Projekt trug den Namen People-to-People, und sollte genau das tun: Menschen zusammenbringen. Von 2004 bis 2007 wurden mit den Geldern insgesamt 76 sogenannte Mikroprojekte, unterstützt. „Einige Veranstaltungen, die sich seitdem eingebürgert haben, haben hier ihren Ursprung: das deutsch-dänische Kindertheaterfestival, der Schulsporttag, aber auch Prof. Dr. ABC wurden erstmalig durch diese Gelder angestoßen.“

In den darauffolgenden Jahren begannen weitere Projekte, die das Ziel verfolgten, das Kulturleben in der Grenzregion möglichst breit zu unterstützen. So startete 2008 das INTERREG 4a Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.-Projekt „Kulturbro-Kulturbrücke“ und stellte in den folgenden drei Jahren insgesamt mehr als 500.000 EUR bereit. Diese Gelder verteilten sich auf 74 Mikroprojekte innerhalb der Themenfelder Kultur, Jugend, Sport und Schule. Vom kleinen Sportkongress über Theateraufführungen, Schachwettkämpfe und Zauberkongresse schlug Kulturbrücke den Bogen bis zu den großen Leuchtturmprojekten wie „folkBaltica“ und auch den Veranstaltungen der Sportpiraten.

Und es ging immer weiter: Bereits kurz vor Beendigung der „Kulturbrücke“ nahm 2011 das INTERREG 4a Syddanmark-Schleswig-K.E.R.N.-Projekt „Kultur Dialog“ seine Arbeit auf. Auch hier ging es wieder primär um die Bereitstellung von Geldern für Kulturakteure von beiderseits der Grenze, jedoch auch um eine neue Aufgabe: die Schaffung einer deutsch-dänischen Kulturregion.

## **Erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit**

Die erste süddänische Kulturvereinbarung, „Den sønderjyske kulturaftale“ zwischen den Kommunen Haderslev, Sønderborg, Aabenraa und Tønder bestand von 2008 bis 2012. Ziel war es, diese Absprache auf die deutschen Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland sowie die Stadt Flensburg auszuweiten. „Durch intensive Gespräche, Verhandlungen und auch das eine oder andere taktische Manöver gelang es, die erste deutsch-dänische Kulturvereinbarung zu etablieren. Am 10. April 2013 wurde der Vertrag zwischen dem dänischen Kulturministerium, den deutschen und dänischen Kommunen, den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg, der Stadt Flensburg sowie dem Land Schleswig-Holstein unterschrieben,“ sagt Anne-Mette Olsen und führt weiter aus: „Dass Sønderborg sich gerade in der Zeit zusammen mit dem ganzen Grenzland als europäische Kulturhauptstadt bewarb, bahnte der Kulturvereinbarung Sønderjylland-Schleswig den Weg. Es gab eine generelle Aufbruchsstimmung. Dazu kam, dass die Politiker, die zu dem Zeitpunkt in unserem Kulturausschuss saßen, sich stark für die Kulturvereinbarung einsetzten. Die deutschen Politiker kannten das Konzept zwar noch gar nicht. Sie waren aber überzeugt von der Sache und vermittelten dies ihren Politikerkollegen zuhause. Auch die dänischen Politiker standen hinter dem Konzept, obwohl sie wussten, dass es eine gleichwertige Finanzierung von deutscher Seite aufgrund der vorliegenden ministeriellen Zusagen aus Kopenhagen nicht geben würde.“

Ihrer Meinung nach zeigt dieser Verlauf eine grundlegende Haltung in Verwaltung und Politik: „Wir arbeiten für die ganze Grenzregion und wenn es um die Beträge der einzelnen Partner geht, sind wir keine Pfennigfuchser. Für die Entwicklung der Kulturarbeit im deutsch-dänischen Grenzland war die Kulturvereinbarung von immenser Bedeutung. Denn sie sicherte uns ein weiteres Standbein neben den Interreg-Mitteln, neben der Arbeit des Regionskontors, der Fachgruppe und des Kulturausschusses“, sagt sie. Es waren arbeitsintensive Jahre, die die Weichen stellten für die Zukunft. Zugleich wurden sowohl die Kulturvereinbarung Sønderjylland-Schleswig als auch das Interreg-Projektsekretariat am Regionskontor angesiedelt. Als das Projekt „KulturDialog“ im Jahr 2014 endete, waren insgesamt 644.300 EUR für Projekte geflossen, verteilt auf über 70 große und kleine Veranstaltungen, Netzwerke und Begegnung über die Grenze hinweg. Die interkommunale Zusammenarbeit im Kulturbereich hatte sich fest etabliert und verfestigt. Alles verlief in geordneten Bahnen – ein Zeitpunkt für Anne-Mette Olsen, sich zu fragen, wie es weitergehen sollte.

## Zwischenstand

„Nach Etablierung der ersten Kulturvereinbarung stellte ich mir die Frage, was nun kommen solle. Was braucht es, um auch zukünftig erfolgreiche Arbeit abzuliefern? Man darf zwar auch mal Erfolge feiern, aber das Risiko besteht immer, dass man dann stehenbleibt, um den Status Quo zu erhalten. Gleichzeitig sind den Aktivitäten eben auch natürliche Grenzen gesetzt, was bedeutet, dass man fragen muss, was man mit begrenzten Mitteln schaffen kann, und was zu groß ist,“ so Olsen. 2014 war somit auch das Jahr der Reflektion und der strategischen Ausrichtung. Zugleich beschlossen die Gremien der Region Sønderjylland-Schleswig einen umfassenden Strategieprozess, der 2017 in einen neuen Vereinbarungstext mündete.

So kam Anne-Mette Olsen zu dem Fazit, dass die Kernaufgabe immer noch in der kulturellen Begegnung zwischen den Bürgern liegt, und dass es die nahen Relationen sind, die die deutsch-dänische Zusammenarbeit im Wesentlichen zusammenhalten. Wenn man diese Kooperation jedoch weiter ausbauen wollte, so ist es von großer Wichtigkeit, mehr in den Bereich Kinder und Jugendliche zu investieren. „Es hatte bereits in den vorherigen Jahren Schulprojekte gegeben, aber wir brauchten mehr Wissen darüber, wie interkulturelle Schülerbegegnungen gut laufen. Glücklicherweise bekamen wir dafür auch von politischer Seite aus Unterstützung.“

Während das eine Projekt auslief, bereitete sie bereits mit der Kulturfachgruppe das neue vor. Dieses, noch bis 2019 laufende INTERREG Deutschland-Danmark-Projekt, begann offiziell am 1. Juli 2015 unter dem Namen „KursKultur“. Im Vergleich zum Vorgängerprojekt „KulturDialog“ erhöhte sich das Finanzvolumen noch einmal deutlich, wobei der Aufgabenbereich sich ebenfalls erweiterte. Zusammen mit der Europa-Universität Flensburg sowie dem University College Syd wurde unter dem Dach des Projektes „KursKultur“ eine Doktorandenstelle ausgeschrieben mit dem Ziel, gute Rahmenbedingungen für deutsch-dänische Schülerbegegnungen zu erforschen. 18 Museen aus der gesamten Region sollten dafür jeweils paarweise Unterrichtsmaterialien zu grenzregionalen Themen erarbeiten, und diese sollten von 72 Schulklassen auf ihre Wirksamkeit hin abgeklopft werden.

„Das Projekt ‚KursKultur‘ ist ganz klar unser bisher ambitioniertestes. Im Rückblick hätten wir wohl mehr finanzielle Mittel für die Erstellung der deutsch-dänischen Unterrichtsmaterialien bereitstellen müssen. Wir haben unterschätzt, unter welchem massivem Druck die Museen stehen und wieviel Geld benötigt wird, Material zu erstellen, das die Lehrer in ihrer Vorbereitung entlastet und die Interaktion zwischen deutschen und dänischen Schülern unterstützt. Glücklicherweise sind die Rückmeldungen von den Schulen so positiv, dass wir uns

darin bestärkt sehen, die schulische Zusammenarbeit über die Grenze hinweg zu fördern. Birgitte Boelt vom Center for Undervisningsmidler leitet den Teil des Projektes, und es bedarf auch einer Frau ihres Kalibers, damit so eine Aufgabe gut gelöst werden kann“ sagt Anne-Mette Olsen.

Die Interreg-Mittel haben in den vergangenen Jahren viele interkulturelle Projekte ermöglicht, und obwohl die Empfänger sehr dankbar waren dafür, so war doch wieder und wieder die Kritik zu hören, die Bewerbungs- und Abrechnungsprozesse seien zu bürokratisch. „Thomas Dau-Eckert, Leiter des Kinder- und Jugendbüros der Stadt Flensburg, sagte wiederholt, dass es unsere Aufgabe sei, Begegnungen über die Grenze zu ermöglichen, und dass wir zu viel Zeit auf das Prozedere, auf Richtlinien und fachliche Beurteilung der Bewerbungen verwenden würden,“ so Anne Mette Olsen. „Seine Hinweise führten dazu, dass wir den Transportpool erfanden. Diese Gelder gehen direkt in die Begegnung von Kindern und Jugendlichen, und wir konnten damit bereits 100 Treffen unterstützen, was insgesamt 4.500 Schüler umfasst hat – also eine große Erfolgsgeschichte.“

## **Kulturvereinbarung und KursKultur**

Mit zwei großen hausinternen Kulturprojekten wurde es auch Zeit für eine interne Restrukturierung beim Regionskontor & Infocenter in Pattburg. Der politische Wunsch nach einer besseren Koordinierung der Kulturaktivitäten und dem Vermeiden von Doppelstrukturen führte dazu, dass Olsen die fachliche Verantwortung für den gesamten Kulturbereich bekam. Hier ging es einerseits um Abgrenzung, aber auch um Zusammenarbeit zwischen der Kulturvereinbarung Sønderjylland-Schleswig, dem Interreg-Projekt „KursKultur“ und der kulturellen Basisarbeit des Regionskontors. So wurde beschlossen, dass die Kulturvereinbarung strategisch wichtige Aktivitäten, die sämtliche Partner der Region Sønderjylland-Schleswig umfassen, plant und durchführt. Als Akteur sollte es aber immer noch möglich sein, geringere Mittel zur Völkerverständigung zu erhalten, und dies wurde durch „KursKultur“ garantiert.

Anne-Mette Olsen bringt großes Verständnis dafür auf, dass manch einer sich im Dickicht der Projektamen verirrt. „Die grenzüberschreitende Kulturarbeit ist aber immer abhängig von externer Unterstützung, und die gibt es eben nur, wenn wir Neues initiieren. Das bedeutet auch immer, dass ein neuer Name gefunden werden muss. Dies ist leider der Rahmen unserer Arbeit,“ sagt sie.



Abb. 3 Einblick in einen Workshop des von „KursKultur“ geförderten Projekts „Grenzen suchen - Grenzen finden“ mit Jugendlichen des Global House in Sønderburg und der Emil-Nolde-Schule, Neukirchen

## Licht und Schatten

Seit 1997 steht die Region Sønderjylland-Schleswig für die grenznahe Zusammenarbeit. Deutsche und dänische Verwaltungsstruktur, politische Tradition und Praxis begegnen sich. Die Kulturarbeit hat seit Anfang der 2000er einen wichtigen Stellenwert. Es zeigte sich im Laufe der Jahre, dass zwar von politischer Seite aus mehr Zusammenarbeit gewünscht, aber nicht entscheidend mehr Gelder zur Verfügung gestellt wurden. So besteht das Sekretariat der Region Sønderjylland-Schleswig immer nur aus einem kleinen Team, während durch INTERREG finanzierte Stellen den Anschein erwecken, das Büro hätte sich personell verdoppelt oder verdreifacht – was von den kommunalen Geldgebern nicht immer verstanden wurde.

Ein weiterer Knackpunkt liegt in der Projektförderung. Extern angeworbene Mittel aus Töpfen der Europäischen Union haben den Nachteil, dass nicht langfristig geplant, sondern immer nur von Projekt zu Projekt gearbeitet werden kann. Projektmittel-Einwerbung bringt keine Planungssicherheit über die meist drei oder vierjährigen Förderperioden hinaus, was dazu führt, dass in diesem Rahmen besetzte Mitarbeiterstellen eine zeitliche Begrenzung haben und damit

Personal sowie Fachwissen verloren geht. Dieser Umstand begleitet Anne-Mette Olsen seit dem ersten „People-to-People-Projekt“. Das ist der schwierigste Teil an der Projektarbeit für mich. Es bedeutet, dass meine Kollegen alle Projektmitarbeiter sind und dass es uns verwundbar macht, denn es stellt sich immer wieder die Frage, ob wir die Mitarbeiter und deren Kompetenzen auch halten können. Meine Kollegen tragen die tägliche Arbeitsbelastung und ich kann ihnen nicht genug danken dafür und die Tatsache würdigen, dass sie es sind, die die Kulturarbeit vorantreiben. Und ja, ich fühle mich dafür verantwortlich, dass sie auch zukünftig eine Arbeitsstelle haben und gleichzeitig muss ich den Politikern und Geldgebern gegenüber deutlich machen, warum es vernünftig ist, in Personal zu investieren,“ sagt sie.

Ein Kennzeichen der projektbasierten Kulturarbeit ist der stetige Dialog mit der Kultur- und Regionalpolitik. Hierbei ist besonders in Zeiten von klammen Kassen die Kulturarbeit immer wieder von Kürzungen bedroht. „Die grenzüberschreitende Kulturarbeit ist keine Autobahn, wo wir mit 130 Km/h fahren können. Es geht viel langsamer, denn es gibt manchmal keinen direkten Weg, sondern Streckenverläufe, die wir erstmal asphaltieren müssen. Helle Barsøe hat das Motto NIPSILD eingeführt. Dies ist eine Abkürzung für den Satz ‚Nie in Problemen, sondern in Lösungen denken‘. Eine phantastische Arbeitsphilosophie, finde ich. Probleme entstehen immer dann, wenn wir nicht genau genug erklären, warum wir in diese und nicht in jene Richtung gehen,“ sagt Anne-Mette Olsen.

## **Fazit nach fast 20 Jahren deutsch-dänischer Kulturarbeit**

Trotz der unübersehbaren Probleme ist das Fazit von Anne-Mette Olsen ein positives. Sie ist zufrieden mit der Unterstützung, die sie über viele Jahre von politischer Seite aus erfahren hat. „Es gibt viele Politiker, die mit Herzblut bei der Sache sind. Ohne sie wäre diese gewaltige Entwicklung gar nicht möglich gewesen. Solange wir etwas anbieten können, was es nirgendwo sonst gibt, sehen die Partner in uns den Mehrwert. Die politische Unterstützung ist aber keine Selbstverständlichkeit. Es gibt immer wieder neue Politiker, die man von der Sinnhaftigkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit überzeugen muss,“ sagt sie und fügt hinzu: „Glücklicherweise waren die Politiker im Kulturausschuss Sønderjylland-Schleswig durchgehend positiv eingestellt, sehr engagiert und auch dazu bereit, in ihrer heimischen politischen Arena wie die Löwen für die deutsch-dänische Kulturarbeit zu kämpfen.“

Eine weitere Vorbedingung für eine erfolgreiche Kulturarbeit ist die Verankerung in den Partnerverwaltungen. Die Kulturfachgruppe steht immer noch zentral in der Kulturarbeit und ist das Forum für den inhaltlichen Austausch. „In ihren Verwaltungen in Tønder, Schleswig oder Husum kämpfen sie für die Sichtbarkeit



Abb. 4 Kulturkoordinatorin Anne-Mette Olsen an ihrem Schreibtisch im Regionalkontor & Infocenter

der deutsch-dänischen Kulturarbeit“, sagte sie und fügt hinzu: „Die Kulturarbeit wäre nicht dieselbe ohne die vielen fleißigen und kreativen Kulturakteure. Durch das Projekt ‚KursKultur‘ konnten seit November 2015 Projekte mit insgesamt einer Million Euro unterstützt werden. Die Kulturvereinbarung Sønderjylland-Schleswig hat Vorhaben wie den deutsch-dänischen Musikschultag, das folk-Baltica-Ensemble, Jugend 2020 und ein deutsch-dänisches Gesangsprojekt finanziert. Hinter diesen Summen stehen Menschen aus unserer Region, die Ideen und Vorhaben entwickeln und durchführen. Und immer noch braucht es etwas mehr, in deutsch-dänischen Projekten zusammenzuarbeiten. Struktur- und Kulturunterschiede müssen mit einbezogen werden.“

Olsen kann viel Verständnis aufbringen für die Klagen der Kulturakteure, viele davon Ehrenamtler, denen die hohen Anforderungen an die Dokumentation der Arbeit manches Mal ein Dorn im Auge sind. „Es ist aber auch vernünftig zu kontrollieren, wohin die Gelder fließen. Glücklicherweise ist es so, dass die Kulturakteure unserer Region sich dessen auch bewusst sind. Sie gehen sorgsam und verantwortungsbewusst mit den Mitteln um.“

Ist die Zukunft rosig oder eher düster? Der 3. Februar 2017 war ein Höhepunkt der grenzüberschreitenden Kulturarbeit. Es war Zeit für Gespräche, Pläne und

Vorfriede auf die nächsten Jahre. Anderthalb Jahre nach der feierlichen Veranstaltung blickt die Kulturkoordinatorin zurück auf viele positive Erlebnisse, aber auch auf harte Arbeit. „Die grenzüberschreitende Kulturzusammenarbeit ist eine zusätzliche, freiwillige Option für die Partner. Das Regionkontor & Infocenter muss laufend den Beweis erbringen, dass es sich lohnt, darin zu investieren. Unser größtes Problem ist mit Sicherheit, dass wir unsere Erfolgsgeschichten nicht genug vermarkten. Zu viele Deadlines, zu viele Aufgaben lassen das manchmal unter den Tisch fallen. Aber ob die Zukunft rosig oder düster aussieht, hängt ab von unserer Fähigkeit, das von uns Erreichte darzustellen,“ sagt sie und resümiert: „Wenn ich den Erfolg der letzten 20 Jahre erklären soll, so hängt dies alles zusammen mit dem politischen Willen, mit der Verankerung in den Verwaltungen, mit guter Teamarbeit, Kreativität und viel Herzblut. Und für die Zukunft brauchen wir genau das!“

Abbildungsnachweise:

Abb. 1, 3: Timm Riediger, Flensburg

Abb. 2, 4: Regionkontor & Infocenter, Pattburg

# Die Landschaft Angeln und der Nationalsozialismus.

## 1. Teil: Das Vordringen der NSDAP in den ländlichen Raum

von MATTHIAS SCHARTL

*Das Aufkommen des Nationalsozialismus in der agrarisch geprägten Landschaft Angeln steht im Mittelpunkt des Beitrages unseres Redaktionsmitglieds Matthias Scharthl. Ausgehend von einer Analyse der negativen Folgen der Landwirtschaftskrise in den späten 1920er Jahren, des Unvermögens der landwirtschaftlichen Agrarverbände zu Bildung einer Einheitsorganisation und der seit 1930 einsetzenden gezielten Werbekampagnen und Infiltrationsstrategie der nationalsozialistischen Agitatoren stellt er u. a. die bisher geltende These über die hier nur verzögerte Aufwärtsentwicklung in Frage, die u. a. mit der in den Angler Bauerndörfern vorherrschenden Sozialstruktur, einer hier vorherrschenden Distanz gegenüber Neuerungen, aber auch vor dem Hintergrund des Fehlens geeigneter, aus der Region stammender Führungspersönlichkeiten oder mit der Tatsache, dass sich die Weltwirtschaftskrise hier weniger bemerkbar gemacht hatte, erklärt wird. Er weist nach, dass vor allem im südlichen Angeln der Durchbruch bereits 1929 gelang, und damit deutlich früher als bisher angenommen. Auch im Norden der Landschaft waren große Teile der Bevölkerung einzelner Dörfer schon im Herbst 1930 bereit, die NSDAP zu wählen. Im zweiten Teil des Beitrags, der in Heft 2/2018 erscheinen wird, geht er auf die Probleme ein, die den Nationalsozialisten bei der Gleichschaltung der Kommunen entgegenstanden, vor allem aus den Reihen der konservativen Bauernschaft und des in Angeln stark präsenten Bundes der Frontsoldaten (Stahlhelm).*

Die Redaktion

### Einleitung

In kaum einem anderen Wahlkreis der Weimarer Republik war die NSDAP so erfolgreich wie in Schleswig-Holstein. Vor allem in den beiden Dithmarscher Landkreisen, in Steinburg und auf der dünn besiedelten Schleswigschen Geest, wo die seit 1927 spürbare, von einem starken Preisverfall begleitete Depression und die zwei Jahre später einsetzende Weltwirtschaftskrise in der bäuerlichen

Agrarwirtschaft tiefe Spuren hinterlassen hatten, gab es für die Nationalsozialisten reichlich Gelegenheit, sich als radikale Alternative zu den demokratischen Parteien zu präsentieren.<sup>1</sup> In der im Nordosten der preußischen Provinz gelegenen Landschaft Angeln hingegen reagierten die Bewohner anfangs zurückhaltender. Insbesondere in der bäuerlichen Oberschicht stieß der radikale Aktionismus der Nationalsozialisten auf größeren Widerstand. In Angeln waren die Landwirte von den Folgen der Landwirtschaftskrise zudem weniger betroffen als ihre Berufskollegen an der Westküste. Hinzu kam das Fehlen von geeigneten, mit den Problemen der Landwirtschaft vertrauten NSDAP-Agitatoren, denn hier setzte sich die Mitgliedschaft zunächst vorwiegend aus Arbeitern, Landarbeitern, Knechten und Handwerkern zusammen, die in den bäuerlichen Dorfgemeinschaften wenig Anerkennung genossen.<sup>2</sup>

Angeln war zudem eine Region, in dem andere, ebenso dem republikfeindlichen Lager zuzuordnenden Parteien und Gruppierungen wie etwa die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) oder der Bund der Frontsoldaten (Stahlhelm) stark präsent waren. Gemeinsam mit den Nationalsozialisten bekämpften sie zwar ebenso die Weimarer Demokratie, doch in dieser Gegnerschaft waren sie nicht nur Partner, sondern zugleich auch Konkurrenten der NSDAP. Einzelne, im Stahlhelm aktive Angler Bauern ließen sich auch nach dem 30. Januar 1933 nur unter großen Schwierigkeiten in die nationalsozialistische Volksgemeinschaft integrieren. Dennoch konnte die NSDAP auch hier innerhalb weniger Monate zur stärksten Partei werden. Wie im Folgenden gezeigt werden soll, vollzog sich der Aufstieg in der südlichen, zum Landkreis Schleswig zählenden Landschaft Angeln früher als im nördlichen Teil, der zum Landkreis Flensburg gehörte.

## **Radikalisierung der ländlichen Bevölkerung**

In der Zeit des Deutschen Kaiserreichs 1871 bis 1918 ging es den schleswig-holsteinischen Bauern vergleichsweise gut. Ihre Betriebe blühten und bescherten ihnen durch die umfassende agrarprotektionistische Schutzzollgesetzgebung hohe Gewinne.<sup>3</sup> Nach dem verlorenen Weltkrieg führte der sich bis zur Hyperinflation steigernde Geldwertverfall der Reichsmark jedoch zum Verlust des über Jahre angesparten Geldvermögens. Die Einführung der neuen Währung im November 1923 und der sich daran anschließende wirtschaftliche Aufschwung brachten für die Landwirtschaft zwar eine kurzfristige Erholung. Dieser war jedoch im Wesentlichen durch Kredite finanziert. Im Gegensatz zu früheren Jahren lag das Zinsniveau jedoch erheblich höher. Viele Bauern überschätzten bei den Investitionen ihre Möglichkeiten und ließen „in Verkenning der völlig veränderten Sachlage“ bei der Kreditaufnahme „nicht die nötige Vorsicht“ walten.<sup>4</sup> Für die Landwirtschaft waren die Folgen verheerend. Es kam

zu einer Vielzahl von Konkursen und Zwangsversteigerungen, zu denen teilweise auch Steuerforderungen der Finanzämter beitrugen. Betroffen waren vor allem die oft in spekulativer Weise auf nur ein Agrarprodukt setzenden Bauern in den schleswig-holsteinischen Marschen und in den Geestregionen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass gerade das westliche Schleswig-Holstein zum Ausgangs- und Kulminationspunkt des bäuerlichen und letztlich der NSDAP zugutekommenden Kampfes gegen „das politische System von Weimar“ wurde. Dabei entsprachen die Nationalsozialisten mit ihrem ideologisch aus dem 19. Jahrhundert stammenden Weltbild vom Bauerntum und ihren Versprechungen, sich energischer als andere Parteien für die Landwirtschaft einzusetzen, vielfach den Idealvorstellungen der ländlichen Bevölkerung.<sup>5</sup>

Hinzu kam, dass weder die Landwirtschaftskammer noch die untereinander zerstrittenen agrarischen Berufsverbände – der Bauernverein, der ca. 40.000 landwirtschaftliche Betriebsinhaber vertrat, der 1919 das Erbe des Bundes der Landwirte antretende konservative Landbund (als Provinzialorganisation des Reichslandbundes) mit rund 6.000 Mitgliedern und der 1925 gegründete, gut 5.000 Mitglieder zählende Kleinbauernverband – wirksame Hilfen bieten konnten. Zu spät und erst im Zusammenhang mit der 1929 auf Reichsebene von den vier großen Landwirtschaftsverbänden und der Landwirtschaftskammer des Deutschen Landwirtschaftsrats gebildeten „Grünen Front“ fanden dabei in Schleswig-Holstein auch der Provinzial-Landbund und der Bauernverein im „Land- und Bauernbund“ zusammen.<sup>6</sup> Enttäuscht von der Uneinigkeit ihrer Verbände sympathisierten daher große Teile der ländlichen Bevölkerung der Westküstenregionen mit der 1928 aufkommenden und von charismatischen Führern gelenkte Landvolkbewegung, die von Dithmarschen und dem heutigen Nordfriesland aus wie ein Lauffeuer ganz Schleswig-Holstein erreichte. Die Spitzen der landwirtschaftlichen Verbände wurden von den eruptiven Ausbrüchen überrascht. Die mit gewalttätigen und spontanen Aktionen verbundenen und über zwei Jahre währenden Proteste, auf die der Staat unnachgiebig und mit großer Härte reagierte, wurzelten in der Überzeugung, dass die Notlage der Landwirtschaft nur durch eine radikale Veränderung des politischen Systems überwunden werden konnte. Mit dem Kampf gegen die Demokratie verstärkte die Landvolkbewegung nicht nur die Abkehr von den politischen Parteien. Hinzu kamen starke ideologische Übereinstimmungen mit der „Blut- und Boden-Ideologie“ der NSDAP.<sup>7</sup> „Die Disposition vieler Landvolk-Bewegter für eine ‚faschistische‘ Lösung der sozialen und ökonomischen Probleme der Republik war vorhanden“.<sup>8</sup>

Die Bauern der Landschaft Angeln, deren landwirtschaftliche Betriebe vielseitiger ausgerichtet waren, waren zwar weniger von der Krise betroffen. Doch auch hier kamen in Schleswig, Flensburg und in zahlreichen Dörfern mehrere tausend Landwirte zu großen Bauernkundgebungen zusammen, um dort ihrer Verärgerung Luft zu machen. Bei ihren Auftritten ließen die beiden Landvolkführer Wilhelm Hamkens und Claus Heim in den mit antisemitischen Hetztiraden gespickten Reden ihren Hass gegen die jüdischen Mitbürger freien Lauf, so etwa auf einer Versammlung in Gelting am 24. August 1929, auf der Hamkens vor reichlich 400 Teilnehmern – unwidersprochen – ausrief, „dass die jetzigen Machthaber vom Ministerialbeamten bis zum Gemeindevorsteher Handlanger des jüdischen Kapitals“ seien. In Sörup verstieg er sich vor voll besetztem Saal des Bahnhofshotels vier Tage später zu der Behauptung, dass das „internationale jüdische Kapital gegen die Landwirte (arbeitet) mit dem Erfolg, dass viele Landwirte und deren Söhne ihren Hof verlassen müssen. Wir kämpfen gegen das jüdische Aussagesystem, gegen den Verwaltungsapparat, der sich durch Reichswehr und Schutzpolizei schützt“.<sup>9</sup>

Im nördlichen Angeln bot neben der ohnehin weithin verbreiteten Ablehnung der demokratischen Parteien ebenso ein hier schon im Kaiserreich virulent verwurzelter Antisemitismus einen gewichtigen Anknüpfungspunkt. Die Bauern, die im Kampf gegen die aus Flensburg in die ländlichen Regionen vordringenden Sozialdemokratie bei den Wahlen zum Reichstag und zum preußischen Landtag formal zunächst nationalliberale, oder, wenn es nicht anders ging, auch linksliberale Kandidaten präferierten, ging es dabei inhaltlich immer nur um die Bewahrung ihrer konservativen Werte und die Verteidigung ihrer traditionellen Vorrangstellung mit dem Ziel, das Bild einer sozial wie politisch festgefügt und durch Industrialisierung und Modernisierung bedrohten ländlichen Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Verankert war der in den 1890er Jahren in Nordangeln aufkommende Antisemitismus im 1893 gegründeten Bund der Landwirte (BdL), der als mächtigste landwirtschaftliche Interessenorganisation im Jahr 1914 reichsweit über rund 330.000 Mitglieder verfügte, darunter ca. 12.000 in Schleswig-Holstein.<sup>10</sup>

Kongenialer Partner des BdL im nördlichen Angeln war die völkisch-radikale Deutschsoziale Reformpartei, deren Kandidaten hier durchgehend gute Wahlergebnisse, u. a. mit dem Gewinn des Reichstagsmandats für ihren Vorsitzenden, dem Porzellanmaler Friedrich Raab (Hamburg), der in der Stichwahl 1898 seinen sozialdemokratischen Kontrahenten besiegen konnte. Die antisemitische Prädisposition der Bevölkerung mag zwar nicht ursächlich für den Aufstieg der NSDAP in Nordangeln gewesen sein. Den Boden für den Erfolg der zutiefst menschenverachtenden Rhetorik, die an die in der Wählerschaft verbreiteten diffusen Ängste vor den Juden anknüpfte und derer sich nicht nur die natio-

nalsozialistischen Agitatoren, sondern auch die zu Beginn der 1920er Jahre auftrumpfende Schleswig-Holsteinische Landespartei, die Landvolkbewegung und ebenso die DNVP bedienten, hat sie jedoch mit gebnet.<sup>11</sup>

## **Rasanter Aufstieg im südlichen - langsames Wachstum im nördlichen Angeln**

In Schleswig-Holstein hatte sich die NSDAP auf Initiative von Gauleiter Hinrich Lohse schon im Sommer 1926 auf Gewinnung der ländlichen Milieus fokussiert, sich dabei jedoch vor allem auf die Westküste konzentriert. Hier ließ Lohse seine guten Kontakte ins bäuerliche Milieu spielen und gewann Anhänger, deren gesellschaftliche Stellung und Reputation sich positiv für das Ansehen und die Attraktivität der Hitlerpartei auswirkten sollten.<sup>12</sup> Hinzu kam der Niedergang der Landvolkbewegung, die sich vergeblich als bäuerliche Interessenvertretung in Szene gesetzt hatte und durch die terroristischen Bombenanschläge zunehmend in Verruf geraten war. Auch wenn deren Führer eine Kooperation mit der NSDAP anstrebten, wurden sie von Lohse gerade wegen ihrer zunehmenden Radikalisierung als Gefahr für das eigene Image empfunden. Offiziell ging die NSDAP zu den illegalen Methoden auf Distanz, äußerte zugleich aber Verständnis für die Forderungen, so dass sich die straff organisierten Nationalsozialisten mit ihren zwischenzeitlich entstandenen lokalen Ortsgruppen letztlich als vielversprechende Alternative anbieten und den bäuerlichen Protest für eigene Zwecke instrumentalisieren konnten.

Unterstützung erfuhr die Strategie der Eroberung des ländlichen Raumes durch die im Herbst 1930 auf Anweisung Hitlers erfolgte Ernennung von Wilhelm Walter Darré zum Leiter des agrarpolitischen Apparats der NSDAP. Bei der ihm übertragenen Aufgabe war der spätere Reichsbauernführer und Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung mit allen Vollmachten ausgestattet worden. Sein Plan war es „das Ansehen und die Autorität des Weimarer Staats in der Landwirtschaft in einem permanenten Propagandafeldzug zu schwächen“. Gleichzeitig hatten die Nationalsozialisten ihre agrarpolitischen Forderungen im Parteiprogramm in entscheidenden Positionen verändert und waren mit der Zusicherung, dass das Bauerntum zum Träger des künftigen nationalsozialistischen Staats werden sollte, einen großen Schritt auf die Landbevölkerung zugegangen.<sup>13</sup> Mit dem von ihm in ganz Deutschland aufgebauten Netzwerk des agrarpolitischen Apparats sorgte Darré im Einvernehmen mit Gauleiter Hinrich Lohse auch in Schleswig-Holstein für die entsprechenden personellen Voraussetzungen. Er entwickelte eine aktive Bauernpolitik, um darauf aufbauend Einfluss auf die Berufsorganisationen nehmen zu können. Diesem, die wirtschaftliche Notlage und Unzufriedenheit der Landbevölkerung aufnehmenden

und mit populistischen Schlagworten gefüllten Ansturm hatten die landwirtschaftlichen Verbände schon bald nichts entgegenzusetzen. Innerhalb weniger Monate wurden sie sowohl ideologisch als auch personell unterwandert, wobei der schleswig-holsteinische Landbund seine Mitglieder in einem Rundschreiben an seine Mitglieder im Oktober 1931 darauf hinwies, dass eine fortlaufende und erfolgreiche Zusammenarbeit mit der NSDAP seit langem bestehe.<sup>14</sup>

In Schleswig-Holstein übernahm der spätere Landesbauernführer Wilhelm Struve (Oelixdorf) diese Aufgabe. Struve, der in den 1930er Jahren eine Bauernstelle bei Süderbrarup bewirtschaftete, war an der Höheren Landbauschule in Schleswig zum Landwirt ausgebildet worden. Mitte 1925 wurde er Parteimitglied, amtierte von 1930 bis 1934 als NSDAP-Kreisleiter im Kreis Steinburg. Zudem war er von 1932 bis 1933 Mitglied des preußischen Landtags und von November 1933 bis zum Ende der NS-Herrschaft des Reichstags. Mit seiner Berufung in den agrarpolitischen Apparat wurde er zum landwirtschaftlichen Gaufachberater der Nordmark ernannt. Zusammen mit den ihm zuarbeitenden landwirtschaftlichen Kreisfachberatern knüpfte Struve erfolgreich Kontakte zu den bäuerlichen Berufsverbänden und führte der Partei neue Mitglieder zu. Seinen größten Erfolg verbuchte er in der Unterwanderung des in Schleswig-Holstein mitgliedstärksten Interessenverbands, dem Land- und Bauernbund, wobei es ihm gelang zahlreiche Parteimitglieder in wichtige Führungspositionen zu lancieren.<sup>15</sup>

In dem zum Landkreis Flensburg gelegenen nördlichen Angeln ging es im Vergleich zu den anderen schleswig-holsteinischen Landkreisen für die NSDAP jedoch nur langsam voran. Hier konnten sich die traditionell das politische und soziale Leben dominierenden bäuerlichen Führungspersönlichkeiten gegenüber der Infiltrationstaktik des agrarpolitischen Apparats zunächst behaupten. Vor allem fehlte es den Nationalsozialisten an geeigneten, in den Dorfgemeinschaften verankerten und anerkannten Personen. Die NSDAP hier galt – wie eingangs erwähnt – überwiegend als „Partei der kleinen Leute“, deren Mitgliedschaft sich anfangs vorwiegend aus Knechten, Handwerkern und Arbeitern zusammensetzte. Der von Struve 1931 zum agrarpolitischen Kreisfachberater ernannte Landwirt und spätere „Kreisbauernführer“ Wilhelm Thomsen war zudem kein „Angeliter“, sondern stammte aus dem am Geestrand gelegenen Sankelmark. Er war aber ein angesehener Landwirt, amtierte als Kreisvorsitzender des Land- und Bauernbundes, trat bei der Provinziallandtagswahl 1929 als Spitzenkandidat der konservativen Liste „Heimat und Wirtschaft“ an und wurde dabei als „Landwirt aus den eigenen Reihen“ präsentiert. Auch andere, hochrangige NSDAP-Protagonisten des Landkreises Flensburg wie etwa der spätere stellvertretende Kreisbauernführer Hans Beeck (Nordwiehe) waren im Westen des Kreises beheimatet. Der im Juli 1932 zum Kreisleiter eingesetzte



Abb. 1 Richard Walter Darré, Leiter des agrarpolitischen Apparats der NSDAP, Reichsbauernführer und Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung



Abb. 2 Wilhelm Struve, landwirtschaftlicher Gaufachberater der NSDAP für Schleswig-Holstein und Landesbauernführer 1933 bis 1945

Geschäftsführer einer in Seeth (Landschaft Stapelholm) ansässigen Kreditgenossenschaft Claus Hans war sogar ortsfremd.<sup>16</sup>

In Nordangeln konnte sich die Hitlerpartei erstmals 1929 in der Gemeinde Langballig fest etablieren. Hier hatte der Leiter der Westerholzer Ziegelei Walter Schnell am 17. Februar eine Ortsgruppe gegründet, deren Mitgliedschaft sich ausschließlich aus Wanderarbeitern der im Umfeld gelegenen Ziegeleien zusammensetzte. Schnell, der in seinem Betrieb nur NSDAP-Mitglieder beschäftigte, knüpfte Kontakte auch zu ortsfremden Arbeitern in der Ziegelei Ausacker, so dass die von ihm geleitete Langballiger Ortsgruppe bald 16 Mitglieder zählte. Weitere Mitglieder gab es zu diesem Zeitpunkt nur im Westen des Landkreises Flensburg, namentlich in Eggebek (13), Süderhackstedt (8), Sollerup (10) und Timmersiek (1). Die bäuerliche Bevölkerung in Angeln hielt Distanz, denn, so der über die Langballiger Gründungsversammlung Bericht erstattende Landjäger, „die meisten Landwirte würden von der NSDAP keine Besserung ihrer wirtschaftlichen Notlage erwarten“.<sup>17</sup> Die nationalsozialistische „Schleswig-Holsteinische Tageszeitung“ hielt dazu noch im Februar 1932 fest: „Die Landschaft Angeln ist ein Gebiet, wo der Kastengeist und der Klassenkampfgedanke Triumphe feiern

konnte. Die Bauern wollen nicht kommen, weil die Knechte in der SA waren und wo die Bauern waren, wollten die Knechte nicht kommen. .... Dass Politik Schicksalswende bedeutet, dass es sich um werdende Geschichte handelt, ging erst nach und nach in die Angeler Dickköpfe hinein.“<sup>18</sup>

Wie weit die NSDAP im Landkreis Flensburg im Vergleich mit ganz Schleswig-Holstein zurückstand und nach eigenen Angaben „keinen festen Boden unter den Füßen“ gewinnen konnte<sup>19</sup>, wird darin deutlich, dass es hier im Juni 1930 erst drei, in der Provinz aber schon 212 Ortsgruppen gab. Dies sollte sich innerhalb der nächsten Wochen jedoch rasch ändern. Nach Forcierung der Agitationskampagnen für die bevorstehende Reichstagswahl wurden im August 1930 im Landkreis Flensburg bei jetzt neun Ortsgruppen schon 160 Mitglieder gezählt, davon 30 Mitglieder in Langballig und 18 sowie sieben bzw. acht in den zwischenzeitlich neu gegründeten Ortsgruppen Glücksburg und Ausacker/Husby/Gremmerup. Mehrere Korruptionsfälle und Rivalitäten in der Flensburger Ortsgruppe im Frühjahr 1931 verhinderten wohl eine noch rasantere Ausbreitung. Im November 1931 gab es in den jetzt kreisweit vorhandenen 20 Ortsgruppen jedoch schon 937 Parteimitglieder. Davon entfielen 701 (74,8%) auf die zehn im Westen des Kreises beheimateten Ortsgruppen, wobei jene in Schafflund mit 300 Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste war. Deutlich geringer fiel der Mitgliederzuwachs in Nordangeln aus. Hier wurden in den nun vorhandenen zehn Ortsgruppen 236 Mitglieder gezählt, wobei die Ortsgruppe Groß Quern/Neukirchen insbesondere vom Übertritt zahlreicher Stahlhelmmitglieder profitierte. Die Ortsgruppe Glücksburg umfasste 20 und jene in Langballig 28 Mitglieder. Von entscheidender Bedeutung für den Aufstieg jedoch war, dass sechs dieser Ortsgruppen von heimischen Landwirten geleitet wurden.<sup>20</sup>

Den größten Schub brachte eine mit Unterstützung zahlreicher Agitatoren des regionalen agrarpolitischen Apparats geführte Werbeaktion im Winter des Wahljahrs 1931/32. Dabei wuchs die Partei bis zum November 1932 kreisweit auf ca. 2.250 Mitglieder. Davon entfielen zwar 62,8 Prozent (1.415) auf die Geestgemeinden, doch auch im nördlichen Angeln war die Kampagne, in deren Rahmen fast täglich Versammlungen durchgeführt wurden, ein großer Erfolg. In Nordangeln wurden 22 Ortsgruppen gezählt. Die Anzahl der Mitglieder stieg auf ca. 835.<sup>21</sup> „Intensive, jahrelange Aufklärungsarbeit und die hier sich allmählich bemerkbar machende Not, haben die Menschen für politische Ziele reifer gemacht“, lautete es in dem schon an anderer Stelle erwähnten und in propagandistischer Absicht geschriebenen Bericht der Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung. Dabei sei „ein Trommelfeuer von Versammlungen besonders über Angeln in letzter Zeit niedergeprasselt. Ein ganzer Stab von Rednern (ist) eingesetzt worden, um hier und da noch aufklärend zu wirken; und zehn Sturmabteilungen, teilweise unter Flensburg, teilweise unter Schleswig stehend, da ja auch die Kreisgren-



Abb. 3 Wilhelm Thomsen, agrarpolitischer Kreisfachberater der NSDAP und Kreisbauernführer des Landkreises Flensburg 1933 bis 1945

zen unsinnigerweise die Landschaft Angeln in zwei Hälften teilen. Zum letzten Sturm wird jetzt Appell geblasen: die Kolonnen stehen zur Einnahme der letzten Stellungen bereit.<sup>22</sup> Den Mitgliederzuström verdeutlicht eine von 250 Personen besuchte Versammlung der Ortsgruppe Langballig im Gasthaus Unewatt am 3. Februar 1932, auf der zahlreiche Anträge für einen Parteibeitritt registriert wurden. Der Einladung sei „die von jeher national eingestellte Dorfgemeinschaft Haus für Haus mit Mann und Frau treu gefolgt“, hieß es in der Berichterstattung der Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung. Wegen des anhaltenden Zulaufs mussten im weiteren Verlauf Neuaufnahmen in anderen Ortsgruppen wegen des kaum noch bewältigenden Andrangs sogar zurückgestellt werden.<sup>23</sup> Wie die umseitige Tabelle zeigt, wurde somit von einem niedrigen Ausgangswert die Mitgliederzahl im Kreis Flensburg zwischen November 1931 und 1932 mehr als verdoppelt. Ebenso stieg die Anzahl der Ortsgruppen von 20 auf 38 und die Zahl der Mitglieder von 937 auf 2.250. Von den Ortsgruppen befanden sich 22 im nördlichen Angeln, in denen ca. 1.100 Mitglieder gezählt wurden. Ende 1933 schließlich verfügte die NSDAP im Landkreis Flensburg schließlich über 4.700 Mitglieder.<sup>24</sup>

## Mitglieder bzw. deren Wohnorte in den NSDAP-Ortsgruppen im nördlichen Angeln<sup>24</sup>

Ortsgruppen	Juni 1930	Aug. 1930	Nov. 1931	Nov. 1932
<b>Flensburg-Kreis</b>	<b>53</b>	<b>160</b>	<b>937</b>	<b>2.250</b>
Freienwill			68	?
Glücksburg	7	18	20	70
Gelting	1	-	26	32
Großsolt				80
Grundhof				über 30
Husby-Ausacker-				
Gremmerup	8	7	18	45
Hürup			30	45
Langballig	16	30	28	160
Neukirchen				40
Niesgrau				21
Quern-Neukirchen			45	über 45
Quern				50
Ringsberg				21
Schwackendorf			28	68
Sörup			über 20	72
Sterup				24
Streichmühle				über 30
Süderschmedeby				60
Stenderup				27
Stenderupau				70
Wees				48
Wippendorf			26	70
Anzahl der Ortsgruppen in Nord-Angeln	1	3	10	22
Anzahl der Ortsgruppen im Kreis	3	8	20	38



Abb. 4 Joachim Meyer Quade, NSDAP Kreisleiter im Landkreis Schleswig von 1927 bis 1933 und späterer SA-Obergruppenführer der „Nordmark“

Im Landkreis Schleswig war die NSDAP ähnlich wie im nördlichen Nachbarkreis zunächst in den von der Landwirtschaftskrise am heftigsten betroffenen Geestgemeinden stärker verankert. Von den bis Ende 1929 kreisweit gegründeten 28 Ortsgruppen, in denen zu diesem Zeitpunkt bereits 939 Mitglieder gezählt wurden, waren Erfde und Treia/Silberstedt mit 202 bzw. 284 die mitgliederstärksten. Im Vergleich zum nördlichen Angeln begann der Aufstieg der NSDAP zu einer Massenpartei im südlichen Angeln jedoch erheblich früher. Mitbeeinflusst wurde das frühere Wachstum vor allem von den hier aus dem unmittelbaren ländlichen Umfeld stammenden Führungskräften, die mit den örtlichen Verhältnissen vertraut, in der dörflichen Bevölkerung rasch Anerkennung fanden und sich zum Teil beim Besuch der Schleswiger Höheren Landbauschule kennen gelernt hatten.

Zu diesem, wegen ihrer frühen Mitgliedschaft der „Alten Garde“ der Partei zuzurechnenden Personenkreis zählten auch der am 22. November 1897 in Düsseldorf geborene und umtriebige Schleswiger NSDAP-Kreisleiter Joachim Meyer-Quade, der am 13. Juni 1925 Parteimitglied geworden war und in den folgenden Jahren zeitweise als Lehrkraft an der Landbauschule gearbeitet hatte.<sup>25</sup> Durch seine Tätigkeit als Schriftleiter der von der Landwirtschaftskammer und der von der Landbauschule unter Leitung von Theodor Wölfer herausgegebenen „Norddeutschen Landwirtschaftlichen Zeitung“ galt er als anerkannter Agrarexperte. Außerdem arbeitete er einige Zeit für die Zeitschrift „Der Schleswig-Holsteinischer Bauer“, dem Mitgliedsorgan des Bauernvereins. Von August bis Dezember 1932 übernahm er kurzzeitig das Amt des NSDAP-Gauleiters von Schleswig-Holstein. Bei seinen journalistischen Recherchen

knüpfte er zahlreiche Kontakte und nutzte jede sich bietende Gelegenheit, um für die Partei zu werben. Mit ihm kam nicht nur neuer Schwung in die Schleswiger Ortsgruppe. Im März 1927 zum Kreisleiter ernannt baute er an der Seite von Gauleiter Lohse im nördlichen Teil des NSDAP-Gaues „Schleswig-Holstein“ die Organisationsstrukturen auf und trug wesentlich zum rasanten Mitgliederaufschwung bei. Sein dynamisches Auftreten empfahl ihn schon bald für höhere Aufgaben. Er wurde Bezirksleiter im „Bezirk Nord-Ost“ der NSDAP, mit den Gebieten Flensburg, Schleswig und Eckernförde, vertrat die NSDAP seit 1930 im preußischen Landtag und im Reichstag. Am 12. Mai 1933 wurde er auf den Posten des Schleswiger Landrats berufen und wirkte dort bis zu seiner Beförderung zum Polizeipräsidenten in Kiel und Brigadeführer der SA-Gruppe Nordmark im Januar 1934 aktiv an der Verfolgung von politischen Gegnern mit. Zum SA-Obergruppenführer befördert gab er am 9. November 1938 von München aus, wo er zusammen mit der Partielite zur Feier des Jahrestages des gescheiterten Putsches von 1923 weilte, den Befehl für die Judenprogrome in Schleswig-Holstein. Im September 1939 nahm er am Polenfeldzug teil und starb zwei Wochen nach Kriegsbeginn bei Piatek.

Zum Führungskreis der NSDAP zählte ebenso der spätere Kreisbauernführer des Landkreises Schleswig Ernst Hansen (Eichtal), der der Partei nach dem Besuch der Landbauschule 1928 beigetreten war und von Struve umgehend in den agrarpolitischen Apparat der Nordmark aufgenommen wurde. Im Herbst 1930 erfolgte seine Berufung zum landwirtschaftlichen Kreisfachberater der NSDAP. Mit seiner Berufung ging es mit der NSDAP im südlichen Angeln steil bergauf. In unzähligen Versammlungen schoben er und die anderen in die Region entsandten nationalsozialistischen Agitatoren des agrarpolitischen Apparats die Schuld am Niedergang des Bauernstandes dem demokratischen System der Weimarer Republik zu und propagierte als einzigen Ausweg aus der Misere die Politik der NSDAP. Im September 1933 wurde Hansen zum Kreisbauernführer ernannt und war als solcher gern gesehener Festredner bei öffentlichen Versammlungen und Feierlichkeiten wie etwa den mit großem Aufwand inszenierten Erntedankfesten und bäuerlichen Fachtagungen.<sup>26</sup> In seiner bis zur Einberufung im Oktober 1944 ausgeübten Position organisierte er die von Reichsbauernführer Darré ausgerufenen „Erzeugungsschlachten“ im Kreis Schleswig, mahnte seine Berufskollegen, „mit eiserner Disziplin und Pflichterfüllung dem Führer (zu) folgen und ihm ein freudiges Ja (zu) sagen, dann statten wir nur einen kleinen Teil jener Dankbarkeit ab, die wir dem Führer und seinem Werk schuldig sind.“<sup>27</sup>

Den Führungskreis im südlichen Angeln komplettierten der Landwirt und Viehhändler Wilhelm Wollesen (Uelsby), der aufgrund seines Berufs über hervorragende Kontakte ins bäuerliche Milieu verfügte und dort zahlreiche Kontakte

knüpfte. Wollesen trat der Partei am 1. November 1930 bei und kam dort sogleich in den agrarpolitischen Apparat. Im Mai 1933 wurde er zum Amtsvorsteher ernannt. Zugleich amtierte er im nationalsozialistischen Reichsnährstand als „Landesfachschaftsleiter“ für die Viehwirtschaft. Mit seinem Parteibeitritt übte er zudem über lange Jahre das Amt eines Ortsgruppenleiters in Uelsby aus und hat, so der Kreisretnazifizierungsausschuss in seinem Urteil 1948, „als sehr aktiver und überzeugter Nationalsozialist“ in seiner Umgebung „zur Verbreitung des Nationalsozialismus“ beigetragen. Dies sei ihm vor allem wegen seiner beruflichen Stellung als Viehhändler gelungen, die es ihm erleichtert hätte „einen wesentlichen Einfluss auf seine Umgebung, insbesondere auf die zahlreichen wirklich oder vermeintlich von ihm abhängigen Existenzen auszuüben“.28

Ausgangspunkt der nationalsozialistischen Agitationskampagnen im Landkreis Schleswig war das Ausflugslokal „Waldlust“ am Langsee, das zugleich als Kristallisationspunkt beim Aufstieg der NSDAP im nördlichen Schleswig-Holstein anzusehen ist. In deren unmittelbaren Umfeld befand sich die Gemeinde Tolk, in der schon 1924 unter dem Namen „Nationalsozialistische Deutsche Arbeitsgemeinschaft“ eine erste Ortsgruppe bestand, die im Mai 1929 über 62 und im Dezember 1929 über 111 Mitglieder verfügte. Gründer und Ortsgruppenleiter war der Landwirt und Bankbeamte Otto Gestefeld, der bei der Verfolgung seiner politischen und persönlichen Ziele besonders rücksichtslos agierte. Bereits 1925 war er zum Gemeindevorsteher aufgestiegen und kam bei der Kommunalwahl 1929 zusammen mit dem späteren Flensburger Kreisleiter Claus Hans und drei weiteren Nationalsozialisten in den Kreistag. 1933 wurde er Vorsitzender der nationalsozialistischen Kreistagsfraktion. Zugleich amtierte er für den im Mai 1933 als Landrat eingesetzten Joachim Meyer-Quade als Stellvertreter.<sup>29</sup>

Von Tolk und der „Waldlust“ ausgehend wurde innerhalb weniger Monate im südlichen Angeln ein Netzwerk von Ortsgruppen errichtet, so im benachbarten Twedt, Brodersby und Füsing. Die von Ernst Hansen geführte Ortsgruppe Twedt/Grumby zählte bei Gründung im Dezember 1929 31 Mitglieder. Ebenso eindrucksvoll war der Zulauf in die Ortsgruppe Moldenit/Schaalby (77 Mitglieder). Die im Mai 1929 gegründete Ortsgruppe Brodersby/Füsing hatte 62 Mitglieder und wurde wegen des anhaltenden Zustroms zum Jahresende mit jetzt 56 bzw. 46 Mitgliedern sogar geteilt.<sup>30</sup> Hinter diesen blieb die im Mai 1925 gegründete Ortsgruppe Schleswig allerdings zurück. Sie litt bis Ende 1930 unter einer hohen Mitgliederfluktuation, bedingt dadurch, dass überwiegend die Schüler der Landbauschule die Mitgliedschaft stellten und diese die Stadt nach dem Ende ihres Schulbesuchs in der Regel verließen. Ende 1932 war die Schleswiger Ortsgruppe dann auf 700 Mitglieder angewachsen und hatte sich damit zugleich zur größten Ortsgruppe im Landkreis Schleswig entwickelt. Weitere für das südliche Angeln bedeutsame Ortsgruppen befanden sich in

## Mitglieder in den NSDAP-Ortsgruppen im südlichen Angeln<sup>30</sup>

Ortsgruppen	Mai 1929	Dez.1929	Ende 1930	Ende 1932
<b>Schleswig-Kreis</b>	<b>773</b>	<b>939</b>	<b>1.255</b>	<b>3.525</b>
Schleswig-Stadt	40	51	33	700
Berend		23		55
Böklund				63
Brodersby/Füsing	62			32
Brodersby	-	46		35
Dammholm				28
Faulück	-	8		?
Füsing	-	56		?
Havetoft				18
Idstedt				35
Klappholz	-	25		23
Kappeln		4	84	?
Mohrkirch-Osterholz				128
Moldenit/Schaalby		77		26
Nübel	12			?
Satrup				61
Scholderup				16
Steinfeld				56
Stolk				47
Süderbrarup		6		224
Süderfahnenstedt				17
Taarstedt				25
Tolk	62	111		80
Twedt		82		35
Uelsby				71
Westerakaby				25
Anzahl der Ortsgruppen in Süd-Angeln	5	12	?	26
Anzahl der Ortsgruppen im Kreis	18	28	mehr als 40	57



Abb. 5 Anzeige für eine NSDAP-Veranstaltung im Rahmen der Wahlen zum Provinziallandtag 1929

Süderbrarup, wo die Ortsgruppe im November 1929 im Anschluss an eine von ca. 350 Teilnehmern besuchte Versammlung gegründet wurde und Ende 1932 über 224 Mitglieder verfügte. Diese wie auch die kurz darauf etablierte Ortsgruppe Mohrkirch-Osterholz profitierte insbesondere durch im Sommer 1930 vollzogene Übertritte von Stahlhelmmitgliedern.<sup>31</sup> Nach weiteren Erfolgen wie etwa in Kappeln - hier entstand die Ortsgruppe im September 1930 - verfügte die NSDAP im Landkreis Schleswig Ende 1932 über 3.525 Mitgliedern in 57 Ortsgruppen. Zu diesem Zeitpunkt war das deutlich mehr als im benachbarten Landkreis Flensburg.<sup>32</sup>

## Durchbruch bei den Wahlen

Die unterschiedliche Ausbreitung der NSDAP in Angeln kann auch an Hand der Ergebnisse zu den Reichstagswahlen nachvollzogen werden. Dabei zeigte es sich, dass die Nationalsozialisten wie keine andere Partei von den enttäuschten Hoffnungen der ländlichen Wähler ebenso profitierte wie vom Rückgang der auf dem Land traditionell starken DNVP, der es 1928 letztmalig gelungen war, hier eine deutliche Wählermehrheit an sich zu binden. Im Gegensatz zu den Westküstenkreisen, in denen die NSDAP schon zur Reichstagswahl 1928 erhebliche Stimmenanteile verbuchen konnte, spielte sie zu diesem Zeitpunkt weder im Norden noch im Süden der Landschaft noch keine Rolle. Im Landkreis Flensburg mit dem nördlichen Angeln hatten nur 1,6 Prozent der Wähler für die Nationalsozialisten gestimmt, im Landkreis Schleswig mit Südangeln waren es mit 3,8 Prozent nicht wesentlich mehr.

Ein erster Umschwung und wegen der zuvor erzielten guten Ergebnisse bei den Landtagswahlen in Baden, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen und Lübeck, wo die NSDAP am 10. November 1929 schon 8,1 Prozent der gültigen Stimmen erreicht hatte, auch nicht unerwarteter Erfolg deutete sich bei den Provinziallandtags- und Kreistagswahlen am 17. November 1929 an, die im Umfeld der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise stattfanden.<sup>33</sup> Ihr gelang nicht nur der Einzug in den Provinziallandtag, sondern sie gewann auch 12,4 Prozent der in der Provinz zu vergebenen Kreistagsmandate, darunter fünf im Schleswiger Kreistag. Im Vergleich von Reichstags- und Provinziallandtagswahl 1928/29 steigerte die NSDAP dabei ihren Anteil im Landkreis Flensburg auf 7,0 Prozent und lag damit nur knapp hinter der Bauernliste des Bauernvereins (8,5 Prozent). Weit über dem Kreisdurchschnitt lag die NSDAP vor allem im Einzugsbereich des Amtes Langballig, in dem die Nationalsozialisten durch frühe Agitation erfolgreich waren. In dem als regionales Zentrum für die Eroberung des ländlichen Raumes im nördlichen Angeln anzusehenden Dörfern Langballigholz, Westerholz und Ausacker lag der Stimmenanteil zwischen 19,0 und 35,9 Prozent. Ebenso war es in Neukirchen (35,9) und Quern (25,2). Im Landkreis Schleswig schloss sie noch erfolgreicher ab und erreichte 22,7 Prozent,<sup>34</sup> vor allem dank einer großflächigen Agitationskampagne mit prominenten Redner, wie Gauleiter Lohse, Gregor Strasser und die Reichstagsabgeordneten Ernst Graf zu Reventlow, (München), Wilhelm von Allwörden (Altona) und der kurz darauf in einer Koalitionsregierung zum thüringischen Staatsminister und 1933 zum Reichsinnenminister ernannte Wilhelm Frick.<sup>35</sup> Die Gewinne waren, so die Schleswiger Nachrichten in einem Kommentar zum Wahlausgang, nicht nur der höheren Wahlbeteiligung zu verdanken, sondern darüber hinaus auch „der vorbildlichen Propagandatätigkeit“ in vielen Gemeinden, wodurch die NSDAP „einen sehr starken Anhang gewonnen“ hatte, „vornehmlich im Westen des Kreises, doch kann man ihre Verbreitung nicht räumlich streng scheiden“, da

auch „einige Ostgemeinden überwiegend nationalsozialistisch gewählt haben“.<sup>36</sup> Dieser Wahlerfolg trug erheblich dazu bei, dass sich von nun an auch in Angeln die Landbevölkerung mehr und mehr an dem von den Nationalsozialisten infiltrierten Land- und Bauernbund orientierten, auch wenn der Vertrauensverlust gegenüber den untereinander zerstrittenen landwirtschaftlichen Interessenorganisationen hier bei Weitem noch nicht so groß war wie in den Westküstenkreisen.<sup>37</sup>

1930 belegte die NSADP ähnlich wie auf Reichsebene mit einem Stimmanteil von 21,8 Prozent im Landkreis Flensburg den zweiten Platz und verbesserte damit ihren Anteil von 1928 um 20,2 Prozentpunkte. In erster Linie hatte sie ihr gutes Abschneiden zwar ihrer Stärke in den Geestgemeinden zu verdanken, doch auch im nördlichen Angeln (Glücksburg, Ringsberg, Ausacker oder Westerholz) erreichte sie erhebliche Stimmengewinne. Dass es nicht mehr wurde, lag daran, dass hier die mit populären Landwirten als Kandidaten auftretende und von der DNVP abgespaltene „Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei“ erheblichen Zulauf hatte. Mit 23,6 Prozent erhielt die „Landvolkpartei“ die meisten Stimmen im Landkreis, wobei sie von erdrutschartigen Verlusten der Deutschen Volkspartei (nach 22,7 Prozent 1928 nur noch 9 Prozent 1930) profitierte. Als landwirtschaftliche Protestpartei wurde sie vor allem von den Wählern in Nordangeln präferiert. Wie die folgende Tabelle mit den Ergebnissen aus ausgesuchten nordangler Gemeinden verdeutlicht, setzte die NSDAP ihren Aufwärtstrend bei den folgenden Wahlen mit gewaltigen Stimmenzuwächsen kontinuierlich fort.<sup>38</sup> Das Wahljahr 1932, in dem die Bevölkerung fünfmal an die Wahlurnen gerufen wurde, brachte für die NSDAP auch in Angeln den endgültigen Durchbruch. Bei der turnusmäßigen Neuwahl des Reichspräsidenten und ebenso bei den Wahlen zum preußischen Landtag im April erreichte die NSDAP im Landkreis Flensburg einen Stimmenanteil von 66,2 % bzw. 69 %. Zur Reichstagswahl im Juli kam sie auf 70,2 Prozent und steigerte durch den Niedergang der „Landvolkpartei“, für die keine einzige Stimme mehr abgegeben wurde, ihren Anteil gegenüber 1930 um 48,2 Prozentpunkte, wobei sie auch in den ausgesuchten Nordangler Gemeinden 50 und mehr Prozent Stimmenanteile erreichte. Zwar gab es bedingt durch eine gewisse Wahlmüdigkeit verursachte leichte Verluste bei der Reichstagswahl im November. Wer jedoch glaubte, dass die Nationalsozialisten dadurch in ihrem Fortkommen gelähmt und der Aufstieg gestoppt wären, sollte sich grundlegend täuschen. Am 5. März 1933 übertraf die NSDAP im Landkreis mit 71,0 Prozent sogar ihr Ergebnis vom Juli des Vorjahres. Die Stimmenanteile in den ausgesuchten Nordangler Gemeinden betragen im Durchschnitt 65,4 Prozent. Die anschließenden Kreistagswahlen am 12. März 1933 vervollkommeten mit der dabei erreichten Zweidrittelmehrheit den Aufstieg der Partei.<sup>40</sup>

## NSDAP-Stimmenanteile bei den Reichstagswahlen 1930 – 1933 in ausgesuchten Gemeinden Nordangelns in Prozent<sup>39</sup>

	Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933
<b>Kreis Flensburg - gesamt -</b>	<b>21,8</b>	<b>70,0</b>	<b>61,4</b>	<b>71,6</b>
Glücksburg	24,7	55,2	42,4	55,2
Ausacker	16,5	47,5	52,0	57,0
Dollerup	9,8	43,9	51,0	88,5
Dollerupholz	4,2	79,3	71,3	84,0
Gelting	12,7	53,2	43,0	61,5
Husby	14,1	55,7	48,8	66,0
Langballig	10,1	80,4	47,8	76,6
Langballigholz	18,9	51,2	53,9	50,8
Munkbrarup	6,1	32,3	52,5	40,2
Ringsberg	20,9	64,7	50,7	69,4
Sörup	15,6	59,1	57,2	60,3
Steinberg	11,6	48,4	37,9	50,3
Sterup	15,9	64,9	52,7	68,5
Westerholz	43,1	76,9	80,6	91,5

Im südlichen, zum Landkreis Schleswig gehörenden Teil Angelns wurde - wie schon bei der Mitgliederentwicklung erwähnt – der „scharfe Ruck“ nach rechts schon deutlich früher sichtbar.<sup>41</sup> Nach den erfolgreichen Provinzial- und Kreistagswahlen 1929 stieg der NSDAP-Anteil bei der Reichstagswahl im September 1930 im Landkreis Schleswig auf 35,6 Prozent. Damit hatten die Nationalsozialisten hier deutlich mehr Stimmen als in gesamt Schleswig-Holstein (27,6 Prozent) erzielt. Im Vergleich mit dem nördlichen Nachbarkreis war die Hitlerpartei sogar stärker als die „Landvolkpartei“, die hier auf 27,6 Prozent gekommen war. Herausragend waren dabei die Stimmergebnisse im Umfeld der Ortsgruppen Süderbrarup (Böel, Böelschuby und Mohrkirch), Tolk (Brekling, Grumby und Süderfahnenstedt), aber auch in Havetoftlojt und in Kappeln. Nach weiteren Erfolgen bei der Reichspräsidentenwahl und der preußischen Landtagswahl im April 1932 stieg der Stimmenanteil im Landkreis Schleswig bei der zwei Monate später stattfindenden Reichstagswahl kreisweit auf 70,2 Prozent - ein Wert, den die Nationalsozialisten nach dem Verlust bei den Novemberwahlen 1932 am 5. März 1933 mit 69,4 Prozent nur knapp verfehlte. Wie die Tabelle zeigt, lag sie in den für die Tabelle ausgesuchten Südangler Gemeinden zum Teil deut-

## NSDAP-Stimmenanteile bei den Reichstagswahlen 1930 – 1933 in ausgesuchten Dörfern Südangelns in Prozent<sup>42</sup>

	Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933
<b>Kreis Schleswig - gesamt -</b>	<b>35,6</b>	<b>70,2</b>	<b>65,5</b>	<b>69,4</b>
Stadt Schleswig	20,9	50,7	48,1	51,2
Kappeln	31,0	60,0	53,8	63,8
Böel	43,7	77,9	66,2	75,5
Boelschuby	61,7	91,9	86,2	92,0
Brekling	51,0	82,2	77,0	80,0
Grumby	58,2	89,4	42,0	89,1
Havetoft	11,6	59,9	53,5	68,6
Havetoftloit	45,9	86,8	68,4	80,0
Mohrkirch-Osterholz	31,3	69,2	54,2	64,0
Mohrkirch- Westerholz	35,2	82,4	70,0	79,2
Norderbrarup	14,1	69,6	47,2	60,8
Satrup	14,4	64,1	46,7	62,1
Süderbrarup	28,4	59,9	56,6	58,7
Süderfarenstedt	39,4	75,7	74,8	75,2
Tolk	59,4	79,8	73,0	81,9
Uelsby	21,7	77,8	74,6	81,4
Wagersrott	26,3	70,5	75,7	69,7

lich über dem Kreisdurchschnitt, im Juli 1932 bei 74,2 und im März 1933 bei 73,5 Prozent. Selbst in der Regierungshaupt- und Kreisstadt Schleswig stieg der NSDAP-Anteil ungeachtet der sozialdemokratischen Konkurrenz von 2,2 Prozent im Mai 1928 im September 1930 auf 20,9 Prozent. Im Juli 1932 und ebenso im März 1933 hatten sogar mehr als die Hälfte der Schleswiger Stadtbevölkerung nationalsozialistisch gewählt.

## Der Agrarfunktionär Max Tönnsen (Schaalby) und die NSDAP

Während der konservative und politisch lange Zeit über der DNVP nahestehende Reichslandbund mit seinen regionalen Organisationen auf der Suche nach einer Vergrößerung ihrer Massenbasis seit Oktober 1930 in die Nähe der NSDAP rückte, versuchten die Nationalsozialisten mit ihrem agrarpolitischen Apparat gezielt, den einflussreichsten landwirtschaftlichen Interessenverband der Weimarer Republik unter Kontrolle zu bekommen. Nach dem unerwarteten nationalsozialistischen Wahlsieg bei den Reichstagswahlen im September 1930 arbeitete der neue Reichslandbundvorsitzende Ernst Graf von Kalkreuth zusammen mit der von Alfred Hugenberg geführten DNVP jedoch vermehrt auf eine Kooperation mit den Nationalsozialisten hin. So beteiligte sich Kalkreuth an dem Treffen der nationalistischen Opposition im Oktober 1931, das zu Bildung der „Harzburger Front“ führte. Der Reichslandbund geriet in der Folge mehr und mehr in das Fahrwasser der NSDAP und wurde in seinen Forderungen zunehmend radikaler.<sup>43</sup> In Schleswig-Holstein wurde diese auf gegenseitigem Interesse beruhende Zusammenarbeit maßgeblich von dem im Südringdorf Schaalby ansässigen Vorsitzenden des Land- und Bauernbundes Max Tönnsen befördert. Im Kampf um die Durchsetzung der Forderungen der Landwirtschaft betrachtete der in der Provinz als Sprecher des Bauerntums anerkannte Agrarfunktionär den Regionalverband des Reichslandbundes nur noch in der Hitlerpartei die für seinen Berufsstand einzig verbliebene politische Alternative.<sup>44</sup> So schloss er nach der im Zuge der neuen nationalsozialistischen Parteistrategie zur Eroberung des ländlichen Raumes im Frühjahr 1931 erfolgten Aufhebung des bisher geltenden Unvereinbarkeitsbeschlusses einer Doppelmitgliedschaft in NSDAP und Reichslandbund mit NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse ein Abkommen, in dem sie vereinbarten, sich gegenseitig Mitglieder zuzuführen.<sup>45</sup> Die Zusammenarbeit sollte aber auch auf anderen Feldern vertieft werden. Dabei verhalf Tönnsen mehreren, auf gemeinsam aufgestellten Kreislisten kandidierenden NSDAP-Mitgliedern im Herbst 1931 zum Mandat in der neugewählten Landwirtschaftskammer, darunter auch dem späteren Flensburger Kreisbauernführer Wilhelm Thomsen (Sankelmark). Bei der Reichspräsidentenwahl 1932 empfahl der Vorstand des Land- und Bauernbundes seinen Mitgliedern zudem, nicht Hitler statt Hindenburg zu unterstützen.<sup>46</sup> Obwohl ersterer reichsweit unterlegen war, war sein mit Hilfe des Land- und Bauernbundes in Schleswig-Holstein erzieltetes Stimmresultat gleichbedeutend mit dem endgültigen Durchbruch der NSDAP. Im zweiten Wahlgang erreichte er in 15 schleswig-holsteinischen Landkreisen mehr als 50 Prozent Wählerstimmen. Noch höher war der Anteil in der Landschaft Angeln, hier betrug er sogar über 60 Prozent.



Abb. 6 Max Tönnsen, Vorsitzender des Land- und Bauerbundes in Schleswig-Holstein 1929–33 und Leiter der Abteilung 1 im schleswig-holsteinischen Reichsnährstand 1933/34

Der 1885 in Westerakeby geborene Landwirt war Vorsitzender des 1920 gegründeten Bauernbundes und Mitglied des Kreisvorstandes der Landespartei. 1923 initiierte er die demokratiefeindliche Jungbauernbewegung. Tönnsen war fasziniert von der durch die Nationalsozialisten versprochenen Aufwertung des Bauerntums.<sup>47</sup> Im Zwiespalt zwischen moderner Betriebsführung und klassischer Landerbeit fühlte er sich als Sprachrohr seines Verbandes mit der Mehrheit der Bauern als Opfer des seit der Mitte des 19. Jahrhunderts seine Lebensumwelt dramatisch verändernden Modernisierungsprozesses. Seine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus verdeutlichte er noch in einer Rückschau im Jahr 1963, in der es hieß, dass es ihm und seinen Berufskollegen bei ihrem Einsatz für die Landwirtschaft immer nur „um die Verteidigung und Vertretung der heiligsten Güter der ererbten heimatischen Scholle um den Schutz und die Sicherung der Bauernfamilie gegen Übergriffe von Menschen und Einrichtungen anderen Geistes“ gegangen sei. Die schleswig-holsteinischen Landwirte, hätten sich gegen ihre Notlage „verzweifelt“, letztlich jedoch vergeblich gewehrt. „Die Lage führte immer mehr zur Radikalisierung. In dieser Zeit entstand der Bauernbewegung ein Verbündeter in dem Nationalsozialismus. Er stellte der einseitigen Industrialisierung sowie den unberechtigten hohen Preisspannen zum Nachteil der Landwirtschaft, hauptsächlich aber der Export- und Importwirtschaft gegenüber, die Forderung zum Schutz der heimischen Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft auf.“ Diese hätten erklärt, „dass das Deutsche Reich ein Bauernreich sein werde oder es werde nicht sein.“<sup>48</sup> Auch sein langjähriger Weggefährte Otto Clausen, von 1924 bis 1930 Landesjungbauernführer und von 1933 bis 1945 Redakteur des nationalsozialistischen Wochenblatts der Landesbauernschaft,

schlug in die gleiche Kerbe. Er beklagte ebenso zurückblickend, dass die frühere bäuerliche Welt „von Sitten und Gebräuchen, die den Lebensweg des einzelnen von der Geburt bis zum Tode begleiteten (und) das Zusammen der Menschen regelten“ aufgehört hätte zu bestehen. „Diese bäuerliche Lebensordnung, die ganz auf die Familie als die Wachstumszelle der Bevölkerung abgestellt war, (sei aber) die Urordnung für den Volksaufbau und die Grundlage des ganzen Gesellschafts- und Wirtschaftsaufbaues des Landes.“<sup>49</sup>

Ob er der NSDAP durch sein standespolitisches Wirken den Weg zur Macht auch aus tiefer innerer Überzeugung ebnete, ist aufgrund fehlender Belege nicht feststellbar. Gleichgültig ob er dabei möglicherweise eine gewisse Distanz hielt, setzte Tönnsen in seinen späteren Funktionen die nationalsozialistische Politik reibungslos und funktional um. Ausgezeichnet durch ein nicht zu vernachlässigendes Maß an Anpassungsbereitschaft war er somit keinesfalls, wie bisher dargestellt, ein Opportunist oder Mitläufer, der sich im Kampf um die Forderungen der Bauern „auf verantwortungsvollem Posten“ stehend nur „aus Sorge um den Erhalt des schleswig-holsteinischen Bauerntums dem Zeitgeist angepasst“ hätte.<sup>50</sup>

Zum Steigbügelhalter der NSDAP wurde Tönnsen auch mit seiner Teilnahme an einer Vorstandssitzung des Reichslandbundes und einer sich daran anschließenden Zusammenkunft mit Reichspräsident von Hindenburg am 11. Januar 1933, bei dem es vor allem um die Erfüllung von Sonderwünschen für die in Not geratenen ostpreußischen Gutsbetriebe ging. Als Vertreter Schleswig-Holsteins gab Tönnsen hier zudem einen längeren Bericht über die missliche Lage der heimischen Landwirtschaft und rechtfertigte darin u. a. die gewalttätigen Proteste der Landvolkbewegung. „Die verzweifelte Lage der Bauern war nicht durch ihr Verschulden, sondern durch die Unfähigkeit oder das Unvermögen der Regierung und der Parteien entstanden“ hielt er fest.<sup>51</sup> Seinen von den Teilnehmern des Treffens mit großem Beifall aufgenommenen Bericht trug nicht nur entscheidend dazu bei, dass dem sichtlich beeindruckten Reichspräsidenten mehrere Zugeständnisse abgetrotzt wurden, sondern dass auch kurz darauf der sich den Forderungen nur widerwillig beugende parteilose Reichskanzler Kurt von Schleicher entlassen wurde. Diese einer Erpressung gleichende Aktion, dessen Inhalte durch eine Indiskretion auch noch zielgerichtet in die Öffentlichkeit lanciert wurden, hatte den Weg zur nationalsozialistischen Machtübertragung wesentlich mit geebnet, oder, wie Tönnsen es ausdrückte, sei „damit eine vollständig neue Lage und unter den gegebenen Verhältnissen eine zunächst glücklichere entstanden“. Aus Kreisen des Landbundes hieß es, das Treffen sei ein „Keulenschlag“ gewesen, der schließlich „zum Segen für die deutsche Politik geworden“ sei.<sup>52</sup>

Wenige Wochen nach der Machtübertragung sorgte Tönnsen für die reibungslos verlaufende Gleichschaltung seines Verbandes im Reichsnährstand, um „in unbedingter Treue und Geschlossenheit zum Reichskanzler wie auch zum Führer der Reichsbauerngemeinschaft“ zu stehen.<sup>53</sup> Welche Bedeutung die NSDAP dem im Land allseits bekannten Landwirtschaftsfunktionär beimaß wurde u. a. darin deutlich, dass er bei der Gründung des schleswig-holsteinischen Reichsnährstands im September 1933 mit der Leitung der wichtigen Hauptabteilung 1 beauftragt wurde. Hier wolle er, wie er auf dem regionalen Bauerntag in Schleswig am 6. Oktober 1933 ausführte, im Sinne der „Umformung der Gesinnung, die wir nun gebrauchen, damit auch rein wirtschaftliche nationalsozialistische Gesetze den erwarteten Erfolg bringen“ wirken.<sup>54</sup>

Kurz vor der am 19. April 1933 verfügten Mitgliederaufnahmesperre hatte er zudem seinen Parteibeitritt vollzogen. In den Augen der altgedienten Parteimitglieder waren die zu diesem späten Datum eingetretenen Parteigenossen allerdings suspekt. Ihnen haftete der Makel an, nicht aus Begeisterung und Überzeugung, sondern vor allem aus Karrieregründen die Mitgliedschaft erworben zu haben.<sup>55</sup> Tönnsen, dessen Beitritt seine Anpassungsfähigkeit und Systemtreue ausdrückte, fehlten somit wichtige nationalsozialistische Glaubwürdigkeitsmerkmale, so dass er unter seinen Reichsnährstandkollegen schon bald als Problemfall galt. Als er im Frühjahr 1934 allzu selbstherrlich neue Mitarbeiter für seine Hauptabteilung suchte, wurde er vom stellvertretenden Landesbauernführer, Landesobmann Martin Matthiesen, denunziert und am 3. Mai als Hauptabteilungsleiter abgesetzt. Anschließend soll er sogar unter Beobachtung gestanden haben. Er blieb jedoch in der Partei, trat 1934 der NS-Volkswohlfahrt und 1937 dem Reichskriegerbund bei und behielt ebenso seine Mitgliedschaft im NS-Kolonialbund und im Reichsbund Deutsche Jägerschaft. Nach seiner Einberufung zur Wehrmacht 1939 und einem Einsatz in Dänemark kehrte er auf seinen Hof zurück. Im Oktober 1945 versuchte er sich kommunalpolitisch zu betätigen und beantragte dafür seine Zulassung bei der britischen Militärbehörde. Seine Rolle beim Aufstieg der NSDAP in Schleswig-Holstein und seine anschließende Tätigkeit für den Reichsnährstand wurde von dieser aber als so belastend bewertet, dass sie der Berufung zum Beigeordneten der Gemeinde Schaalby im Dezember widersprach. So widmete er sich – vielfach anerkannt - bis zu seinem Tod im Frühjahr 1967 der Chronikarbeit und anderen heimatgeschichtlichen Themen, die vor allem in den Jahrbüchern des Heimatvereins der Landschaft Angeln Verbreitung fanden.<sup>56</sup>

## Anmerkungen

- 1 Rudolf Herberle, Landbevölkerung Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918-1932, Stuttgart 1963, dazu auch: Rudolf Rietzler, Kampf in der Nordmark. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein 1919-1928, Neumünster 1982; Ders.: „Auch bei uns lebte die Sehnsucht nach dem Führer“. Der Aufstieg der NSDAP in: Gerhard Paul, Uwe Danker, Peter Wulf (Hg.), Geschichtsumschlungen. Sozial- und kulturgeschichtliches Lesebuch Schleswig-Holstein 1848 – 1948, Bonn 1996, S. 200 ff.; zu Dithmarschen: Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus -. AKENS – (Hg.), Man hatte ihr Vordringen erwartet...“. Aspekte des Aufstiegs der NSDAP in Schleswig-Holstein und Dithmarschen, ISHZ-Beiheft 4, Kiel 2013; Frank Omland, Hitlers Wähler – das Beispiel Dithmarschen. Der Aufstieg der NSDAP in Dithmarschen 1924 bis 1933 aus Sicht der historischen Wahlforschung in: Zeitschrift: Dithmarschen, Heft 3 (2014);
- 2 So auch: Peter Heinacher, Der Aufstieg der NSDAP in Stadt- und Landkreis Flensburg (1919 – 1933), Flensburg 1986, bes. S. 296 ff. Er wie auch Heberle blicken in ihrer These über den Aufstieg der NSDAP zur Massenpartei vor allem auf Nordangeln, vernachlässigen dabei aber die Entwicklung im Süden der Landschaft.
- 3 Heberle, S. 119 ff; Lorenzen-Schmidt, Landwirtschaftspolitik, S. 273 f.
- 4 Heberle, S. 123.
- 5 Daniela Münkel, Das Bild vom Bauern im Nationalsozialismus und der DDR- zwischen Herrschaftslegitimation und Identitätsstiftung, in: Dies. (Hg.), Das Bild des Bauern. Selbst- und Fremdwahrnehmungen vom Mittelalter bis ins 21. Jahrhundert, Göttingen 2012, S. 131 ff.
- 6 Zu den Agrarverbänden und Folgen der Agrarkrise in Schleswig-Holstein: Thyge Thyssen, Bauer und Standesvertreter, Neumünster 1956, passim und Klaus Joachim Lorenzen-Schmidt, Kehrseite der Modernisierung. Die Krise in Landwirtschaft und Industrie, in: Paul, Danker, S. 185 ff.
- 7 Hierzu: Hans Beyer, Das Bauerntum Angelns während der großen Krise 1972 – 1932, in: Jahrbuch des Heimatvereins der Landschaft Angeln 26. Jg. (1962), S. 131 ff.; Susanne Heim, Die Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein 1928/29. Eine Analyse ihrer sozioökonomischen Entstehungsbedingungen, Dipl. Arb. Universität Hamburg 1980; Johann W. Thomsen, Landleben in der Weimarer Republik, Heide 1989, S. 127; Peter Wulf, „Die Not hat uns zusammengeschmiedet. Die Landvolkbewegung Ende der 1920er Jahre, in: Danker, Paul, S. 192 ff, S. 199; Klaus Joachim Lorenzen-Schmidt, Die Landvolkbewegung, in: Steinburger Jahrbuch 57. Jg. (2013), Itzehoe 2012, S. 125 ff.; Christian M. Sörensen, Die Landvolkbewegung in Nordfriesland und ihr Anteil beim Aufstieg der NSDAP, In: Nordfriesisches Jahrbuch Bans 43 (2008), S. 57 ff., zu den Versammlungen in Angeln: Heinacher, S. 289ff. sowie Anke Werling, Die Landvolkbewegung im Kreis Schleswig (1928 – 1932) und ihre Darstellung in der Regionalpresse. Ex. Arb. Für das Lehramt an Realschulen, Schleswig 1972.

- 8 Lorenzen-Schmidt, Landvolkbewegung a. a. O., S. 134, vgl. auch den Artikel: „Proteste der Landvolkbewegung/Scheitern der Demokratie“, in: Uwe Danker, Utz Schliesky (Hg.), Schleswig-Holstein 1800 bis heute, Eine historische Landeskunde, Husum o. J., S. 213 ff, S. 217.
- 9 Vgl. dazu die polizeilichen Berichterstattungen in LAS, Abt. 320.6/1260.
- 10 Hierzu und zum Folgenden: Matthias Scharlt, Sozialdemokratie und Sammlungspolitik im Raum Flensburg 1870-1914. Die Reichstagswahlen und die Politisierung der Region im nördlichen Schleswig-Holstein, Malente 1996; Ders. „Weil wir schon Antisemiten waren als er kam.“ Agrarlobby und Reichstagswahlen im Raum Flensburg 1890 bis 1912, in: GfH 2 (2009), S. 75 ff., ebenso: Kurt Gerhard Riquarts, Der Antisemitismus als politische Partei in Schleswig-Holstein und Hamburg 1871-1914, Diss. Kiel 1975 (Masch.).
- 11 Heinacher, S. 331 f. verweist z. B. darauf, dass, wenn diese Annahme richtig sei, die Nationalsozialisten in Nordangeln schon frühzeitiger hätten erfolgreich sein müssen.
- 12 Rietzler, Kampf in der Nordmark, S. 403 und 429; die Bedeutung der im bäuerlichen Milieu verankerten Führungskader für die NSDAP betonte schon Stoltenberg, S. 34.
- 13 Hierzu und zum Folgenden: Horst Gies NSDAP und Landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 15 (1967), Heft 4, S. 341 ff.
- 14 Ebd., S. 347, Zitat: S. 375
- 15 Ebd. S. 376 sowie Thyssen, Bauer und Standesvertreter, S. 297 und 392 ff.: Zum Rundschreiben: Heinacher, Band 2, S. 221; zu Struve: <http://www.reichstag-abgeordnetendatenbank.de/selectmaske.html?pnd=130529761&recherche=ja>, eingesehen am 16. 1. 2017
- 16 Zu Thomsen: Heinacher, S. 305; Matthias Scharlt, Eine Clique Alter Kämpfer. Aufstieg und Fall regionaler NSDAP-Eliten in Stadt und Landkreis Schleswig, in: Demokratische Geschichte 15 (2003), S. 161 ff, S. 166.
- 17 Zum Gründungsdatum vgl. den Bericht zum 10jährigen Bestehen der Ortsgruppe in: Flensburger Nachrichten (FN), 18. und 27. 2. 1939. sowie Bericht vom 8. 4. 1929, LAS, Abt. 320.6/1128
- 18 Schleswig-Holsteinische Tageszeitung (SHT), 28. 2. 1932
- 19 Landjägerbericht über eine NSDAP-Versammlung in Neukrug bei Husby am 25. 1. 1930, in: LAS, Abt. 320.6/1128.
- 20 Heinacher, S.302, 319, 348/49 sowie Bericht des Regierungspräsidenten vom 4. 3. 1931, LAS 301/4559.
- 21 Heinacher, S. 354 f.; Zum Jahresende 1933 sollen es sogar 4.700 Mitglieder gewesen sein, Der Landkreis Flensburg, S. 108.
- 22 SHT, 28. 2. 1932.
- 23 SHT, 5. 2. 1932; hierzu auch die Berichterstattung der SHT zur Jahreswende 1931/32, in: LAS Abt. 301/4563 und 4564.
- 24 Angabe für 1933: Der Landkreis Flensburg 1867-1974. Ein preußischer Landkreis in Schleswig-Holstein, Teil 1, Flensburg 1981, S. 108. Die Tabelle wurde zusammengestellt aus den Berichten des Flensburger Landratsamtes, in: LAS 320-FI/1315, 1326, und 1344. Die Mitglieder

- in Gelting und Husby gehörten bis 1930 der Ortsgruppe Langballig an. Quern/Neukirchen wurde Anfang 1932 geteilt.
- 25 Zum Folgenden: Schartl, Eine Clique alter Kämpfer, S. 197 ff. Sebastian Lehmann, Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite, Bielefeld 2007, S. 218
- 26 Schleswiger Nachrichten (SN), 10. 1. 1935, 19. 2. 1935, 13. 5. 1936, 4. 10. 1937, 28. 3. 1938, über Hansens Aktivitäten vor 1933 vgl. LAS 301/4556.
- 27 So bei einem Landvolkappell in Kappeln, Schleibote (SB), 29. 3. 1938.
- 28 LAS 460.12/770, Wollesen, Wilhelm.
- 29 Schartl, Eine Clique, S. 200.
- 30 Zu den Angaben und den Zahlen der nach Berichten des Flensburger Polizeipräsidenten zusammengestellten Tabelle: Schartl, Eine Clique, S. 168.
- 31 Bericht der Landeskriminalpolizeistelle Flensburg vom 28. 6. 1930, LAS 301/4518.
- 32 Zahlen nach: Polizeipräsident Flensburg, Berichte über den Stand der nationalsozialistischen Bewegung, LAS 309/22998 sowie LAS 301/4557 und 4558 sowie 320/SI-L/130, SN, 24.2.1934; Zum Gründungsdatum in Kappeln: SB, 2.9.1935; ? bedeutet, dass für diesen Zeitpunkt keine Mitgliederzahlen festgestellt wurden, die Ortsgruppen jedoch weiterhin bestanden haben bzw. die Anzahl der Ortsgruppen in Südangeln nicht ermittelt werden konnten
- 33 Frank Omland, „Wie wähle ich?“ Die Provinziallandtagswahlen in Schleswig-Holstein 1921 – 1933, in: Detlev Kraack, Klaus Joachim Lorenzen-Schmidt (Hg.), Brückenschläge aus der Vergangenheit. Festschrift für Peter Wulf zu seinem 70. Geburtstag, Neumünster 2008, S. 265 ff., S. 286.
- 34 zum Wahlausgang, der die NSDAP auch bei den Kreistagswahlen im Landkreis Schleswig mit einem Stimmenanteil von 29,4 Prozent hinter der konservativen Liste „Bauern und Bürger“ zur zweitstärksten Kraft machte vgl. die lokalen Wahlergebnisse in SN, 18. und 19. 11. 1929; Omland, „Wie wähle ich?“ , S. 287 gibt für die NSDAP fälschlicherweise nur einen Stimmenanteil von 13,8 (Schleswig) und 3,1 Prozent (Flensburg) an.
- 35 Anzeigen dazu in SN, 4. 11, 5. 11, 8. 11, 11. 11. und 12. 11. 1929.
- 36 SN, 18. 11. 1929.
- 37 Stoltenberg, S. 160, Heinacher, S. 305 f.
- 38 Hinweis bei: Heinrich August Winkler, Weimar 1918 - 1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 389.
- 39 Wahlergebnisse nach Flensburger Nachrichten (FN), 16., 17. 9. 1930, 1. 8. 1932, 7. 11. 1932, 6. 3. 1933, 13. 11. 1933.
- 40 Zahlen nach: Der Landkreis Flensburg, Teil 1, S. 296.
- 41 Beyer, S. 151.
- 42 Wahlergebnisse nach Schleswiger Nachrichten (SN), 16., 17. 9. 1930, 1. 8. 1932, 7. 11. 1932, 6. 3. 1933, 13. 11. 1933.
- 43 Bert Hoppe, Von Schleicher zu Hitler. Dokumente zum Konflikt zwischen Reichslandbund und der Regierung Schleicher in den letzten Wochen der Weimarer Republik, in: Vierteljah-

- reshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), Heft 4, S. 630 ff., S. 631 f.; Gies, NSDAP. S. 375 ff.
- 44 Bericht über die Mitgliederversammlung des Kreisbauernbundes Flensburg, FN, 29. 1. 1932.
- 45 Stoltenberg, S. 168 f.; zum Abkommen: Rundschreiben NSDAP-Gauleitung an die Bezirks-, Kreis- und Ortsgruppenleiter vom 20. 8. 1931, LAS 301/4560.
- 46 FN, 8. 9. 1931 sowie 9. 1. 1932; dazu auch allg. Gies NSDAP und Landwirtschaftliche Organisationen, a. a. O., S. 355; Thyssen, Bauer und Standesvertreter, S. 295 ff.
- 47 Schon Heberle, S. 155 f., weist darauf hin, dass Tönnsen zusammen mit seinem Landbund-Vorstandskollegen Köhler (Buhnstorf) dem Nationalsozialismus nahegestanden hatte.
- 48 Max Tönnsen. Rückschau und Erinnerungen. Betrachtungen und Erlebnisberichte zur Bauernbewegung nach dem Ersten Weltkrieg, Teil 1, in: Jahrbuch des Heimatvereins der Landschaft Angeln 27. Jg. (1963), S. 124 ff., Zitat: S.145 sowie Teil 2, ebd. 28. Jg. (1964), S. 130 ff., Zitat S. 132.
- 49 Otto Clausen, Alte Jungbauern, in: ebd., S. 139 ff, Zitat: S. 139.
- 50 So etwa Bertold Hamer, Biografien der Landschaft Angeln, Band 2, Husum 2007, S. 749 ff. bzw. Thyssen, Bauer und Standesvertreter, S. 360, 392 ff und 490, die Tönnsen Rolle beim Aufstieg des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein schlichtweg negieren.
- 51 Über seine Teilnahme an diesem Treffen berichtet Tönnsen, Rückschau, S. 141 ff, Zitat S. 142.
- 52 Hoppe, Von Schleicher zu Hitler, S.632 und S. 641 sowie Tönnsen, Rückschau., S. 144; schon am 10. November 1932 hatte Tönnsen zudem als Vorstandsmitglied des Reichslandbundes Reichskanzler von Schleicher ähnlich lautende Forderungen unterbreitet, vgl. FN, 11. 11. 1932.
- 53 FN, 5. 5. 1933.
- 54 SN, 7. 10. 1933.
- 55 Die Sperre wurde verfügt, um dem gewaltigen Ansturm von Aufnahmeanträgen nach der Machtübertragung Herr zu werden. Sie wurde in den folgenden Jahren jedoch wieder gelockert und schließlich zum 10. Mai 1939 vollständig aufgehoben. Vgl. allg.: Björn Weigel, „Märzgefallene“ und Aufnahmestopp im Frühjahr 1933. Eine Studie über den Opportunismus, in: Wolfgang Benz (Hg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt/M. 2009, S. 91 ff.
- 56 Zum Lebenslauf vgl. auch die Entnazifizierungsakte in: LAS 460.12/710 (Tönnsen, Max). In dem Verfahren wurde Tönnsen auch aufgrund zahlreich beigebrachter Zeugenaussagen in die Kategorie V (Entlastet) eingestuft; zur Entfernung aus der Landesbauernschaft: Amtliche Wochenschrift der Landesbauernschaft 22, 3. 6. 1934, S. 742 und Aktenvermerk von Landesobmann Matthiesen vom 9. 4. 1934, LAS 380/483; zum Einstieg in die Kommunalpolitik nach 1945: GA SIFI, Abt. 2.10/226.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Bundesarchiv Berlin

Abb. 2, 6: Thyge Thyssen, Bauern und Standesvertreter

Abb. 3, 4: Gemeinschaftsarchiv Schleswig-Flensburg

Abb. 5: Schleswiger Nachrichten, 4. 11. 1929

# Karl Otte Meyer – ein junger Aktivist in Dänemark 1945 - 1949<sup>1</sup>

von MOGENS ROSTGAARD NISSEN, Archiv- und Forschungsleiter

*Im folgenden Beitrag gibt der Archivar und Forschungsleiter des Archivs an der dänischen Zentralbibliothek in Flensburg, Mogens Rostgaard Nissen, einen Einblick in die Jugendjahre Karl Otto Meyers und reflektiert darin, wie sich die politische Einstellung und das nationale Bekenntnis des aus einer dänisch gesinnten Familie stammenden, späteren langjährigen SSW-Landtagsabgeordneten bereits frühzeitig herausgebildet und verfestigt hat. Schon während seiner Studienzeit am Skaarup Seminar auf der Insel Fünen war er ein gefragter Referent, der in seinen Vorträgen die Absicht verfolgte, seinen dänischen Zuhörern die besondere Situation der Minderheit nahezubringen und dabei für eine Grenzverschiebung auf der Grundlage einer erneuten Volksabstimmung warb.*

Die Redaktion

## Einleitung

Als Deutschland im Mai 1945 kapitulierte, befand sich Karl Otto Meyer in Dänemark. Er war im Januar 1945 aus dem deutschen Militärdienst desertiert und lebte seitdem im Untergrund auf Südfünen. Als Meyer die schwierige Entscheidung traf zu fliehen, war er erst 16 Jahre alt. Für ihn selbst und für seine Familie, aber auch für die südschleswigschen Pfadfinder, die ihm bei der Flucht halfen, stellte dies ein großes Risiko dar.

Karl Otto Meyer gehörte einer Generation innerhalb der dänischen Minderheit in Südschleswig an, die eine ausgeprägt dänische Erziehung erhalten hatte. Er hatte die Flensburger Duborgskole besucht und war dänischer Pfadfinder gewesen. Zudem war Meyer Mitglied in einem dänischen Sportverein und ging zum Gottesdienst in die dänische Kirche usw. Gleichzeitig hatte er die in Deutschland erscheinende dänische Tageszeitung Flensborg Avis quasi mit der Muttermilch eingesogen, da sein Vater Otto Leiter der Zeitungsdruckerei war. Von Kindesbeinen an nahm Meyer am Ferienkinderprogramm der dänischen Minderheit teil, welches südschleswigschen Kindern einen Ferienaufenthalt in Dänemark ermöglichte. Diese Aufenthalte waren für ihn von großer Bedeutung,

da er hier die Möglichkeit hatte, frei zu denken und zu sprechen. Für Meyer stand außer Frage, dass die Erziehung und vor allem die Ferienaufenthalte entscheidend dafür waren, dass er Dänemark als sein Land und sich selbst sowie die Minderheit als Teil des dänischen Volkes betrachtete. In seinen Erinnerungen hat er die Kindheit in Flensburg beschrieben. Sie unterschied sich stark von der deutschen Mehrheitsbevölkerung. Unter anderem bemerkte er: „Es wäre zu viel gesagt, dass wir in einem dänischen Ghetto lebten; aber eine Art Ghetto war all die Einsamkeit, die eine recht isolierte Welt mit sich bringt. Dennoch haben wir Grund, unseren Eltern für dieses Dasein dankbar zu sein, denn so entkamen wir dem Gift des Nationalsozialismus. Von Kindesbeinen an waren wir Anti-Nationalsozialisten, aber leider haben wir diese Antipathie auf alle Deutschen übertragen.“<sup>2</sup>

Die Einberufung zum Militär 1944 war für Karl Otto Meyer unerträglich. Er war zum Gegner des Nationalsozialismus erzogen worden und fühlte sich als Däne, obwohl er einen deutschen Pass besaß. Die Leitung der dänischen Minderheit konnte noch so viel über die Pflicht sprechen, seine Heimat zu verteidigen: Er wollte kein deutscher Soldat sein und einem Regime dienen, dessen entschiedener Gegner er war. Vor diesem Hintergrund muss man Karl Otto Meyers starke dänisch-nationale Haltung in den ersten Nachkriegsjahren verstehen. Man muss sich vor Augen halten, dass diese identisch war mit der Einstellung vieler anderer Angehöriger der Minderheit in dieser Zeit. Hauptziel war es, das „Selbstbestimmungsrecht“ durch ein neues Referendum in Südschleswig umzusetzen, so dass der gesamte oder zumindest ein Teil des Landesteils mit Dänemark vereint werden könne. Karl Otto Meyer schlug vor, die Grenze nur auf der Grundlage einer Abstimmung zu verschieben, während andere Dänisch-Nationale in Südschleswig und Dänemark die Ansicht vertraten, die Grenze ohne ein erneutes Referendum nach Süden an die Eider zu verlegen. Der folgende kurze Artikel behandelt einige Einstellungen von Karl Otto Meyer zur nationalen Frage in den späten 1940er Jahren. Zu dieser Zeit studierte er am Skaarup Seminar auf Fünen. Zum wesentlichsten Quellenmaterial gehören eine Reihe von schriftlichen Aufgaben, die er während seines Studiums erstellt hat. Dazu zählt vor allem seine Anfang 1949 eingereichte Abschlussarbeit mit dem Titel „Südschleswig“, die viel über seine nationale Einstellung aussagt.<sup>3</sup> Von einem akademischen Standpunkt aus betrachtet waren diese Aufgaben nicht besonders ausgereift, da es sich nicht um neutrale Analysen handelt. Andererseits kommen Karl Otto Meyers persönliche Einstellungen deutlich zum Ausdruck, was die Aufgaben und die Abschlussarbeit zu wirklich interessantem Quellenmaterial machen. Ferner hielt Meyer in den Jahren 1945-1949 einige Vorträge an verschiedenen Orten in Dänemark für die nationalkonservative Partei, Dansk Samling, und für die am 5. Mai 1945 ins Leben gerufene dänisch-



Abb. 1 Karl Otto Meyer im Jahr 1943

nationale grenzpolitische Organisation Sydslesvigsk Udvalg (Südschleswigscher Ausschuss). Von diesen Vorträgen sind einige Manuskripte bewahrt, die für diesen Artikel verwendet wurden.<sup>4</sup>

### **Auf Vortragsreise**

In ganz Dänemark wurde Karl Otto Meyer ein sehr aktiver Redner. Einer der Vorträge trug den Titel „Die heutige Lage in Südschleswig“. Dieser Vortrag wurde 1946 und 1947 mindestens zwölf Mal gehalten.<sup>5</sup> Es ist anzumerken, dass Karl Otto Meyer dabei erst 18-19 Jahre alt und somit bereits in jungen Jahren politisch sehr aktiv war.

Der Hauptzweck des Vortrags war es, den Zuhörern zu vermitteln, dass es sich lohnt, für die Rückkehr Südschleswigs nach Dänemark zu kämpfen. Das war nicht weiter schwierig, denn die Angliederung Südschleswigs war in den ersten Nachkriegsjahren ein Volksanliegen in Dänemark. Im Herbst 1945 sammelte Sydslesvigsk Udvalg rund eine halbe Millionen Unterschriften dafür, dass Südschleswig von Deutschland getrennt würde, so dass das Gebiet später Dänemark angeschlossen werden könne. Karl Otto Meyer erklärte, dass viele junge dänisch gesinnte Männer am Krieg teilgenommen hätten, um „das Recht auf unsere Heimat zu behalten.“<sup>6</sup> Sie hätten gekämpft, weil die Führung der Minderheit und auch dänische Politiker es von ihnen verlangt hätten: „Wir erfüllten unsere Pflicht, erfüllt jetzt eure“, schrieb er. Es sei die Pflicht der Zuhörer, Druck auf die dänischen Politiker auszuüben, um der Forderung nach der

Angliederung Südschleswigs an Dänemark gegenüber der britischen Regierung und den britischen Militärbehörden in Schleswig-Holstein nachzukommen. Nur so konnte die Grenze nach Süden verlegt werden - entweder bis an die Schlei, vorzugsweise aber bis zur Eider, wie esieß.

Während des Vortrags bezog Meyer sich auch auf die erwähnte Unterschriftensammlung, die im Sommer 1945 in Südschleswig durchgeführt worden war. Innerhalb weniger Tage wurden in Flensburg etwa 10.000 Unterschriften und ungefähr 1.000 in den umliegenden Landgemeinden gesammelt. Es wurde eine Petition an die dänische Regierung mit sehr weitgefasstem Wortlaut unterschrieben.<sup>7</sup> Die Unterzeichner erklärten Dänemark und dem dänischen Staat ihre Treue, und es wurde betont, dass keine deutsche Minderheit in Südschleswig gebildet werden solle. Die Unterzeichner wollten sich Dänemark anschließen, weil sie erkannt hätten, dass es ein friedliches Land mit Redefreiheit und freien Entfaltungsmöglichkeiten sei.

Für Karl Otto Meyer war es wichtig, sich auf diese Petition beziehen zu können, in der 80 bis 90 Prozent der Befragten unterschrieben hatten. Er wollte damit verdeutlichen, dass die in Südschleswig zunehmende Unterstützung für Dänemark nicht auf kurzzeitige materielle Vorteile zurückzuführen sei, wobei er sich darauf bezog, dass die Unterstützer von der deutschen Mehrheitsbevölkerung verächtlich als „Speckdänen“ bezeichnet wurden. Es gäbe ein ehrliches und allgegenwärtiges Interesse in Südschleswig, sich Dänemark anzuschließen.<sup>8</sup> Sowohl von deutscher Seite als auch von Kritikern in Dänemark wurde dagegen argumentiert, dass die Unterstützung allein dem Wunsch der Bevölkerung entspreche, Pakete mit Lebensmitteln und Kleidung aus Dänemark zu erhalten. Karl Otto Meyer betonte jedoch, dass dies nicht der Fall sei. Die Bevölkerung sei sich ihrer dänischen Vergangenheit bewusst, was unter anderem daran läge, dass man während des Nationalsozialismus „Arierzeugnisse“ ausgefüllt hätte, bei denen man auf die dänischen Vorfahren gestoßen sei. Das Interesse hänge auch mit dem Wunsch nach Frieden und Freiheit sowie einer Auseinandersetzung mit dem deutschen Nationalismus zusammen, der zu zwei Weltkriegen geführt hätte.

So entgegnete Meyer den wichtigsten Einwänden des dänischen Außenministers Gustav Rasmussen und verschiedener Reichstagspolitiker der Sozialdemokratie und der sozialliberalen Partei, Det Radikale Venstre, sowie des konservativen Spitzenpolitikers John Christmas-Møller. Gustav Rasmussen wurde zitiert: „Unter den gegenwärtigen Umständen würden sich viele Deutsche aus offensichtlichen Gründen für die dänische Nationalität entscheiden; aber in zehn oder 15 Jahren würden sie wahrscheinlich zur deutschen Nationalität zurückkehren und eine Quelle ernsthaften Aufruhrs und vielleicht sogar eine Gefahr für Dänemark sein.“<sup>9</sup> Die Aussage fiel in einer geschlossenen Sitzung,

aber Rasmussens Einstellungen waren bekannt und wurden von einer Reihe führender Politiker geteilt. Diesen Haltungen versuchte Karl Otto Meyer in seinen Vorträgen entgegenzutreten.

Es ist unmöglich zu sagen, wie viele Menschen an den Vorträgen teilgenommen haben und welchen Einfluss diese auf die Teilnehmer ausübten. Es ist jedoch unbestreitbar, dass seine Auffassung von vielen Dänen geteilt wurde, und es besteht kein Zweifel daran, dass Meyer selbst von ihrer Wirkung überzeugt war.

## **Karl Otto Meyer und das Vaterlandsgefühl**

Nach ein paar Jahren, in denen Meyer viele Vorträge über Südschleswig gehalten hatte, wurden diese anscheinend immer weniger. Dies ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Ende der 1940er Jahre war die „Südschleswig-Frage“ in Dänemark kein Volksanliegen mehr, und daher war das Interesse an diesem Thema geringer als unmittelbar nach dem Krieg. Gleichzeitig beschäftigte sich Karl Otto Meyer eingehender mit seinem Studium, das - wie er es selbst ausdrückte - etwas unter seinen Vorträgen litt. Es darf jedoch nicht verschwiegen werden, dass er hinsichtlich der Angliederung Südschlewigs an Dänemark immer pessimistischer wurde und dies wahrscheinlich die Motivation dämpfte. Er schrieb eine Reihe von Aufsätzen, in denen er seine Verbitterung gegenüber der dänischen Regierung und den dänischen Politikern zum Ausdruck brachte. Er warf ihnen vor, nichts für die berechtigte Forderung der Südschleswiger getan zu haben, Südschleswig von Holstein und Deutschland zu trennen, um eine neue Abstimmung durchzuführen, damit das Gebiet Dänemark angeschlossen werden könne. Er war der Ansicht, dass die dänische Minderheit in Südschleswig von dänischen Politikern aller Parteien - außer Dansk Samling - im Stich gelassen würde.

An der pädagogischen Hochschule schrieb er viele Aufsätze, wie er auch das Studium mit einer umfassenden Examensarbeit von 86 Seiten abschloss.<sup>10</sup> In diesen Aufsätzen setzte er sich mit einer Reihe verschiedener Themen auseinander, aber kennzeichnend für alle war, dass es vor allem Karl Otto Meyers persönliche Einstellungen waren, die zum Ausdruck gebracht wurden. Ohne sich in diese Aufsätze zu vertiefen, kann kurz erwähnt werden, dass er im Frühjahr 1946 eine kurze Abhandlung über „Die wichtigsten Rollen der Tagespresse“ in einer demokratischen Gesellschaft schrieb. Dies ist besonders interessant, wenn man bedenkt, dass er gut 16 Jahre später Chefredakteur von Flensborg Avis wurde.<sup>11</sup> Im Oktober desselben Jahres reichte er zudem eine Aufgabe mit dem Titel „Einige Linien in der Nachkriegsentwicklung“ ein.<sup>12</sup> Hierin vertrat er die Meinung, dass nach Kriegsende in einer Reihe von westeuropäischen Ländern neue Parteien gegründet wurden, während die alten Parteien in unterschied-

lichem Maß durch eine Zusammenarbeit mit dem NS-Regime belastet waren und von den Wählern abgewählt wurden. In diesem Essay argumentierte er unter anderem, dass Dansk Samling - der er selbst beigetreten war - und die neu gegründete CDU in Deutschland auf der gleichen ideologischen Grundlage aufgebaut seien. Dies ist besonders interessant, weil er später als Chefredakteur und Landtagsabgeordneter für den Südschleswigschen Wählerverband (SSW) ein angespanntes Verhältnis zur CDU und eine viel engere Zusammenarbeit mit der SPD einging. Weiter beschäftigte er sich in mehreren Aufsätzen mit der Sowjetunion, die er als neue Bedrohung für Dänemark und Westeuropa empfand. Vor allem in einem Aufsatz vom März 1948 drückte er seine kritische Sicht auf die Sowjetunion aus. Zu einem frühen Zeitpunkt argumentierte er ebenso dafür, dass Dänemark an einer westlichen Verteidigungszusammenarbeit teilnehmen solle, die von 1949 an zur NATO wurde.<sup>13</sup>

In diesem Artikel werden nur der Aufsatz „Worauf baut das Vaterlandsgefühl und wie äußert es sich“ vom Januar 1948 und die Abschlussarbeit thematisiert.<sup>14</sup> Die Arbeit über das Vaterlandsgefühl bestand nur aus fünf Seiten, doch sagt sie sehr viel über Meyers nationale Einstellungen aus. Seine Verwendung des Wortes „Vaterlandsgefühl“ kann beinahe direkt auf das übertragen werden, was andere als nationale Identität bezeichnen. Meyer ergänzte dies durch Äußerungen zur Vaterlandsliebe, die sich - wie das Wort sagt - auf die Liebe eines Menschen zu seinem Vaterland bezieht. Seine Vaterlandsliebe war eindeutig mit Dänemark verbunden. Interessant ist zudem, dass die Vaterlandsliebe nach seiner Auffassung sowohl auf „objektiven“ als auch „subjektiven“ Kriterien basiert.<sup>15</sup> Unter den objektiven Kriterien wurde vor allem die Geschichte und Sprache betont, aber auch die Gesinnung und Mentalität „bedeuten ungewöhnlich viel für die neuen Generationen“, wie er schrieb.

Gleichzeitig erklärte er, dass Sprache und Vaterlandsliebe nicht unbedingt übereinstimmen müssen, und dass „Nordschleswiger und Schweizer beweisen, dass Vaterlandsliebe unabhängig von der Sprachengemeinschaft ist“. So öffnete er sich für die subjektive nationale Identifikation: „Ein Mann, der keinerlei Verbindung zu einem bestimmten Land hat, mag sich aufgrund der freien Beziehungen, die das Land seinen Menschen bietet, sowie der Verbundenheit und der Mitmenschlichkeit der Bevölkerung dazu hingezogen fühlen. Er kann dann das Land, in dem er geboren wurde, völlig aus seinem Bewusstsein verschwinden lassen, in das andere Land gehen, dafür kämpfen und ein ebenso guter Bürger sein wie die, die dort geboren sind.“

Dies ist eine hervorstechende Äußerung, die Meyer zufolge ermöglicht, dass Menschen mit deutschem Hintergrund Teil der dänischen Minderheit werden können. Die Aussage geht einher mit der Tatsache, dass die Zahl der Angehörigen der dänischen Minderheit in Südschleswig, wie bereits erwähnt, nach dem



Abb. 2 Karl Otto Meyers Jahreskarte für die Nutzung des Omnibusses aus dem Jahr 1944, mit der er täglich zwischen Sønderburg und Fynshavn pendelte

Ende des Krieges explosionsartig zugenommen hatte. Meyer widersprach damit der Auffassung, dass Abstammung und gemeinsame Geschichte die wesentlichen Voraussetzungen seien, um ein Teil der Minderheit zu sein. Er betonte, dass Menschen, die eine bewusste nationale Entscheidung getroffen hätten, ebenso gute Bürger sein könnten „wie die, die dort geboren wurden.“ Diese Auffassung steht auch in engem Zusammenhang mit der Loyalitätserklärung, die viele Südschleswiger im Sommer 1945 unterzeichneten, zu einem Zeitpunkt, als der Frieden und die Freiheit in Dänemark ganz besonders betont wurden. Meyer fügte hinzu, dass Solidarität und soziales Verständnis wichtige Komponenten bei der Schaffung eines starken Gemeinschaftssinns unter den Menschen seien. Er wies darauf hin, dass „die Nächstenliebe eine notwendige Ergänzung zu den nationalen Gefühlen, besonders in den Beziehungen zwischen den Ländern sein wird“, und endete mit dem Zitat des Dichters Poul Sørensen, der in dem Gedicht „Maalet“ (das Ziel) schrieb: „Bruder muss mit Bruder zusammenstehen, bis jeder weiß: Unser Vaterland heißt Erde, unser Volk heißt Menschheit!“

Karl Otto Meyer zitierte mehrmals Poul Sørensen, besser bekannt unter dem Pseudonym „Poeten“. Bekannt ist er vor allem für die Kabarettlieder „Dit hjerte er i fare, Andresen (Dein Herz ist in Gefahr, Andresen)“ und „Solitudevej (Solitudeweg)“ Er schrieb aber 1942 auch die Gedichtsammlung „April i Danmark“ (April in Dänemark) und 1947 „Europasange“ (Europalieder). Es besteht kaum ein Zweifel, dass diese Gedichte Meyer wirklich berührten, zum einen, weil Sørensen zu einem frühen Zeitpunkt während der Besetzung die Besatzungsmacht und die dänisch-deutsche Zusammenarbeit kritisierte, und zum anderen, weil er sich nach dem Krieg eindeutig für eine Angliederung Südschleswigs an Dänemark aussprach. Am deutlichsten wurde dies im Gedicht „Genforening“ (Wiedervereinigung) zum Ausdruck gebracht. Aber auch, weil Sørensen dafür eintrat, dass die Dänen die von der Besatzung geschaffene Kluft wieder überbrücken sollten, genauso wie er der Meinung war, dass Menschen über nationale Grenzen hinweg in Frieden und Freiheit zusammenarbeiten sollten.

### **Karl Otto Meyer und Südschleswig**

Als Karl Otto Meyer Anfang 1949 seine Abschlussarbeit über Südschleswig schrieb, war die Lage eine völlig andere als er 1946/47 in Dänemark Vorträge über Südschleswig gehalten hatte.<sup>16</sup> Der boomende Anschluss an die dänischen Vereine flachte nun ab, und die Aussicht auf ein neues Referendum über Südschleswigs nationale Zukunft war in weite Ferne gerückt. Die Abschlussarbeit war davon deutlich gekennzeichnet. Sie war eine Rückschau auf die Geschichte Südschleswigs, jedoch mit einer sehr klaren dänisch-nationalen Tendenz. In der ersten Hälfte beschrieb er die historische Entwicklung bis zur Kapitulation Deutschlands im Mai 1945, indem er mit der frühen Geschichte bis 1864 begann. Bis dahin sei es dänisches Gebiet gewesen, wovon Sprache und Ortsnamen aber auch die Architektur und Kultur zeugen. Nach 1864 wurde Südschleswig von Preußen annektiert, wobei der Versuch unternommen wurde, die dänische Sprache und Kultur zu beseitigen. Die Abstimmung im Jahr 1920 sei ungerecht gewesen, weil massive Druckmittel gegen die Dänischgesinnten eingesetzt wurden, die sich auch Schikanen ausgesetzt sahen. In Meyers Augen war es ebenfalls ungerecht, dass weit mehr Menschen aus dem Süden als aus dem Norden kamen um zu wählen, weil sie in Südschleswig geboren wurden, aber nicht mehr dort lebten. Daher sei das Abstimmungsergebnis irreführend gewesen, und das Verhältnis zwischen Deutsch und Dänisch in Südschleswig sei viel ausgewogener als die Zahlen zeigten. Meyer äußerte, dass die Minderheit in der Zwischenkriegszeit von den Behörden unter Druck gesetzt wurde, und vor allem nach 1933 hätten lokale und regionale NS-Behörden viele Südschleswiger gezwungen, aus den dänischen Vereinen auszutreten und die Kinder in den

dänischen Schulen abzumelden. Aus diesem Grund war die Mitgliederzahl der organisierten Minderheit in den späten 1930er Jahren sehr niedrig.

Es sei die Hoffnung auf eine Angliederung an Dänemark gewesen, die die Dänen zum Ausharren ermunterte, und der Kampf um die Heimat, der junge Männer dazu veranlasste, an einem Krieg teilzunehmen, der nicht der ihre war. Südschleswig war für Dänemark kein Puffer gegen NS-Deutschland, da die Dänisch gesinnten offensiv dafür gekämpft hatten, nach Kriegende nach Dänemark zurückzukehren, wenn Deutschland kapitulierte.

Die andere Hälfte der Abschlussarbeit handelte von den Jahren nach dem Krieg.<sup>17</sup> Hier war er einerseits positiv gestimmt und sprach von einem Sieg für das Dänentum in Südschleswig, während er sich andererseits negativ äußerte und von einer Niederlage sprach. Er schrieb: „Heute befinden sich die Südschleswiger in einem harten und erbitterten nationalen und kulturellen Kampf, was ziemlich eigenartig ist, da Sieg und Niederlage Seite an Seite standen. Auf der einen Seite der Sieg: Das nationale Erwachen, die Mehrheit für Dänemark, die steigende Zahlen in Schulen und Vereinen, was dazu führte, dass 73.000 Teilnehmer am Jahrestreffen vom 5. Juni 1948 teilnahmen und 92.000 dänisch gewählt haben. Auf der anderen Seite die Niederlage: Unsere Verbindung mit Holstein und Deutschland. Das Verbleiben der Flüchtlinge, die politische Niederlage, die durch Dänemarks Politik verursacht wurde.“<sup>18</sup>

Das Zitat enthält den Kern seiner Auffassung zur Entwicklung Südschleswigs in den ersten Nachkriegsjahren, die sowohl als Sieg wie auch als Niederlage charakterisiert sind. Der Sieg war der massive Rückhalt für das Dänentum, und die Niederlage war, dass die Forderung nach der Angliederung nicht durchgeführt wurde. In Bezug auf den Sieg äußerte Karl Otto Meyer sich kurz zum Hintergrund, weshalb so viele in den Nachkriegsjahren das Dänentum in Südschleswig unterstützten.

1. Der wichtigste Grund war, dass viele Menschen quasi zum Dänentum zurückgekehrt seien, nachdem sie in den Jahren nach 1920 gezwungen worden seien, dieses zu aufzugeben. Dies galt besonders in Flensburgs Umland, wo man nun ohne Angst vor den Folgen den südschleswigschen Vereinen beitreten konnte.
2. Während der NS-Zeit hätten viele Deutsche die Erfahrung gemacht, dass ihre Familien eigentlich dänisch seien. Dies geschah in Verbindung mit der Erstellung der „Arierzeugnisse“ und machte vielen ihre dänische Vergangenheit bewusst.
3. Die Schrecken des Krieges hätten dazu geführt, dass viele Deutschland den Rücken kehrten. So gingen viele Menschen in die dänischen Vereine aus der Überzeugung heraus, dass es nun genug sei und es Zeit wäre, sich dem friedlichen Dänemark anzuschließen, und

4. hätten auch die Flüchtlinge dazu beigetragen, dass die Südschleswiger den Unterschied zwischen sich und den Deutschen entdeckten. Viele Menschen aus dem deutschgesinnten Teil der ursprünglichen Bevölkerung in Südschleswig hätten die nationale Seite gewechselt, weil viele Flüchtlinge aus Ostpreußen, die nach Schleswig-Holstein gekommen waren, sich sehr von der ursprünglichen südschleswigschen Bevölkerung unterschieden.

Es war Meyer wichtig zu betonen, dass die erhebliche Unterstützung für die dänischen Vereine auf einem echten Sinneswandel beruhte.<sup>19</sup> Obwohl es einige sogenannte „Konjunkturritter“ unter ihnen gab, sei der größte Teil des Booms auf einen dauerhaften Gesinnungswandel der Menschen in Südschleswig zurückzuführen. Er bezog sich wieder auf die oben erwähnte Unterschriften-sammlung vom Sommer 1945 - die er auch während seiner Vorträge in Dänemark zitierte - in der etwa 10.000 Personen in Flensburg einen öffentlichen Brief unterzeichneten, in dem sie die dänische Regierung darum baten, dass Südschleswig künftig ein Teil von Dänemark werde. Meyer meinte deshalb, dass kein Zweifel an dem aufrichtigen Wunsch der Südschleswiger nach einer Angliederung an Dänemark bestehe.

Nach Meyers Auffassung war die Flüchtlingssituation in Südschleswig ein wesentlicher Faktor dafür, dass viele deutschgesinnte Südschleswiger in den Nachkriegsjahren die nationale Seite wechselten.<sup>20</sup> Gleichzeitig war es jedoch eine große Bedrohung für das Dänentum, weil sich viele Flüchtlinge dauerhaft in Südschleswig niederließen. Er stellte fest, dass „die Flüchtlinge unmenschlichen Leiden ausgesetzt waren und ihnen geholfen werden sollte, aber nicht dadurch, dass ihnen unsere Heimat gegeben wird. Sie sind ein Teil der deutschen Politik geworden, die gegen das Dänentum wirkt und Südschleswig germanisieren will. Das Problem sei schon groß, aber würde in der Zukunft noch größer werden, weil die Flüchtlinge viel mehr Kinder als Südschleswiger bekommen (sie sind slawischer Herkunft, und diese Rasse ist durch eine große Kinderschar gekennzeichnet).“ Meyer machte ferner geltend, dass die Flüchtlinge in Bezug auf die einheimische Bevölkerung begünstigt würden, und dass sie bereits an mehreren Orten in Südschleswig die Macht übernommen hätten: Viele Flüchtlinge bekleideten öffentliche Positionen beim Zoll, bei der Polizei und im Bildungsbereich. Seine Auslegung der Flüchtlingsproblematik wirkt sehr verstörend, wenn man sie viele Jahre später liest, weil die Formulierungen, unter anderem die Aussage über die slawischen Völker in Ost- und Mitteleuropa, an die Nationalsozialisten erinnert.<sup>21</sup> Man sollte jedoch berücksichtigen, dass dies zur Politik und Rhetorik der dänischen Minderheit in den ersten Nachkriegsjahren gehörte, wie der Historiker Martin Klatt in seiner Dissertation aus dem Jahr 2001 dokumentiert hat.<sup>22</sup> Die Niederlage hing mit der Tatsache zusammen, dass das Selbstbestimmungsrecht nicht umgesetzt wurde und dass Südschleswig im deutschen Bundesland



Abb. 3 Plakat des Sydslesvigsk Udvalg vom 5. Mai 1945 mit der Aufforderung, sich der Forderung, Südschleswig zu befreien, anzuschließen

Schleswig-Holstein aufging.<sup>23</sup> Er glaubte, Dänemark sei für das Fehlen eines Referendums verantwortlich, da die britische Regierung und die britischen Militärbehörden dafür eingetreten wären, dass Südschleswig Dänemark angegliedert würde, wenn die dänische Regierung dies nur gefordert hätte. Dabei bezog er sich auf die sogenannte Oktober-Note aus dem Jahr 1946, in der die dänische Regierung öffentlich davon Abstand nahm, Ansprüche auf Südschleswig zu stellen. Dadurch hätten die südschleswigschen Wünsche an Boden verloren. Die fehlende dänische Unterstützung hätte zudem dazu geführt, dass die Minderheit zunehmend unterdrückt würde - teils von den britischen, teils von lokalen und regionalen deutschen Behörden. Dies war auch der Grund dafür, dass Meyer im obigen Zitat davon sprach, dass „heute die Südschleswiger in einem harten und erbitterten nationalen und kulturellen Kampf stehen“, und die Minderheit in vielen Bereichen eine zunehmende Unterdrückung erleben würde. Ein Beispiel hierfür war die Schaffung des Südschleswigschen Wählerverbandes - SSW - im Jahr 1948, der von den britischen Besatzungsbehörden auferlegt wurde, da man nicht den Südschleswigschen Verein als Partei anerkennen wollte. Wenn die Minderheit im Verlauf des Jahres beschließen sollte, sich an den Kommunalwahlen zu beteiligen, müsse man eine Partei gründen. Aber dem SSW wurden bereits von Anfang die Grenzen aufgezeigt, weil man sich im Programm weder über „die Trennung von Deutschland noch über die Angliederung an Dänemark“ äußern durfte. Dies bezeichnete Meyer als „die laue Politik des SSW“. Er war unzufrieden damit, dass die Minderheitenführung

sich nicht widersetzte und forderte, das Thema Angliederung in das Parteiprogramm aufzunehmen.

Karl Otto Meyer beendete die Abschlussarbeit beinahe pathetisch. „Man muss festhalten, dass unser Ziel es immer ist und war, von Deutschland weg und heim nach Dänemark zu kommen, obwohl wir gezwungen werden, etwas anderes zu sagen. Der Kampf geht für uns weiter, weil die Südschleswiger nicht anders können als ihrer Gesinnung zu folgen, die dänisch ist ... Heute bereiten sich die Südschleswiger auf den langfristigen Kampf vor, der hart sein wird. ... Wir kämpfen nicht dafür, Vorposten und Wellenbrecher für Dänemark zu sein, aber Ziel unseres Kampfes ist eine Gemeinschaft mit den Dänen und Freiheit für alle Dänen. Das ist das Ziel und wird es auch bleiben.“

Er bewertete die Möglichkeiten einer Angliederung nicht weiter, stellte aber zwei Optionen dar, wie sie machbar wäre. Beide Möglichkeiten erforderten politische Unterstützung aus Dänemark, so dass es zweifelhaft ist, ob er daran wirklich glaubte. Eine Lösung war, dass die dänische Regierung sich an die britische Regierung wendete, um ein Referendum in Südschleswig zu fordern. Man solle sich, so Meyer, auf 1946 beziehen, als die Briten in der „September-Note“ der dänischen Regierung eine solche Lösung angeboten hatten. Die zweite Möglichkeit war, dass die dänische Regierung die Frage in der UNO zur Sprache brächte, die laut Paragraph 77 „die Schaffung von Mandatsträgern für Gebiete erlaubte, die infolge des Zweiten Weltkriegs von feindlichen Ländern getrennt wurden.“ Dies wäre eine Lösung, mittels derer eine von der UNO kontrollierte Zone in Südschleswig etabliert werden könnte, jedoch mit dem klaren südschleswigschen Wunsch, dass das Gebiet langfristig dänisch würde. Meyer schloss mit einer bitteren Bemerkung: „Obwohl es jetzt schwarz aussieht, hoffen die Südschleswiger, dass Dänemark endlich die Verantwortung übernimmt, damit das Recht siegen kann. Aber es eilt jetzt sehr. Oder ist es wahr, dass es immer noch eines der Rätsel des Lebens ist, warum man den küsst, den man gerade verraten hat?“

## **Zusammenfassung**

Es war ein politisch frustrierter und pessimistischer junger Mann, der die Abschlussarbeit über Südschleswig im Januar 1949 einreichte. Er hatte sich vier Jahre in Dänemark aufgehalten, und in all den Jahren war er ein politischer Aktivist gewesen, damit die dänische Bevölkerung die Lage der Dänisch gesinnten in Südschleswig verstand. Er wollte die Dänen dazu bringen, sich hinter die Forderung nach einem neuen Referendum und einer Angliederung Südschleswigs an Dänemark zu stellen. Karl Otto Meyer war erst 21 Jahre alt, als er seine Abschlussprüfung ablegte und bereit war, nach Südschleswig zurückzukehren, um Lehrer an einer dänischen Schule zu werden, aber ungeachtet des Alters



Abb. 4 Die dänische Schule in Schafflund an der der 23jährige Karl-Otto Meyer ab 1950 bis zu seiner Suspendierung durch den schleswig-holsteinischen Kultusminister Paul Pagel zwei Jahre lang als Leiter arbeitete

hatte er ein großes historisches und politisches Bewusstsein. Durch die Jugend hindurch zeigte Meyer eine überraschend große politische Standhaftigkeit, und er stand voll und ganz hinter den nationalkonservativen dänischen Bewegungen, Dansk Samling und Sydslesvigsk Udvalg vom 5. Mai 1945. Dies war vor allem der Unterstützung der Bewegungen für die Forderung nach einem neuen Referendum und eine Angliederung Südschleswigs mit Dänemark geschuldet. Aber er glaubte auch, dass Dansk Samling für eine neue sozialkonservative Ideologie stand, die auf Kooperation und Solidarität sowie auf Freiheit und Volksherrschaft setzte. Es frustrierte ihn zunehmend, dass die Parteien im dänischen Parlament die südschleswigschen Forderungen nach Selbstbestimmung nicht unterstützen, und als die Möglichkeit eines neuen Referendums immer unwahrscheinlicher wurde, wuchs auch sein Pessimismus. Karl Otto Meyer war ein sehr aktiver und aktivistischer junger Lehrer, der nach den Sommerferien 1949 nach Südschleswig zurückkehrte, um Lehrer in Husum zu werden. Er hatte klare Einstellungen dazu, wie Unterricht stattzufinden habe, ebenso, wie er der festen Ansicht war, dass eines der Hauptziele der Schule darin bestand, die Liebe der Schüler zum Vaterland zu fördern, die Liebe zur dänischen Nation und zum dänischen Volk.

*Übersetzung: Ilse Friis, Ruth E. Clausen*

## Anmerkungen

- 1 Der Artikel basiert auf dem von mir verfassten Buch „Karl Otto Meyer – eine politische Biografie“, das voraussichtlich im Herbst 2018 erscheinen wird.
- 2 Karl Otto Meyer, Frihed, lighed og grænseland – erindringer, Band 1. 2001, S. 22-23.
- 3 Arkivet ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig (ADCB) P455-89B: Abschlussarbeit vom 16. 1. 1949 eingereicht im Skaarup Seminarium mit dem Titel „Sydslesvig“.
- 4 ADCB P455-36 und P455-89B.
- 5 ADCB P455-36. Vortragsmanuskript mit dem Titel „Stillingen i Sydslesvig i Dag“.
- 6 Ebd.
- 7 ADCB P166-8: L.P. Christensens Privatarhiv sowie Martin Klatt, Flygtningene og Sydslesvigs danske bevægelse 1945-1955, Flensburg 2001, S. 29-30 und Johan Peter Noack, Det sydslesvigske grænsespørgsmål 1945-1947, Band 1 und 2, Flensburg 1991, S. 113-115.
- 8 ADCB P455-36: Vortragsmanuskript wie Anm. 5.
- 9 Noack, 1991, Band 2, S. 276-277.
- 1 ADCB P455-36 und P455-89B.
- 11 ADCB P455-89B: Aufgaben 1945/46 mit dem Titel „Dansk stil“.
- 12 ADCB P455-89B: Aufgabe vom 24.10.1946 mit dem Titel „Nogle linjer i udviklingen efter krigsafslutningen“.
- 13 ADCB P455-89B: Aufgaben 1947/48. Aufgabe mit dem Titel „Om betingelser for at folkestyret kan udvikle sig“ vom 13.3.1948.
- 14 ADCB P455-89B: Aufgaben 1947/48. Aufgabe mit dem Titel „I hvilke forhold bunder fædrelandsfølelsen, og på hvilke måder kan den lægge sig for dagen“ vom 22.1.1948 und Abschlussarbeit, wie Anm. 3.
- 15 ADCB P455-89B: Aufgaben 1947/48. Aufgabe mit dem Titel „I hvilke forhold ...“ wie Anm. 14.
- 16 ADCB P455-89B: Abschlussarbeit, wie Anm. 3.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Klatt, Flygtningene, wie Anm. 7.
- 23 ADCB; P455-89B: Abschlussarbeit, wie Anm. 3.

## Abbildungsnachweise:

Alle Abbildungen stammen aus dem Arkiv ved Dansk Centralbibliotek, Flensburg

Abkürzungen: BDN: Pressemitteilung des Bundes Deutscher Nordschleswiger; B.T: Boulevardausgabe von Berlingske Tidende unter diesem Kürzel; DR: Danmarks Radio; FLA: Flensburg Avis; FT: Flensburger Tageblatt; GFH: Grenzfriedenshefte; JP: Morgenavisen/Jyllandsposten; JV: Jydske Vestkysten; MLSH: Medieninformationen der Landesregierung Schleswig-Holstein; NDR: Norddeutscher Rundfunk; NFI: Pressemitteilung des Nordfriisk Instituut; NOS: Der Nordschleswiger; Pol: Politiken; SHZ: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag; SN: Schleswiger Nachrichten; SSF: Pressemitteilung des Sydslesvigsk Forening.

Redaktionsschluss: 20. Juni 2018

## Deutsch-dänische Beziehungen

### Sonderbeauftragter für grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Nach dem der Ausschuss für deutsch-dänische Zusammenarbeit nach der Regionalwahl nicht wieder eingerichtet wurde, hat die Region Syddanmark den ehemaligen Billunder Bürgermeister, den 70jährigen Venstre-Mann Preben Jensen zum Beauftragten für deutsch-dänische Zusammenarbeit ernannt. In dieser Funktion ist er auch Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Entwicklung (NOS 16.1.).

### Erneutes Treffen der Ministerpräsidenten

Im Rahmen der Jahrestreffen der dänischen Südschleswiger trafen sich Statsminister Lars Løkke Rasmussen und Ministerpräsident Daniel Günther, die dort als Festredner aufgetreten waren. Beide lobten die gute Zusammenarbeit und die Arbeit der Minderheiten. Günther kritisierte allerdings

das Festhalten an den Grenzkontrollen (auch an jenen in Bayern) und kündigte an, dass sich Schleswig-Holstein am „großartigen Fest 2020“ beteiligen werde. Anschließend nahmen beide an der Meisterschaftsfeier der SG Flensburg-Handewitt teil (NOS/FT/FLA 4.6., vgl. GFH 2017, S. 121).

### Beauftragte für deutsch-dänische Zusammenarbeit

Seit November 2014 gibt es in der Flensburger Stadtverwaltung eine Beauftragte für deutsch-dänische Zusammenarbeit. Diese löst vor allem praktische Aufgaben, etwa in der Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen im „Grenzdreieck“, aber auch bei Anfragen aus der Region Syddanmark. Die neue Beauftragte, die 29-jährige Fatma Aygül, die in Flensburg und Sonderburg studiert hat, nennt als größtes Hindernis für bessere Zusammenarbeit die nach wie vor unterschiedlichen Strukturen in beiden Systemen. Dazu zählt nicht zuletzt der auf deutscher Seite schleppende Ausbau der digitalen

Infrastruktur, während die Kommunikation ansonsten hervorragend funktionieren (NOS 2.6.).

### **430.000 Euro für grenzüberschreitende Kulturprojekte**

Der Kulturausschuss Sønderjylland-Schleswig unterstützt aus dem Interreg-Projekt „KursKultur“ zwei größere und acht kleinere grenzüberschreitende Kulturprojekte, namentlich das Kindermusikprojekt „Singen ohne Grenzen“ und „Jugend 2020“, in welchem Jugendliche für das Thema Mitbestimmung und Demokratie sensibilisiert werden sollen und an das viele Aktivitäten geknüpft werden (NOS 1.3.).

### **Stephan Kleinschmidt in Flensburg**

Der Sonderburger Vizebürgermeister Stephan Kleinschmidt (SP) wurde vom Flensburger Stadtrat einstimmig zum hauptamtlichen Dezernenten für Projektkoordination, Dialog und Image gewählt. Der 41-jährige arbeitet damit mit zentralen Entwicklungs- und Selbstverwaltungsaufgaben der Fördestadt, nachdem er zuvor mehrere Jahre Mitarbeiter der schleswig-holsteinischen Staatskanzlei gewesen ist (NOS/FT 14.3.).

## **Deutsche und dänische Politik**

### **EU-Parlament missbilligt mehrheitlich Fortsetzung der Grenzkontrollen**

Eine Mehrheit im Europäischen Parlament sieht eine weitere Verlängerung der von Dänemark einstweilen bis November 2018 festgelegten Grenzkontrollen als nicht mit dem Schengener Abkommen vereinbar. Für die Ausnahmeregelung zeitweiliger fester Kontrollen bei akuter Gefahrenlage bestehe kein Grund mehr, hieß es. Zunächst war der zeitweilig große Flüchtlingsstrom das Hauptargument für die Kontrollen, dann wurde es mit erhöhter Terrorgefahr begründet. Die dänische Regierung sieht jedoch keinen Anlass für die Einstellung der Kontrollen, ebenso wenig wie andere Länder, darunter auch Deutschland (alle, 31.5., vgl. GFH 2017, S. 124).

### **Wildschweinzäun beschlossen**

Mit der Begründung, sich gegen die Ausbreitung der bisher vor allem in Osteuropa verbreiteten Schweinepest schützen zu wollen, haben die Regierungsfractionen, DF und Sozialdemokratie im Folketing beschlossen, entlang der Staatsgrenze einen Zaun zu errichten, der Wildschweine vom Übertritt nach Dänemark abhalten soll. Dies ist einerseits umstritten, weil viele Experten nicht mit einem wesentlichen Effekt rechnen. Zudem ist die Krankheit noch lange nicht in

Deutschland nachgewiesen. Zum anderen werden für deren Verbreitung vor allem Ferntransporte von Schlachttieren verantwortlich gemacht (alle, 4.5.). Weitere Kritik gab es daran, dass der Zaun ein weiteres Stück Symbolpolitik zur Abschottung der Grenze darstellen sollte. In der Tat stellte der DF-Europaabgeordnete Anders Vistisen bereits zu Beginn der Diskussion um den Zaun die Forderung auf, diesen gleich so hoch und stark zu bauen, dass er auch von Menschen nicht ohne weiteres überwunden werden könne (JV 22.3.).

### **Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein**

Bei den Kommunalwahlen am 6. 5. blieb die CDU trotz Verlusten von 3,8% mit 35,1% mit Abstand stärkste Partei im Lande. Die SPD verlor landesweit 6,5% und kam auf 23,3%. Dritstärkste Kraft blieben die Grünen (16,5%, +2,8), gefolgt von der FDP (6,7%, +1,7). Die erstmals angetretene AfD erreichte zwar 5,5%, doch wie bei den letztjährigen Landtagswahlen liegt der Stimmenanteil der Rechtspopulisten in Schleswig-Holstein niedriger als in anderen Bundesländern. In der dritt- und viertgrößten Stadt des Landes, Flensburg und Neumünster, war sie gar nicht erst angetreten. Lokale Wählergruppen kamen landesweit auf 4,5% (-0,3), die Linke stieg auf 3,9% (+1,4). Verluste von 0,6% musste der SSW hinnehmen,

der landesweit auf 2,8% absank und ohnehin nur im nördlichen Landesteil antritt. In Flensburg blieb die CDU mit 19,4% stärkste Partei, doch der Vorsprung auf den auf den vierten Platz zurückgefallenen SSW beträgt nur 1,8%. Zweitstärkste Partei in der Fördestadt (noch vor der SPD) sind nun die Grünen mit 18,8%, während die Liste „Wir in Flensburg“ von 15 auf 8,6% zurückfiel. FDP und Linke stiegen auf 7,7 bzw. 7,5%. In Kiel gab es starke Verluste der beiden Volksparteien, auch die SPD rutschte unter die 30%-Marke, während die Grünen als dritstärkste Kraft über 20% kamen. In Nordfriesland und im Kreis Schleswig-Flensburg blieb die CDU mit leichten Verlusten klar stärkste Partei vor der SPD, die Grünen überholten den SSW als dritstärkste Kraft. Allerdings wurde der SSW mit 27,7% in Harrislee stärkste Kraft (alle, 6./7.5.).

### **Grenzland und Europa**

#### **Grenzland als immaterielles Welterbe?**

Eine gemeinsame Initiative von Bund Deutscher Nordschleswiger und Syd-slesvigsk Forening, die Aufnahme des deutsch-dänischen Grenzlandmodells auf die Liste des immateriellen Welterbes der UNESCO zu beantragen, wird auch von den Fraktionen der in der Landesregierung vertretenen Parteien unterstützt. Hierfür befür-

worteten sie auch den Antrag, das Grenzland als nationales immaterielles Erbe in Deutschland anzuerkennen. In Dänemark ist dies entsprechend bereits geschehen. Die Anerkennung auf nationaler Ebene ist eine Voraussetzung für den Antrag bei der UNESCO (NOS 24.1./7.3./26.3.).

### **Stimmung gegen Abschaffung der Vorbehalte**

Während die meisten dänischen Politiker, darunter auch die drei Regierungsparteien, die seit 1993 gültigen vier dänischen EU-Vorbehalte möglichst bald abschaffen wollen, zeigen aktuelle Umfragen dafür keine Mehrheit in der Bevölkerung. Eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Norstat hat 60% Ablehnung des Beitritts zur Währungsunion ermittelt, doch auch die Vorbehalte gegenüber der Rechts- und Polizeizusammenarbeit, der gemeinsamen Staatsbürgerschaft (dies ist vor allem wegen Grönland und der Färöer ein Problem, da diese nicht zur EU gehören) und einer militärischen Zusammenarbeit werden nach wie vor mehrheitlich begrüßt (NOS 1.6.).

## **Volksgruppen und Minderheiten**

### **„Minority SafePack“ mit genügend Unterstützung**

Mit über 1,2 Mio. Unterschriften und damit deutlich mehr als notwendig hat die europaweite Bürgerinitiative „Minority SafePack“ (GFH 2017, S. 125) ihre erste entscheidende Hürde genommen. Auch in sieben Ländern wurde die erforderliche Mindestzahl an Unterstützern gewonnen, so auch in Dänemark, nicht aber in Deutschland. Nach der Überprüfung der Unterschriften werden diese der EU-Kommission übergeben, die damit zu einer Gesetzesinitiative zum besseren Minderheitenschutz in der Europäischen Union aufgefordert wird (NOS/FLA 5.4.).

### **Bernd Fabritius neuer Minderheitenbeauftragter des Bundes**

Am 11.4. ernannte der neue Bundesinnenminister Horst Seehofer den 52-jährigen Juristen Bernd Fabritius zum Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Der vormalige CSU-Bundestagsabgeordnete löst damit Günter Krings ab, der diese Funktion seit Ende November kurzzeitig in der Nachfolge von Hartmut Koschyk ausgeübt hatte. Der 1984 als 19-jähriger aus Siebenbürgen ausgesiedelte Fabritius ist zudem seit 2014 Präsident des Bundes der Vertriebenen (NOS/FLA, 11.4.).

## **Haus der Minderheiten gescheitert**

Nachdem es innerhalb der dänischen Minderheit zu Unstimmigkeiten zwischen verschiedenen Verbänden über die Einrichtungen eines „Hauses der Minderheiten“ in einem historischen Nachbargebäude des Flensborghus gekommen war, lehnten sowohl Kulturministerin Mette Bock als auch der Südschleswig-Ausschuss des Folketings eine weitere finanzielle Unterstützung des Projekts ab, da man dies von Einigkeit in der Minderheit abhängig machte. Am 17. 5. zog sich der SSF daher endgültig aus dem Projekt zurück. Derzeit ist es offen, inwieweit die FUEV, der eigentliche Träger des künftigen Hauses, und der BDN sowie die Stadt Flensburg und das Bundesland Schleswig-Holstein das Projekt weiterverfolgen werden. (JV, FLA, NOS, SHZ 18.1./18.5.)

## **Katalonien-Konflikt in Schleswig**

Am 25.3. rückte die Region unerwartet in den Mittelpunkt der europäischen Volksgruppenpolitik, als der im Oktober 2017 von der spanischen Zentralregierung abgesetzte Präsident der autonomen Region Katalonien Carles Puigdemont auf der Autobahn A 7 bei Schuby festgenommen wurde. Der Politiker lebte seit seiner Absetzung und der Ausstellung eines Haftbefehls im belgischen Exil. Während eines kurzen Aufenthalts in Finnland wurde der zwischenzeitlich ausgesetzte

internationale Haftbefehl durch die spanische Generalstaatsanwaltschaft erneuert, woraufhin Puigdemont kurz nach Überquerung der dänisch-deutschen Grenze festgenommen und die Justizvollzugsanstalt Neumünster gebracht wurde. Das Oberlandesgericht Schleswig folgte der Argumentation der spanischen Anklagebehörde jedoch nicht und verwarf am 5.4. den Hauptanklagepunkt der Rebellion, welcher in Spanien bis zu 30 Jahre Haft nach sich ziehen kann. Daraufhin wurde der 55-jährige umgehend auf freien Fuß gesetzt. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe durfte der seither in Berlin lebende Puigdemont Deutschland nach wie vor nicht verlassen, der weitere Lauf des Verfahrens bleibt auch nach dem zwischenzeitlichen Regierungswechsel in Spanien unklar. - Slesvigsk Partei und SSW fordern angesichts der Krise EU-weit gesicherte Regeln für regionale Autonomiegebiete, um Konflikte wie diesen zu vermeiden, die letztlich für alle Gebiete mit nationalen Minderheiten Folgen haben können (NOS 11.4.).

## **Freude über zweisprachiges Schild**

An der Nord-Süd-Autobahn wurden in beiden Richtungen kurz vor der jeweiligen Ausfahrt neue touristische Hinweistafeln in Bezug auf das Frösleelager, den Knivsberg und Schloss Brunlund in Apenrade aufgestellt. Neben stilisierten Ansichten zeigen die beiden ersten die Namen auch auf

Deutsch als „Knivsbjerg/Knivsberg“ bzw. „Frøslevlejren/Frøslevlager“ (letzteres eine kuriose Mischform). Die braun-weißen Tafeln sind damit die ersten zweisprachigen Hinweisschilder in Nordschleswig überhaupt, welche die Existenz der deutschen Minderheit verdeutlichen. Vertreter der deutschen Volksgruppe, aber auch der lokalen Wirtschaft wie der Sprecher des dänischen Spediteurverbandes Mogens Therkelsen begrüßten die Aufstellung durch die staatliche Straßenverkehrsbehörde (Vejdirektoratet), nicht zuletzt, weil auf diese Weise die Besonderheit des Landesteils und seines kulturellen Erbes für alle sichtbar gemacht wird. Allerdings ließen auch Gegenstimmen nicht lange auf sich warten: „Ein Eigenname ist nun einmal ein Eigenname, und den kann und darf man nicht übersetzen, und wir wohnen eben in Dänemark“, begründete Apenrades Vizebürgermeister Ejler Schütt (Dansk Folkeparti) u.a. seine Ablehnung. Darauf konterte Lokalredakteur Bjarne Lindquist Bentsen mit einem in JV (14.1.) in beiden Sprachen abgedruckten Kommentar mit dem Titel „Schütts Querelen mit der Minderheit“, in welchem er u.a. darauf hinwies, dass durch die Sichtbarmachung des deutschen Kulturanteils nichts im Landesteil weniger dänische werden würde. In einigen Leserbriefen und Internet-Kommentaren wurde hingegen heftig polemisiert: Beispielsweise behauptete ein Mogens Erik Brockhusen aus Kolding, offenbar in völliger Unkenntnis der Geschichte des Landesteils:

„Die Anwesenheit der deutschen Minderheit in Sønderjylland hat ihren Ursprung in invasiven Geschehnissen in einem Gebiet, das nur dann deutsch war, wenn in selbiges einmarschiert wurde. In einer Zeit, in welcher Entschuldigungen für alles Mögliche ausgesprochen werden, wäre es viel mehr angemessen gewesen, dass wir ein paar Entschuldigungen für das bekämen, was die dänische Bevölkerung in jenen Zeiten durchmachen musste. Es ist ziemlich arrogant, stattdessen mit Forderungen zu kommen. (...) die braunen Schilder signalisieren ohnehin alles andere als nationalen dänischen Designstil.“ (JV 9.-10.1.)

### Stabile Schülerzahlen

Mit fast 1.300 Schülerinnen und Schülern verbucht der Deutsche Schul- und Sprachverein wieder leicht steigende Zahlen an seinen 14 Volksschulen. Hinzu kommen über 180 am Deutschen Gymnasium für Nordschleswig in Apenrade (nur dreijährige Oberstufe) und über 100 an der Deutschen Nachschule in Tingleff, der einzigen deutschsprachigen Schule dieser in Dänemark verbreiteten, in Deutschland unbekanntem Schulart. Trotz der im Vergleich zu Schleswig-Holstein größeren Konkurrenz von privaten und öffentlichen Schulen und trotz fallender Geburtenraten und teilweisem Bevölkerungsrückgang sind die Schulen der deutschen Minderheit gut aufgestellt (NOS 2.5.).

## **Uneinigkeit über Strukturen in der Minderheit**

Die von der SSF-Spitze forcierte, von anderen Verbänden der dänischen Minderheit hingegen mit Skepsis betrachtete Einrichtung eines Hauses der Minderheiten (s.o.) hat die Debatte um eine Reform der Entscheidungsstrukturen erneut angefacht. So schlagen die Vertreter der Jugendverbände (SDU – Sydslesvigs Danske Ungdomsforeninger) Ronny Grünewald und Anders Kring vor, den bisherigen „Samråd“ (Vertretung der verschiedenen Verbände und Institutionen) als oberstes Entscheidungsgremium für gemeinsame Angelegenheiten durch einen frei gewählten Rat zu ersetzen, der seinerseits Arbeitsausschüsse für die einzelnen Verbände und deren Aufgaben bildet (FLA 29.3.). In der Kritik steht auch weiterhin der zu geringe Spielraum für die „Friisk Foriining“ und die friesische Sprache an dänischen Schulen (vgl. GFH 2017, S. 127f.).

## **Neue interaktive friesische Dauerausstellung**

Am Nordfriisk Instituut in Bredstedt wurde eine neue Dauerausstellung unter dem Namen „Nordfriisk Futuur“ eingerichtet. Diese neue Einrichtung soll kein Museum sein, sondern ein friesisches Informations- und Begegnungszentrum. Sie soll Interesse wecken und Kenntnisse über die

faszinierende Geschichte, Kultur und Sprache Nordfrieslands vermitteln. Auch wenn sie die Museen in Nordfriesland ergänzt, in denen die friesische Kultur eher in Bezug auf ihre Vergangenheit und ihre volkskundlichen Besonderheiten dargestellt wird, ist die neue Einrichtung nicht unmittelbar museal konzipiert, sondern versteht sich bewusst als offenes Informations- und Begegnungszentrum (NFI, 5.5.).

## **Wirtschaft und Soziales**

### **Nur wenige neue staatliche Arbeitsplätze**

Zum zweiten Mal wurde beschlossen, einige tausend Arbeitsplätze staatlicher Behörden aus Kopenhagen in andere Landesteile zu verlegen. Nordschleswig profitiert allerdings kaum davon: Lediglich der bereits in der ersten Runde nach Augustenburg verlegte Teil der Umweltbehörde wird um 20 Stellen aufgestockt. Hinzu kommen jeweils ca. 80 Stellen an die Finanzbehörden in Hadersleben und Tondern, die vor einigen Jahren im Zuge der zunehmenden Zentralisierung stark reduziert worden waren. (NOS 18.1.).

### **13.700 Grenzpendler in Dänemark**

Angesichts der Tatsache, dass sich das Beschäftigungsniveau in Dänemark mit 2.732.000 Lohnempfängern auf Rekordniveau befindet, sehen die Unternehmer in Sønderjylland den nach Süden offenen Arbeitsmarkt als wichtigen Standortvorteil an. Der Vorsitzende des regionalen Rates für wirtschaftliche Entwicklung (Udviklingsråd Sønderjylland) Leif Friis Jørgensen, Mitinhaber der Meierei Naturmælk in Brauderup bei Tingleff, betont die Kompetenz der Mitarbeiter von südlich der Grenze und fordert Politik und Verwaltung dazu auf, das Serviceniveau für Grenzpendler (GFH 2017, S. 128f.) hoch zu halten, so dass es für die Mitarbeiter keinen nennenswerten Unterschied mehr mache, ob sie in Deutschland oder Dänemark arbeiteten (NOS 25.4.). In der Gegenrichtung lassen sich allerdings lediglich 653 Grenzpendler ermitteln (NOS 22.3.).

### **Viele Deutsche im öffentlichen Dienst in Dänemark**

Nicht nur in Produktion und Handel, sondern auch im öffentlichen Dienst sind deutsche Grenzpendler in Dänemark unverzichtbar geworden. So tragen aktuell insgesamt etwa 700 von ihnen dazu bei, dass die Region Syddanmark und die hier befindlichen Kommunen ihre Aufgaben lösen können (NOS 11.5.).

### **Abschaffung des regionalen Wachstumsforums**

Die parlamentarische Mehrheit aus den drei bürgerlichen Regierungsparteien und Dansk Folkeparti will zum Jahresende die regionalen Wirtschaftsforen schließen und die Zusammenarbeit in der Wirtschaftsförderung der zentralstaatlichen und der kommunalen Ebene überlassen. Mehrere Kommunen sollen gemeinsame Wachstumsforen betreiben, welche durch eine neue staatliche Behörde namens „Erhvervsfremmestyrelsen“ koordiniert werden sollen. Gewerminister Brian Mikkelsen erhofft sich hiervon mehr Effizienz bei der Beratung von Firmen. Kritik gab es hiergegen nicht nur in den Regionen, sondern auch von der EU, welche die regionale Wirtschaftsförderung allein in Dänemark bisher mit jährlich 350 Mio. Kronen bezuschusst (NOS 19./26.5.).

### **Rekord bei Ferienhausvermietungen**

Nach Jahren der Stagnation ist die Zahl deutscher Urlauber in Dänemark in den vergangenen Jahren wieder deutlich gestiegen. 14,3 Mio. der 19,2 Mio. ermittelten Sommerhausgäste kamen 2017 aus Deutschland. Begründet wird dies u.a. damit, dass Dänemark als sehr sicheres Reiseziel gelte (NOS/JV 11.4.).

## Rückgang im Grenzhandel

2017 kauften dänische Privatpersonen typische Genussmittel wie alkoholische Getränke in Dosen oder Süßwaren im Grenzhandel für ca. 3,5 Mrd. Kronen und damit für eine halbe Milliarde weniger als 2016. Erklärt wird dies durch steigende Preise in Deutschland und Abgabensenkungen auf entsprechende Waren in Dänemark (JV 12.6.).

## Dänische Händler für Sonderwirtschaftszone

Zur Eindämmung des Grenzhandels auf deutscher Seite (GFH 2017, S. 129) schlägt Dansk Supermarked, einer der großen dänischen Handelskonzerne, vor, in einem 2 km breiten Streifen nördlich der Grenze eine Senkung der Mehrwertsteuer und weiterer Abgaben auf typische Grenzhandelswaren vorzunehmen – und zwar so weit, dass die Waren nicht mehr teurer als südlich der Grenze sind. Dies wird von vielen Beobachtern als unrealistisch angesehen, zumal der Internethandel längst eine größere Konkurrenz bildet als der klassische Grenzhandel (JV 2.5.).

## Keine Bewegung beim Dosenpfand

Die Klage der dänischen Handelskammer „Dansk Erhverv“ gegen die Ausnahme von als „Exportware“ deklarierten Getränkedosen von der sonst obligatorischen Pfandpflicht hat bisher keine Reaktion bei den zuständige EU-Gremien ausgelöst. Nach dem Scheitern einer Pfandordnung 2015 sind die Dosen aus dem Grenzhandel nach wie vor pfandfrei und verstärken in Dänemark das Müllproblem (NOS 14.3.).

## Infrastruktur

### Für uneingeschränkte grenzüberschreitende Hilfe

Anlässlich der Halbzeit des Interreg-Projektes „Gefahrenabwehr ohne Grenzen 2.0“ ziehen die Projektpartner in Region, Kommunen und Kreisen des Grenzlandes eine positive Zwischenbilanz. So ist die Zusammenarbeit zwischen den Feuerwehren längst zur Selbstverständlichkeit geworden, wie auch in jüngster Zeit die Kommunikation bei Notrufen grenzüberschreitend optimiert worden ist. Zudem kann nun beiderseits der Grenze dank eines gemeinsamen GPS-Systems eingesehen werden, welcher Rettungswagen sich wo befindet, so dass er schnellstmöglich angefordert werden kann. Ein Problem ist jedoch weiterhin, dass dänische Rettungssanitäter nicht eigenständig

über die Grenze fahren dürfen, weil ihre Berufsausbildung in Schleswig-Holstein nicht als gleichwertig anerkannt wird (NOS 17.5.).

### **Grenzüberschreitender Busverkehr vor Herausforderungen**

Die vom „Grenzdreieck“ Flensburg-Apenrade-Sonderburg geforderte Verbesserung des grenzüberschreitenden Busverkehrs stand auf der Tagesordnung des Ausschusses für regionale Entwicklung der hierfür zuständigen Region Syddanmark. Desse Vorsitzender Søren Rasmussen (DF) steht dem grundsätzlich positiv gegenüber. Er fordert aber zunächst Untersuchungen über die tatsächliche und künftig zu erwartende Nutzerfrequenz. In der Diskussion steht zudem auch das Problem, dass günstige Angebote und Zeitkarten (wie z.B. die „Reisekort“ in Dänemark, durch deren Besitz automatisch der günstigste Fahrpreis mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln abgebucht wird) bisher grenzüberschreitend nicht einsetzbar sind (NOS 24.4.).

### **Kontroverse über weitere Belt-Brücke**

Beim regionalen Wirtschaftsforum auf Schloss Schackenburg bekräftigte Danfoss-Chef Jørgen Mads Clausen die Notwendigkeit einer künftigen Alsen-Fünen-Brücke. Dem erteilte Verkehrsminister Ole Birk Olesen jedoch

eine klare Absage, da er anderswo in Dänemark viel größeren Bedarf nach neuen Verbindungen sehe, namentlich eine zusätzliche Verbindung über den Limfjord, eine weitere Nord-Süd-Autobahn in Jütland bis Hadersleben oder auch eine Brücke von Ostjütland über Samsø nach Seeland als reine Autobahnverbindung (NOS 14.4.).

### **Fehmarnbelt-Querung weiter verzögert**

Das Planfeststellungsverfahren für die Verkehrsbaumaßnahmen im Zuge der festen Fehmarnbelt-Querung kann nicht wie geplant zum Sommer 2018 abgeschlossen werden, sondern erst zum Jahresende. Schleswig-Holsteins Verkehrsminister Bernd Buchholz sieht darin jedoch angesichts der Laufzeit und der Größenordnung des Vorhabens keine ungewöhnliche Verzögerung (NDR, 22.3.).

### **Neue Initiative für grenzüberschreitende Strahlentherapie**

Die Vorsitzende der Region Syddanmark fordert die Abgeordneten im Regionsrat dazu auf, ihr den politischen Auftrag für Neuverhandlungen zu Gunsten einer Wiederaufnahme des jahrelang erfolgreichen Angebots zu erteilen, dass dänische Krebspatienten aus dem Grenzland ihre Strahlentherapie in Flensburg und nicht im viel weiter entfernten Vejle erhalten

können. Dies war 2016 vom Regionsrat aufgekündigt worden. Das Flensburger St. Franziskus-Hospital signalisierte umgehend Bereitschaft zur Wiederaufnahme dieses Angebots zum Wohl der Patienten (NOS 4.4.).

## **Sprache, Bildung und Kultur**

### **7. Deutsch-dänischer Musikschultag in Husum**

Am 9. 6. trafen sich Musikschüler der vier nordschleswigschen Kommunen, der südschleswigschen Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sowie der Stadt Flensburg in Husum, um sieben Stunden lang an verschiedenen Stellen in der Stadt ihr Können zu zeigen, nicht selten auch in gemeinsamen grenzüberschreitenden Projektgruppen. 2019 wird das offene Festival in Hadersleben fortgesetzt, 2020 in Schleswig. (NOS/SHZ, 10.6.)

### **Fremdsprachenunterricht weiter auf Talfahrt**

Lernten vor der dänischen Gymnasialreform von 2005 noch 41% aller Gymnasialschüler in Dänemark neben dem bis zum zweiten Oberstufenjahr obligatorischen Englisch noch zwei weitere Fremdsprachen, ist diese Zahl aktuell auf wenige Dutzend gesunken. Gerade einmal 42 (!) Schüler wählten landesweit im vergangenen Jahr neben Englisch noch

Deutsch und Französisch (das Deutsche Gymnasium für Nordschleswig und Sankt Petri in Kopenhagen als deutsche Muttersprachschulen nicht mitgerechnet). Verschärft wird das Problem noch durch den hohen Altersdurchschnitt bei den Sprachlehrern, deren Nachfolge angesichts der Sparmaßnahmen im Gymnasialbereich oftmals ungesichert ist, und durch die bei der jüngsten Reform erfolgte Anhebung der Mindestschülerzahl für eine Studienrichtung von 7 auf 10. Die dänische Initiativgruppe für Fremdsprachenunterricht fordert – wie auch regelmäßig Vertreter der dänischen Wirtschaft – eine deutliche Verbesserung des Fremdsprachangebots. Ihr Sprecher Christian Foldager nannte den Verfall des Fremdsprachenunterrichts drastisch „die größte Katastrophe im dänischen Unterrichtssystem und Schandmal des politischen Versagens über Jahrzehnte“ (Berlingske 5.6./NOS 6.6.).

### **Wenig Fortschritt beim Nachbarsprachenunterricht**

Bei einer Nachbarsprachenkonferenz der Region Sønderjylland-Schleswig in Tondern berichtete Camilla Hansen, Forscherin am Institut für Minderheitenpädagogik am University College Syd in Hadersleben (vgl. GFH 2017, S. 105ff.), von einer Untersuchung unter Deutschlehrern in Dänemark. Probleme bereitet demnach, dass Deutsch von vielen Schülern als schwierig

empfunden wird, dass viele Schüler Englisch als universelle Sprache betrachten, das Erlernen anderer Sprachen als überflüssig empfinden und dass viele Schüler selbst im Grenzland keinen praktischen oder kulturellen Bezug mehr zur deutschen Sprache haben, wie es Sprachforscherin Karen Aarøe (ebenfalls UC Syd) bei der Untersuchung junger Jahrgänge mit frühem Deutschunterricht festgestellt hat. Umso wichtiger sei es, dass Deutsch in Medien und Politik, aber auch von den Eltern nicht schlecht geredet werden dürfe und dass der in den meisten nordschleswigschen Schulen inzwischen eingeführte frühe Beginn mit dem Sprachunterricht gut genutzt werden müsse. Die Lehrkräfte wünschen sich zudem mehr Fortbildung und mehr deutsche Partnerschulen. Karen Aarøe sieht zudem einen hohen Bedarf der Vernetzung zwischen deutschen und dänischen Schulen beiderseits der Grenze.

In Schleswig-Holstein lernen fast 5.000 Schüler an den Mehrheitsschulen die Nachbarsprache Dänisch – allerdings erst ab der 7. Klasse. Inzwischen gebe es auch kleine Initiativen in 5. und 6. Klassen, berichtete Renate Jacob vom Institut für Qualitätsentwicklung (IQSH) an den Schulen in Schleswig-Holstein. Es gehe unter anderem darum, den beruflichen Aktionsradius der Schüler zu erweitern. Lehrer Stephan Lobsien vom IQSH ergänzte, dass die Dänisch-Projekte in Schleswig-Holstein – unter anderem in den Kindergärten – großar-

tig seien, aber die dänische Sprache werde in den Schulen in Schleswig-Holstein nicht gefestigt (NOS 3.5.).

### **Erfolgreiche Kulturhauptstadt**

Das Jahr als europäische Kulturhauptstadt 2017 war für Aarhus ein voller Erfolg: Die ostjütische Großstadt, die sich bei der Bewerbung seinerzeit knapp gegen Sonderburg durchgesetzt hatte (GFH 2/2012, S. 189 ff), hat für jede investierte Krone fast das Eineinhalbfache an Einnahmen wieder hereinbekommen. Auch die internationale Berichterstattung und die Teilnahme an Großveranstaltung lagen weit über den anvisierten Zahlen. Es bleibt abzuwarten, ob sich Sonderburg in Zusammenarbeit auch mit den Nachbarn südlich der Grenze bei der nächsten Gelegenheit wieder bewerben wird (NOS 25.4.).

### **Fremdsprach-Diplom meist für Muttersprachler**

Am Gymnasium in Tondern wird seit 2010 das Deutsch-Diplom II für Absolventen des Deutsch-Unterrichts auf A-Niveau (Leistungskurs; Ausgangspunkt sind Fremdsprachkenntnisse ab Klasse 7) vergeben. Die Schüler legen eine Zusatzprüfung ab, die als Fremdsprachprüfung für ausländische Studierende an deutschen Hochschulen anerkannt wird. Dieses eigentlich sinnvolle Angebot,

das jüngst von 28 Schülern erfolgreich abgeschlossen worden ist, wird allerdings hauptsächlich von Schülern aus der deutschen Minderheit vor Ort und aus der dänischen Minderheit südlich der Grenze angenommen, die auf diese Weise als deutsche Mutter- oder Zweitsprachler bequem zu einem Fremdsprach-Diplom kommen (JV-Tondern/NOS, 15.5.).

### **Gemeinsames Literaturforum**

Im Zuge des deutsch-dänischen Interreg-Projekts „KursKultur“ kamen fast 100 Schülerinnen und Schüler des Bernstorff-Gymnasiums In Satrup, von Duborg Skolen (Flensburg), vom Deutschen Gymnasium für Nordschleswig (Apenrade) und der Haderslev Katedralskole zum Poetry Slam auf dem Knivsberg zusammen. Die Ergebnisse wurden in öffentlichen Shows vorgetragen, im Herbst wird das Projekt fortgeführt (NOS/JV 18.4.).

### **Hauptstadt bei Kulturförderung deutlich bevorzugt**

Die Organisation „Danmark på vipen“, die sich gegen zu viel Zentralismus in Dänemark einsetzt, hat ermittelt, dass nach wie vor im Vergleich zur Einwohnerzahl überdurchschnittlich viele staatliche Gelder zur Kulturförderung in die Hauptstadt fließen. Beispielsweise erhalte allein Det Kongelige Teater 42% der 1,2 Mrd.

Kronen staatlicher Unterstützung für Theater. Weitere 27% gehen an andere hauptstädtische Bühnen, während die Schauspielhäuser im übrigen Land die restlichen 31% unter sich aufteilen müssen. Kritisiert wird, dass das als „Flaggschiff“ besonders geförderte Königliche Theater seiner Verpflichtung als Landestheater nicht genügend nachkomme, wenn nur ein Sechstel aller Aufführungen auf Tourneen durch das übrige Land gebracht werden (NOS 1.6.).

## **Geschichte und Erinnerungsorte**

### **Neues Online-Portal zu 2020**

Das Portal [www.genforeningen2020.dk](http://www.genforeningen2020.dk) ist im Internet abrufbar. Dort wird über alle Aktivitäten im Zuge der Feierlichkeiten zu 100 Jahren Grenzziehung informiert (NOS/JV18.6.). Nachdem Projektkoordinator Simon Faber kritisiert hatte, dass auf deutscher Seite noch nicht viel Aktivität hierzu zu vernehmen sei, forderte der Kommunikationschef der Stadt Flensburg Clemens Teschendorf zu mehr Entgegenkommen von dänischer Seite auf, in erster Linie um zu feiern, was man bis heute aus dieser Grenze gemacht habe (NOS/FT 7.4.).

## Lichterfest mit deutschem Botschafter

Mit Andreas Meitzner nahm erstmals ein deutscher Botschafter am Haderslebener Lichterfest teil, mit welchem alljährlich dem Ende der deutschen Besatzungsherrschaft gedacht wird. Der Diplomat wertete dies als große Geste, die nicht selbstverständlich sei, und lobte das heute gute deutsch-dänische Verhältnis. Vertreter der deutschen Minderheit sind schon seit einigen Jahren als Teilnehmer anwesend (NOS 5.5).

## Gemeinsam der Gefallenen gedacht

Unter Beteiligung deutscher und dänischer Soldaten wurde der Toten der Schlacht von Düppel 1864 gedacht. Der Schleswiger Kreispräsident Ulrich Brüggemeier, die Flensburger Stadtpräsidentin Swetlana Kretzschmar und der Sonderburger Bürgermeister Erik Lauritzen legten gemeinsam die Kränze ihrer Gebietskörperschaften nieder. Festredner Claus Klaris, Oberstleutnant bei Hjemmeværnet, betonte, dass dieser Festakt an Gemeinsamkeiten und nicht an Unterschiede erinnern sollte. Auch die Gedenkfeier in der „Freiheitshalle“ und der Gottesdienst wurden gemeinsam gestaltet (JV/NOS, 19.4.).

**Schleswig-holsteinische  
Persönlichkeiten der letzten  
1200 Jahre**

**Detlev Kraack:**  
**Begegnungen**  
**Schleswig-holsteinische**  
**Geschichte in Lebensbildern**  
**Kiel, Hamburg: Wachholtz Verlag/  
Murrmann Publishers 2016.**  
**288 S., reich ill.**

Anhand von rund 130 Portraits von wirkungsreichen Menschen zeichnet der Historiker Detlev Kraack die Geschichte Schlesiwijs und Holsteins vom Jahre 800 bis in die 1980er Jahre nach. Der Titel „Begegnungen“ verweist darauf, dass alle Portraitierten einen Bezug zur Region hatten und wir heute noch Zeugnisse und Spuren von ihnen in Schleswig-Holstein finden können, sei es als Abbildung auf einem Kirchenfenster, wie bei Heinrich dem Löwen, als Holzskulptur wie bei Bischof Vizelin, auf einer Grabplatte wie beim Dithmarscher Peter Swyn, auf gemalten Portraits wie bei Adam Olearius, durch erhaltene Landkarten wie bei Johannes Mejer oder anhand von fachspezifischen oder literarischen Texten wie bei Theodor Mommsen und Thomas Mann. Das Buch widmet sich mit je einer Doppelseite, die aus einem Text sowie Abbildungen besteht, einer Persönlichkeit. Die Personengalerie erstreckt sich dabei von dänischen

König/innen wie Margarethe I. und Christian IV. über reformatorische Theologen Johannes Bugenhagen und Hermann Tast bis hin zu Politikern wie Uwe Barschel und Willy Brandt. Auch viele der Allgemeinheit weniger bekannte Namen sind vertreten. Es werden auch Künstler/innen und Intellektuelle, Widerstandskämpfer und Militärangehörige sowie zahlreiche Adlige mit Kurzbiogrammen in lebenschronologischer Reihenfolge aufgeführt.

Ziel dieses anregenden Buches ist, Lesende auf eine Entdeckungsreise einzuladen, Geschichte lebendig zu vermitteln, die Bedeutung der einzelnen Portraitierten auf die Gegenwart zu ergründen und die Individuen gleichzeitig in ihrem historischen Kontext darzustellen. Das Buch bietet keine zusammenhängende Darstellung der Landesgeschichte, sondern jeweils nur kurze Einblicke in für sich allein stehende Personengeschichten und daher Ideen und Orientierung für die Lektüreauswahl von ausführlicheren Biografien. Im Anhang findet man dazu ein Quellen- und Literaturverzeichnis. Literaturempfehlungen zu den Portraits wären allerdings ein hilfreiches Tüpfelchen auf dem i gewesen.

*Levke Bittlinger*

## **Das Adelshaus der Oldenburger in der dänischen Hauptstadt**

Dieter Meiners:

**Über 400 Jahre Oldenburger  
Könige auf dem Kopenhagener  
Thron**

**Das ehemals nordeuropäische  
Riesenreich der Oldenburger  
Oldenburg: Isensee Verlag 2015.  
106 S., ill.**

Noch heute gibt es Spuren des Adelshauses der Oldenburger in Dänemark: das Königswappen sowie die Farben der ehemaligen dänischen Post. Wie es dazu kam, dass ein Oldenburger 1448 auf den dänischen Thron gewählt wurde und welche Rolle die Vorgeschichte spielte, schildert dieses Buch. Die Oldenburger Dynastie währte rund 400 Jahre und prägte das dänische Königreich entscheidend. Diese Könige deutscher Herkunft waren lange eng mit dem deutschen Herrschaftsgebiet durch Personalunionen und strategische Vermählungen verbunden. Meiners, studierter Volkswirt, beschreibt in verständlicher und übersichtlich aufbereiteter, aber auch stark vereinfachter Form, welche ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklungen in den Regierungszeiten einzelner Könige zu beobachten waren.

Das Buch gliedert sich in a) die Vorgeschichte der Oldenburger, b) die individuellen Könige auf dem dänischen Thron in chronologischer Reihenfolge, c) die oldenburgisch-dänischen

Wechselbeziehungen sowie d) einem Fazit der 400-jährigen Herrschaft. Immer wieder gibt es Bezüge zu den Herzogtümern Schleswig und Holstein, z. B. auf den Vertrag von Rippen 1460 und auf die Schlacht von Hemmingstedt 1500, die allerdings als solche nicht namentlich benannt wird. Diverse Ungenauigkeiten, das häufige Weglassen von Jahreszahlen sowie völlig fehlende Quellenbelege im Text sind wahrscheinlich dem Anspruch geschuldet, hochkomplizierte Inhalte zu vereinfachen, damit sie für die Allgemeinheit lesbarer werden. Das schmälert leider den Wert des Buches, das daher vor allem für Laien und nicht für Fachleute geeignet ist.

*Levke Bittlinger*

## **Die Reformation und ihre Auswirkungen in Dänemark**

Niels Henrik Gregersen,  
Carsten Bach-Nielsen (Hg.):  
**Reformationen i dansk kirke og  
kultur I-III**  
Odense: Syddansk Universitets-  
forlag, 2017. 1518 S., reich ill.

Das 500. Reformationsjubiläum wurde letztes Jahr nicht nur in Deutschland, sondern auch in Dänemark ausführlich gefeiert, obwohl die Reformation ein bisschen später nach Dänemark gelangte, als sie sich 1517 in Wittenberg einfand. Das Jubiläum wurde mit vielen Neuerscheinungen markiert, u. a. diesen drei Bänden

unter dem Titel Reformation in der dänischen Kirche und Kultur. Die Bände zeigen, dass die dänische Forschung weit vorangeschritten ist, etwa darüber, wie die Reformation in Dänemark ankam und wie die Reformation seitdem die dänische Kirche und die dänische Gesellschaft geprägt hat. Obwohl die Publikation von einem akademischen Verlag publiziert worden ist und die meisten Autor/innen der Beiträge aus dem universitären Kontext stammen, ist der Stil durchweg sehr angenehm und leserfreundlich. Die drei Bände sind zudem durchweg schön illustriert, und machen schon auf den ersten Blick einen guten Eindruck. Sie beschäftigen sich jeweils mit einer Epoche der dänischen Geschichte und behandeln die Jahre 1517-1700, 1700-1914 und 1914-2017. In jedem Band werden dieselben zehn Themen durchgespielt, wie z. B. Staat und Gesellschaft, Alltagsleben, Schule und Kunst. Es werden also nicht nur die theologischen und politischen Effekte der Reformation untersucht, sondern auch die weiteren gesellschaftlichen und kulturellen Nachwirkungen. Im Anschluss an Impulse aus Deutschland verfolgen auch dänische Forscher/innen die weiteren Auswirkungen der Reformation und untersuchen die Konfessionskultur. Im ersten Band wird bereits deutlich, dass sich eine lutherische Einheitskultur mit sozialer und religiöser Kontrolle entwickelte. Band I und II zeigen weiter auf, welche Rolle das lutherische Erbe in der Gestaltung der dä-

nischen Gesellschaft spielte, sowohl unter dem Absolutismus als auch bei der Entstehung der Demokratie. Es ist sehr nachvollziehbar, eine solche Auswirkung der Reformation aufzuzeigen. Man hätte in den Bänden allerdings noch mehr theoretisch fragen können, was genau „Kultur“ heißt und wie man Wechselwirkungen zwischen „Kultur“ und „Luthertum“ nachweisen kann.

Für die norddeutschen und südjütländischen Leser/innen ist der erste Band zudem lokalhistorisch interessant. Als Hermann Tast ab 1522 in Husum predigte, war es überhaupt das erste Mal, dass im dänischen Reich evangelisch gepredigt wurde. Zudem konnte der damalige Herzog Christian schon im Jahr 1528 die Reformation in Hadersleben einführen, acht Jahre bevor König Christian III. die Reformation im weiteren Reich endgültig einführte. Dass sich die Reformation auch schnell in Bildern ausdrückte, zeigt Carsten Bach-Nielsen in dem Kapitel „Reformationsbilder 1517-1700“, z. B. anhand einer Wandmalerei aus der Kirche in Brøns, Südjütland.

Die systematische und chronologische Vorgehensweise des Werkes wird am Ende des dritten Bandes von einer Reihe Essays abgelöst, die Überlegungen zur heutigen Bedeutung der Reformation enthalten. Damit wird zwar mit dem Stil der vorausgehenden historischen Beiträge gebrochen, doch stört dies nicht den guten Gesamteindruck.

*Maria Munkholt Christensen*

## Biografie eines wiederentdeckten nordfriesischen Revolutionärs

**Peter Mathews:**

**Harro Harring. Rebell der Freiheit  
Die Geschichte des Dichters, Malers  
und Revolutionärs 1798–1870  
Berlin u.a.: Europa Verlag 2017.  
448 S., ill.**

Harro Harring aus Wobbenbüll bei Husum wurde auf einem abenteuerlichen Weg zu einem weltweit umherziehenden und für Zeitgenossen berühmten, verehrten und gefürchteten Vormärz-Rebellen, Europafür- und Freiheitskämpfer. Er war ein höchst produktiver Literat, Maler und Künstler im 19. Jahrhundert und hatte persönlichen Kontakt zu u. a. Heinrich Heine, Johann Christian Dahl, Caspar David Friedrich und dem dänischen König Christian VIII. Gleichzeitig war Harring politischer Revolutionär, Beteiligter am Hambacher Fest und ständig auf der Flucht. Seine zahlreichen Werke wurden zensiert, verdrängt, verboten und dadurch für die Nachwelt fast vergessen. Er bezog Stellung zur Schleswig-Holstein-Frage und geriet bei einem Heimatbesuch in Bredstedt zwischen die politischen Fronten, als er 1848 versuchte einen nordfriesischen Freistaat auszurufen. Harring schrieb auf Deutsch, wurde zugleich aber auch als Däne wahrgenommen und bezeichnete sich als Friese. Er war Widersacher Karl Marx', hielt sich auf der Flucht und als Aufrührer nicht nur im deutsch-

sprachigen Raum auf, sondern auch in Dänemark, Italien, Griechenland, Frankreich, Polen, Russland, Großbritannien, Belgien, Helgoland, Brasilien, den USA, Norwegen und Jersey. Über alle diese Stationen berichtet diese romanartige, lesenswerte Biografie von Mathews. Sie ist mitreißend und spannend geschrieben und bietet tiefe Einblicke in das unglaubliche, un stetige Leben des wiederentdeckten Nordfriesen. Der Autor problematisiert zudem die schwierige Forschungslage zu Harring, liefert bibliografische Hinweise zur Vertiefung sowie ein nützliches Personenregister.

*Levke Bittlinger*

## Geschichte des roten Felsens

**Jan Rüger:**

**Helgoland: Deutschland, England  
und ein Felsen in der Nordsee  
Berlin: Propyläen/Ullstein 2017.  
519 S., ill.**

**Übersetzt aus dem Englischen von  
Karl Heinz Sieber  
und**

**Eckhard Wallmann:**

**Helgoland**

**Eine deutsche Kulturgeschichte  
[Hamburg:] Koehler/Maximilian  
Verlag 2017. 672 S., zahlr. ill.**

Das erste Buch mit dem Originaltitel „Heligoland. Britain, Germany, and the Struggle for the North Sea“ erschien 2017 als Fachbuch bei Oxford University Press und stellt die

Geschichte Helgolands vom Anfang des 19. Jahrhunderts, als der Felsen unter englische Herrschaft kam, bis zur Rückkehr der Helgoländer auf ihre Insel 1954 dar.

Die Analyse der deutsch-englischen Beziehungen wird anhand einer Mikrohistorie erzählerisch ansprechend dargeboten und der Spannungsbogen zwischen dem europäischen Festland und dem britischen Empire stets geschlagen. Dabei wird die bis 1807 dänische Geschichte der Insel und der dänische Machteinfluss in der Nordseeregion sowie die Bedeutung der Zugehörigkeit Schlesiens und Holsteins für den roten Felsen nicht ausgespart. Helgoland als Ort der Imagination, als Sehnsuchtsinsel für Dichter und Künstler, als Schmutzgeleldorado und Spionagezentrum während der napoleonischen Kriege, als englische Kolonie, als Legionärsrekrutierungspunkt, als politischer Außenposten, strategischer Marinestützpunkt, als juristisches Babylon, Schauplatz von Seeschlachten, Steueroase, Fischerort, Ruheiland und spektakulärem Seebad wird in diesem sehr lesenswerten Text entschlüsselt. Es wird nicht nur Geschichte geschrieben, sondern auch Geschichten von Rebellen und Exilanten, Gouverneuren, Adligen, Kapitänen, Kaufleuten, Offizieren und zwei Weltkriegen erzählt. Beispielsweise träumten Heinrich Heine, Harro Harring und August Heinrich Hoffmann von Fallersleben auf dem von 1807 bis 1890 britischem Helgoland

von einem vereinten Deutschland und bürgerlichen Freiheitsrechten.

Ein sehr ausführlicher, 135 Seiten langer Anhang mit Endnoten, Quellen- und Bildnachweisen, Literaturverzeichnis und Register macht dieses sehr empfehlenswerte Fachbuch unerlässlich für Wissenschaftler/innen. Das Buch orientiert sich am britisch-amerikanischen Wissenschaftsschreibstil, welcher narrativer und essayistischer ist als viele Fachtexte aus Deutschland. Dadurch wird die Textverständlichkeit auch für das allgemeine Publikum erhöht. Wer sich für deutsch-britische Beziehungen oder Helgoland interessiert, sollte dieses Buch unbedingt lesen.

Das zweite, im gleichen Jahr erschienene Buch über Helgoland hat einen gänzlich anderen Charakter als Rügers Werk. Der ehemalige Inseltheologe Wallmann hat sich durch unendlich viele Quellen gearbeitet und ein eher enzyklopädisches Buch veröffentlicht. Inhaltlich reicht es von der ersten Erwähnung Helgolands in Literaturquellen des 8. Jahrhunderts durch Alkuin, der Helgoland im Grenzgebiet zwischen Friesen und Dänen sah, über die erste Festung, gebaut vom dänischen König Waldemar IV, und die napoleonische Zeit sowie den ersten und zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart. In diesem Werk gibt es keinen zusammenhängenden, narrativen Text mit Einleitung, Überleitungen oder Fazit. Analysen, Zusammenhänge und Kontextualisierungen fehlen überwiegend. Stattdessen lie-

fert der Autor ein Nachschlagewerk zu Aussagen über Helgoland von u. a. Literaten, Wissenschaftler/innen, öffentlichen Persönlichkeiten, Künstler/innen und weiteren Besucher/innen. Die Aneinanderreihung vieler, teils seitenlanger Quellenzitate aus Briefen, Liedern und Gedichten dient Helgolandforschenden, die wissen wollen, was beispielsweise Georg Christoph Lichtenberg und Theodor Fontane über den Felsen geschrieben haben. Wer das Buch von vorne bis hinten lesen will, muss sich allerdings auf eine Tour de Force einstellen. Belohnt wird man mit unzähligen Reproduktionen von Helgolandmalereien, -zeichnungen, und -fotos sowie kartografischen Abbildungen.

Leider sind die Quellenangaben ausschließlich in den Fußnoten und nicht im Literaturverzeichnis aufgeführt. Irritierend ist die Tatsache, dass sich im bedauerlicherweise recht kurzen Register illustrierende Abbildungen befinden. Wer einzelne Details über die Wahrnehmung Helgolands sucht oder gezielt etwas nachschlagen möchte, wird vielleicht bei diesem monumentalen Werk fündig. Wer dagegen eine zusammenhängende, gut lesbare Geschichtsschreibung zum Felsen sucht, sollte unbedingt zu Rügers Veröffentlichung greifen.

*Levke Bittlinger*

## Die Marine und ihre Bedeutung für Kiel

Oliver Auge, Doris Tillmann (Hrsg.)  
Kiel und die Marine 1865-2015  
150 Jahre gemeinsame Geschichte  
Kiel: Verlag Ludwig 2017. 191 S., ill.

Der vorliegende Tagungsband enthält Vorträge einer internationalen, interdisziplinären Tagung, die 2015 anlässlich des 150. Jubiläums der Marinestationierung in Kiel stattfand. Die einzelnen Beiträge beleuchten verschiedene Aspekte der Marineansiedelung und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Stadt Kiel in struktureller, sozialer, wirtschaftlicher und architektonischer Hinsicht.

Der Deutsch-Dänische Krieg von 1864 trug dazu bei, dass ein Jahr später die preußische Marinestation von Danzig nach Kiel verlegt wurde und seither das Stadtgeschehen maßgeblich beeinflusste. Die Marine bescherte Kiel innerhalb von rund 50 Jahren einen außerordentlichen strukturellen und wirtschaftlichen Aufstieg zur Großstadt mit einer Verzwölfachung der Einwohnerzahlen bis zum Ersten Weltkrieg. Schattenseiten zeigten sich im Zuge der Weltkriege, die sich durch die Marinestationierung auch auf die Stadt und ihre Zivilbevölkerung auswirkten. Unmittelbare Kriegsbedrohung, umfangreiche Zerstörungen durch Luftangriffe und der teilweise, beziehungsweise komplette Verlust des wichtigsten Arbeitgebers nach Kriegsende prägten die Geschichte Kiels.

In den Beiträgen wird zudem der Blick auf die teils zeitgleiche Entwicklung von Seestreitkräften auf internationaler Ebene wie Wilhelmshaven, Plymouth für Großbritannien, Norfolk für die USA, Sewastopol für Russland und Pola für Österreich-Ungarn beziehungsweise Italien gerichtet, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur Entwicklung in Kiel verdeutlicht. Ein empfehlenswertes Buch, das sowohl einen bisher nicht umfassend untersuchten Aspekt der Geschichte Kiels thematisiert, sondern sich auch an Interessierte internationaler Mariengeschichtsschreibung wendet.

*Ruth Clausen*

### **Biografie eines dänisch gesinnten Journalisten und Politikers**

**Klaus Tolstrup Petersen  
Gustav Johannsen - og  
modernisering af danskheden i  
Sønderjylland  
University of Southern Denmark  
Studies in History and Social  
Sciences, vol. 541.  
Odense: Syddansk Universitets-  
forlag 2017. 236 Seiten, ill.**

Wie schon im Titel angedeutet, handelt es sich in diesem Buch nicht um eine umfassende Biografie über Gustav Johannsen, sondern es werden vor allem Johannsens letzte 20 Lebensjahre beleuchtet. Klaus Tolstrup Petersen geht dabei zugleich der Frage nach, ob Johannsen ein konserva-

tiver und reaktionärer Politiker war, der in den 1890er Jahren an Bedeutung verlor, oder ob er zur Erneuerung des Dänentums in Nordschleswig beigetragen hat. Die dänische Niederlage im Jahr 1864 führte unter anderem zu einer Abtretung Schleswigs und damit auch zur Konsolidierung der dänischen Minderheit südlich der Königsau-Grenze, die für eine Rückkehr nach Dänemark kämpfte. Mit seiner volksnahen Wesensart und seinem erheblichen rhetorischen Geschick war Johannsen ein Bannerträger für einen kooperationsbereiteren Zugang zur Reichsregierung in Berlin. Die außerordentliche Rivalität zwischen ihm und dem Redakteur von Flensburg Avis, Jens Jessen, ist ein wiederkehrendes Thema, das die in der dänischen Minderheit geführte innerparteiliche Auseinandersetzung illustriert. Beziehungen zum politischen Leben in Dänemark wurden über den Schwiegersohn Johan Ottosen geknüpft, und durch ihn erhielt Johannsen Kontakt zu mehreren hervortretenden Mitgliedern der Partei „Venstre“. Das Verhältnis zwischen Gustav Johannsen und H. P. Hanssen wird oftmals als reibungslos beschrieben. In dieser Publikation zeichnet Klaus Tolstrup Petersen jedoch ein differenziertes Bild ihrer Zusammenarbeit, das vor allem in den letzten Lebensjahren problematischer war als bisher angenommen. Nuanciert ist auch die Darstellung der Privatperson Johannsen, der als wenig erfolgreicher, von Geldproblemen

bedrängter Redakteur mit Hang zum Alkohol geschildert wird. In Bezug auf Uneinigheiten über die dänische Politik ist die Darstellung ebenfalls sehr differenziert. Mit dieser informativen Publikation, die besonders denjenigen empfohlen wird, die Interesse an einer politischen Geschichte Nord-schleswigs haben, wird das Thema erschöpfend und in wohlformulierter Weise behandelt.

*Nicolai Flyman*

*Übersetzung: Ruth Clausen*

### **Landesgeschichte aus zwei nationalen Perspektiven**

Michael Bregnsbo,  
Kurt Villads Jensen (Hg.):  
Schleswig Holstein [sic!] –  
contested region(s) through history  
Odense: University Press of  
Southern Denmark 2016. 339 S., ill.

Schleswig und Holstein sind seit über tausend Jahren umkämpfte Regionen, so der Ausgangspunkt dieses internationalen, interdisziplinären Konferenzsammelbandes (Odense 2012), der sich mit der Erforschung von kulturellen und wirtschaftlichen, grenzüberschreitenden, regionalen Kooperationen sowie Rechten und Pflichten von sprachlichen Minderheiten beschäftigt. Der Titel des Bandes kommt bewusst ohne Bindestrich zwischen den beiden alten Herzogtümern aus, da es hier nicht primär um das heutige Bundesland geht, sondern um

zwei nicht immer klar abgrenzbare Regionen. Ein Schwerpunkt des Buches ist die kritische Auseinandersetzung mit deutscher und dänischer Wissenschaftsgeschichte und ihren politischen Ansprüchen bis heute. Im Kontrast zu nationalisierten Forschungsansätzen schlägt Bo Frandsen hier eine Sichtweise vor, die nicht von einer Grenzregion ausgeht, sondern Schleswig als Übergangsregion mit einem Kontinuum wechselnder Identitäten ansieht.

Dem Band liegt ein prozessualer und konstruktivistischer Raum-begriff zugrunde, der ein statisches, klar abgrenzbares Raumverständnis ablösen soll. Ziel ist es, neue wissenschaftliche Konzepte zu entwickeln. Dafür werden deutsche sowie dänische Forschungsperspektiven miteinander verbunden, um nationale Vorurteile zu vermeiden. Die Aufsätze von Adriansen und Steigerwald entschleiern z. B. die Instrumentalisierung der wissenschaftlichen Disziplinen Archäologie und Altertums-kunde, Linguistik, Geschichte und Ethnografie für national-politische Zwecke im 19. und 20. Jahrhundert. Zur Betonung des Nationalen wurden im alten Herzogtum Schleswig sowie in Holstein zahlreiche Rekurse in die Vergangenheit gemacht. Dabei wurden historische Artefakte wie Runensteine nationalistisch gedeutet und diese Interpretation populärwissenschaftlich verbreitet. Sprachliche Zeugnisse und deren Ursprungs- sowie Zugehörigkeitsmythen wurden

zur räumlichen und kulturellen Sicherung von national-politischen Interessen verwendet. Der für Fachleute sowie interessierte Laien sehr empfehlenswerte Sammelband dekonstruiert Geschichtsmymthen und liefert wichtige Perspektiven auf Fach- und Landesgeschichte(n).

*Levke Bittlinger*

### **Soldaten aus der Region im Ersten Weltkrieg**

**Martin Bo Nørregaard,  
René Rasmussen**  
**Den sorte dag ved Moulin-sous-Touvent**

**Aabenraa: Historisk Samfund for Sønderjylland, 2017. 69 S.,  
durchgehend meist sw. ill.**

2018 jährt sich das Ende des Ersten Weltkriegs zum 100. Mal. Auch wenn unsere Region weit von den Fronten des über vier Jahre andauernden Stellungs- und Abnutzungskrieges entfernt lag, künden nicht zuletzt die Denkmäler auf nahezu jedem Friedhof davon, dass auch tausende Männer von hier damals den Tod fanden. Zu den grausamsten Kapiteln der Geschichte der aus dem früheren Herzogtum Schleswig stammenden Soldaten, die vornehmlich dem Füsillier-Regiment Nr. 86 „Königin“ in Flensburg angehörten, zählte die Schlacht um Moulin-sous-Touvent in der nordfranzösischen Picardie im Juni 1915. Hier kamen neben tausenden

den anderen Soldaten dutzende junge Männer aus unserer Region ums Leben, über 100 allein bei einem französischen Gegenangriff am 6. Juni. Trotz der recht schwierigen Quellenlage ist es den Verfassern gut gelungen, ein Gesamtbild des Verlaufs der Schlacht, ihrer Ursachen und ihrer Folgen sowie der Lebensumstände der Soldaten zu geben. Mit Hilfe verschiedener Textquellen und erstaunlich zahlreicher Bildquellen gelingt es, vielen der dänisch gesinnten nordschleswigschen Kriegssopfer ein Gesicht zu geben. Dadurch wird die menschliche Tragödie des Ersten Weltkriegs umso greifbarer. Das kleine Buch, das zudem mit vielen Grafiken und Karten sehr leserfreundlich ausgestattet ist, ist ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der menschlichen Folgen der Katastrophe des Ersten Weltkriegs auch in unserer nicht direkt von Kriegshandlungen betroffenen Region.

*Gerret Liebing Schlaber*

### **Kalter Krieg in der Region**

**Aaron Jessen, Elmar Moldenhauer,  
Karsten Biermann (Hrsg.)**  
**Grenzen überwinden  
Schleswig-Holstein, Dänemark  
und die DDR**  
**Husum: Husum Druck- und Verlagshaus 2016. 368 S.,  
zahlreich ill.**

Je länger der Kalte Krieg zurück liegt, desto mehr findet er auch Eingang in die regionalgeschichtliche Forschung,

lagen Dänemark und Schleswig-Holstein geografisch doch nahe am Eisernen Vorhang. Der vorliegende Band ist der Abschluss eines größeren deutsch-dänischen Projektes zu verschiedenen Aspekten des Verhältnisses zwischen Ost und West an der westlichen Ostsee. Dabei bildet das Buch keinen rein wissenschaftlich-historischen Sammelband. Fast alle der 15 Aufsätze werden mit weiterführenden Literaturangaben und einer „Handreichung“ ergänzt. Letztere sind recht verschieden gestaltet, sie enthalten für das Thema relevante Quellen und Tipps und mögliche Fragestellungen für den Umgang mit dem jeweiligen Thema im Unterricht.

Die meist 15 bis 25 Seiten umfassenden Aufsätze bieten nicht nur wichtige Einblicke in die Geschichte des Kalten Krieges vor Ort. Drei von diesen thematisieren den Umgang mit der Geschichte des Kalten Krieges bis heute. In vier weiteren Beiträgen geht es schwerpunktmäßig um strategische Überlegungen; der westliche Ostseeraum wäre im Ernstfall vermutlich einer der ersten Kriegsschauplätze geworden. Andere lesenswerte Artikel behandeln die Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit in Dänemark und Schleswig-Holstein, die Konkurrenz beider deutscher Staaten um die Gunst der skandinavischen Länder, die Flucht aus der DDR über die Ostsee nach Dänemark und nicht zuletzt das manchmal etwas verklärte dänische DDR-Bild, in dem manchen Zeitgenossen der kleinere

deutsche Staat durchaus sympathischer war als die verbündete Bundesrepublik. Zu den Aufsätzen gesellt sich die Neuerscheinung eines den Leser/innen der Grenzfriedenshefte bereits bekannten Beitrags, nämlich jenes von Helmut Müller-Enbergs und Thomas Wegener Friis über jene gefälschten „Stasi-Dokumente“, welche Ende 2007 kurzzeitig Aufsehen im Grenzland erregt hatten (GFH 1/2008, S. 21ff.). Nicht nur diese Geschichte illustriert, wie sensibel die Thematik des Kalten Krieges mit ihren vielen menschlichen Wirrungen noch heute ist. Auch wenn die Themen teilweise recht speziell sind, wäre es sehr zu wünschen, wenn viele Teile dieses interessanten und gut gestalteten Bandes im Unterricht auf verschiedenen Ebenen Verwendung finden. Doch auch für den/die private/n Leser/in bietet das Buch viel Erhellendes.

Gerret Liebing Schlaber

### Arbeitsheft Grenzgeschichte

Birgitte Boelt,

Angela Jensen (Red.)

Wo verläuft die Grenze? -

Hvor går grænsen?

Hrsg. v. KursKultur (Region

Sønderjylland-Schleswig), UC Syd,

Danevirke Museum & Historiecenter Dybbøl Banke

Flensburg 2018, 44 S.,

durchgehend farbig ill.

(Themenheft Kulturakademie/

Temahæfte Kulturakademi 1)

Mit dem vorliegenden Heft – Resultat eines aus dem EU-Interreg-Programm geförderten grenzüberschreitenden Projektes – soll ein wesentlicher Aspekt der Geschichte des schleswigschen Grenzlandes für den Schulunterricht ab Klasse 7 leichter zugänglich gemacht werden. Dabei ist ausdrücklich (aber nicht zwingend) vorgesehen, dass hier möglichst Klassen von beiderseits der Grenze zusammenarbeiten und dabei die beiden beteiligten Geschichtsinstitutionen – das Danevirke Museum und das „Geschichtscenter“ auf den Düppeler Höhen – besuchen. Es ist grundsätzlich sehr zu begrüßen, dass die komplizierte Geschichte unserer Region auf diese Weise in den Schulunterricht integriert werden soll und dabei authentische Lernorte grenzüberschreitend mit einbezogen werden – zumal den Autoren von den beteiligten Einrichtungen auch ein schlüssiges Konzept gelungen ist. Umso ärgerlicher sind jedoch manche Ungenauigkeiten in der notwendigerweise knappen Geschichtsdarstellung, v. a. auf S. 11. Die Fragwürdigkeit des Konzepts des erwähnten „Geschichtscenters“ sei an dieser Stelle nicht diskutiert. Auch die Aussage in der Einführung (S. 7), dass die Staatsgrenze von 1920 „den friedlichen Schlussstrich eines über viele Jahrhunderte dauernden Konflikts über die Trennlinie zwischen Deutsch und Dänisch“ darstelle, kann so nicht stehen bleiben. Dennoch bietet das Heft viele gute Ansätze dafür, wie man wesentliche

Aspekte der regionalen Geschichte ohne einen allzu großen Zeitaufwand in den Unterricht auch in jüngeren Jahrgangsstufen einbeziehen kann.

Gerret Liebing Schlaber

## Architektur in Flensburg

Eiko Wenzel, Henrik Gram (Red.)

Zeitzeichen

Architektur in Flensburg

Hrsg. v. d. Stadt Flensburg,

Architekten- und Ingenieurkammer

Schleswig-Holstein, Landesamt für

Denkmalpflege und Flensburger

Baukultur e.V.

Handewitt: Verlagshaus Leupelt

2016, 172 S., durchgehend farbig ill.

Architektur prägt wie keine andere menschliche Ausdrucksform das Bild einer Region. Umso erfreulicher ist es, dass nun ein kompakter Architekturführer über alle in die Denkmalliste der Stadt Flensburg eingetragenen Bauten und Ensembles erschienen ist. In kurzen, informativen und ansprechend bebilderten Artikeln werden dem Leser/der Leserin Bauwerke vom Mittelalter bis in die jüngste Zeit vorgestellt. Dabei wird man fachkundig sowohl über regionale Besonderheiten wie auch Einflüsse aus Nord und Süd informiert. Vor allem in der Innenstadt werden ganze historische Straßenzüge als Ensembles präsentiert, doch liegt der Schwerpunkt deutlich auf Solitärbauten. Mitunter liest sich die in Architekturführern häufig

anzutreffende akademische Schönfärberei umstrittener jüngerer Gebäude etwas anstrengend, z. B. bei den Neubauten der Sydbank (S. 29), bei der „Phänomena“ (S. 73), beim Anbau der Duborg-Skole (S. 78f.) oder beim Neubau Große Straße 61-65, dessen schmucklose, viereckige, einem Teil des Betonbaus vorgesetzte Fassade angeblich „an die Schaugiebel backsteingotischer Rathäuser erinnert“ (S. 48). Dass sich der Wert eines Gebäudes auch daran messen muss, inwieweit selbiges sich in seine Umgebung einfügt (gerade im sensiblen Gefüge einer historisch gewachsenen Altstadt), wird ebenfalls viel zu selten thematisiert.

Grundsätzlich sind die kompakten und ansprechend bebilderten Artikel aber sehr informativ und gut zu lesen. Leider ist die Schrift sehr klein, was wohl dem sehr kompakten Format geschuldet ist. Zudem fällt auf, dass historische ländliche Architektur in diesem Buch praktisch unberücksichtigt bleibt, obwohl es in den seit 1900 eingemeindeten alten Dörfern allerhand interessante und unbedingt erhaltenswerte Beispiele gibt (z. B. Engelsby-Dorf, Tarup-Kreuz, Sündepfahnhof u. a.).

Trotz der genannten Kritikpunkte bleibt zu hoffen, dass dieses Buch viel Verbreitung findet und das Bewusstsein für den Wert gewachsener Stadtlandschaften wieder stärken wird, um unnötige Verluste zu vermeiden und nicht neue Bausünden heraufzubeschwören. Möge „Zeitzeichen“ hier

zum Vorbild für ähnliche Werke über die kleineren Nachbarstädte und den ländlichen Raum beiderseits der Grenze werden.

Gerret Liebing Schlaber

### **Sehenswerte Orte für Einheimische, Zugezogene und Touristen**

**Jela Henning:**

111 Orte in und um Flensburg, die man gesehen haben muss

Mit Fotografien von Jens Hinrichsen und

Sina Beerwald:

111 Orte auf Sylt, die Geschichte erzählen

Beide: [Köln]: Emons Verlag 2017. 240 S., zahlr. ill.

In der Reihe „111 Orte“ des Emons-Verlags sind 2017 zwei Bände erschienen, die den Landesteil Schleswig behandeln. Im ersten Band beschreibt die Journalistin Jana Henning nicht nur Orte in der Stadt Flensburg, sondern auch in deren Umgebung, wie beispielsweise in Glücksburg und Holnis. Die Palette reicht von bekannteren Stätten wie dem 51-Stufen-Kino im Deutschen Haus, dem 1.000-Kannen-Café und dem Kapitänsweg über nicht-öffentliche, aber durchaus interessante Gebäude wie dem architektonisch außergewöhnlichen Penthaus im ehemaligen Truppenmannschaftsbunker in Mürwik bis hin zu Geschäften wie dem Bürstenladen in der Norderstraße oder dem einzigen Geigen-

baumeister der Stadt. Aufgrund des Textumfangs der einzelnen Beiträge und vermutlich wegen der Menge der Orte, können bei den 111 Punkten die historischen Hintergründe nur angedeutet, aber nicht vertieft werden, wie z. B. bei der Herkunft einiger Hausnamen. Zur Erkundung Flensburgs reicht dies aber völlig aus, da es sich hierbei um kein lokalgeschichtliches Werk handelt.

Das zweite Buch handelt von 111 Orten, „die Geschichte erzählen“ als Ergänzung des ersten Sylt-Bandes von 2015 mit Orten, „die man gesehen haben muss“ (s. Buchhinweis in GFH 1/2016). Die Autorin hat weitere Orte auf Sylt ausfindig gemacht, über die es spannende und kuriose Geschichten zu erzählen gibt. Dabei spielen z. B. berühmte Persönlichkeiten wie Marlene Dietrich, Max Schmeling und Hans Albers im „Verein der Matratzenschoner“ mit dem Motto „Wer sich in Westerland erholt, ist selbst schuld“ eine Rolle. Abseits von der Party-Fraktion werden auch Geschichten von Königinnen, Kapitäninnen, Künstlern, Kirchenmännern und Kurdirektoren erzählt. Ebenso werden die Historien von Hotels, Häfen und (Bahn-)Höfen kurz dargestellt. Erstaunlich sind darüber hinaus die Geschichten von einem vermeintlich verschwundenen Altargemälde und einem vermeintlich toten Maler, von „gangbaren Mineralwässer/n“ sowie Sandburgenbauwettkämpfen im frühen 20. Jahrhundert und 5-minütigen Badekuren im 19. Jahrhundert.

Die Bücher sind so aufgebaut, dass jeder Ort auf einer Seite beschrieben und auf der gegenüberliegenden Seite mit einem oder zwei Fotos illustriert wird. Dazu wird jeweils die Adresse der (in)formellen Sehenswürdigkeit genannt und die ÖPNV-Anreise dorthin beschrieben. Zusätzlich wird ein weiterer Entdeckungstipp für den Besuch vor Ort gegeben. Im Sylt-Band gibt es mehr Bilder, da bei den meisten Stätten ein historisches Foto einem Gegenwartsbild gegenübergestellt wird. Die beiden übersichtlich gestalteten Bände mit jeweils einem Kartenanhang eignen sich vor allem für geschichts- und geschichteninteressierte Touristen, für Neuzugezogene sowie für den einen oder die andere Einheimische, der/die vielleicht noch etwas Neues entdecken möchte.

*Levke Bittlinger*

### **Reiseeindrücke aus Südschleswig**

**Kristian Ditlev Jensen:  
Sydslesvig  
Steder og Mennesker  
[København]: Gyldendal 2016.  
207 S., reich illustr.**

Nachdem Kristian Ditlev Jensen (KDJ) 2014 ein Buch über Südjütland („Sønderjylland. Steder og mennesker“, s. GFH 1/2015) herausgab, ist nun ein ähnlicher Band über Südschleswig erschienen. Das Genre nennt der Ver-

lag „Reiseessay“ und mehr als das kann man von beiden Bänden nicht erwarten. Das 2016 erschienene Buch über Südschleswig richtet sich explizit an ein dänisches Publikum und spiegelt die persönlichen Eindrücke des Autors vom Landesteil wider, den er bereist und zeitweise bewohnt hat. KDJ versucht, den Landesteil schriftlich und fotografisch zu portraituren, beispielsweise anhand einer Frau namens Gerda, mit Kurzbriefen und -berichten von Südschleswiger/innen und einer Schilderung seines eigenen Umzugs nach Flensburg. Es folgt ein Kapitel über die Tageszeitung Flensburg Avis samt überflüssiger inhaltlicher Beschreibung der Artikel einer einzelnen Ausgabe derselben. Anschließend geht es um Flensburg sowie die ländlichen Regionen in der Umgebung. Der Autor schreibt, mit Exkursen nach Süddeutschland und Österreich, über Weihnachtsmärkte, Essgewohnheiten und Lebensmittel sowie über Kirchen. Ergänzt werden die persönlichen und anscheinend zufälligen gemachten Eindrücke durch den Abdruck einiger historischer Reiseschilderungen.

Das Buch ist collagenartig zusammengesetzt, statt stringent erzählt und es wirkt konzeptlos. Leider bedient sich der Autor einiger Stereotypen, indem er z. B. schreibt, dass die Menschen südlich der Grenze gute Mechaniker und effektive Handwerker seien und er impliziert unverständlicherweise, dass er persönlich den dänischen Ortsnamen „Læk» schöner

finde als die deutsche Bezeichnung „Leck“. Des Weiteren betont KDJ klischeehaft, dass man in Deutschland große Autos fahre und Fleisch in „germanischen Mengen“ kaufen könne. Den südschleswigsch-deutschen Akzent im Dänischen empfindet er als störend. Südschleswig selbst nennt er das „verlorene Land“. Ärgerlich sind zudem einige Ungenauigkeiten. So wird z. B. Schleswig-Holstein mit dem Landesteil Schleswig verwechselt und Zwiebelkuchen auf Deutsch als „Lauchkuchen“ bezeichnet.

Ähnlich wie im Südjütland-Band sind die Fotos bedauerlicherweise nicht untertitelt, nicht mit Ortsangaben oder Beschreibungen versehen. Außerdem werden dem Leser/der Leserin Fotos aus Skærbæk (Nordschleswig) untergemogelt sowie ein Text über Dithmarschen in Holstein (nicht Schleswig) mit Fotos aus u. a. Angeln bebildert. Die Aussagekraft der hier nur der Illustration dienenden und zum Teil wenig ästhetischen Fotos ist daher gering. Besonders trifft das auf die Bilder von einer Palette einer bekannten Nuss-Schokoladen-Creme, von zwei Fertigpackungen Kartoffelknödeln im Supermarktregal und von dreieckigen Pflastersteinen zu. Positiv an diesem Coffee-Table-Book hervorzuheben sind die – leider nur zwölf – Bilder des aus der Flensburg Avis bekannten professionellen Fotografen Lars Salomonsen sowie einige historische Abbildungen.

*Levke Bittlinger*

Levke Bittlinger, M.A.

Kulturanthropologin, Referentin  
Göttingen

Ruth E. Clausen, Dipl. Museologin  
Archivleiterin  
Glücksburg

Nicolai Flyman, cand.mag.  
Historiker  
Tondern

Ilse Friis, cand.mag.  
Rektorin i. R.  
Apenrade

Andrea Graw-Teebken, ph.d.  
Historikerin  
Mitarbeiterin des Regionskontors  
Pattburg

Maria Munkholt Christensen, ph.d.  
Ev. Theologin und Kirchenhistorikerin  
Göttingen

Mogens Rostgaard Nissen, ph.d.  
Archiv- und Forschungsleiter  
Flensburg

Dr. Matthias Schartl  
Historiker  
Schleswig

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.  
Historiker, Gymnasiallehrer  
Apenrade

Knud-Erik Therkelsen  
Lehrer, ehem. Højskoleforstander  
Generalsekretär des  
Grænseforeningen  
Kopenhagen

Hanna Wattenberg,  
Studentin,  
Sonderburg/Kiel

VERZEICHNIS DER IM JAHRE 2017 IN DEN  
GRENZFRIEDENSHEFTEN ERSCHEINENEN AUFSÄTZE

ANDREA GRAW-TEEBKEN	20 Jahre Region Sønderjylland-Schleswig. Ein Rückblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit 1997-2017	Heft 1 S. 5 ff
HARRO HALLMANN	Ehrenhain, Gedenkstätte und Langbehnhaus. Schwieriger Umgang mit der Geschichte in der deutschen Minderheit	Heft 1 S. 47 ff
CAMILLA HANSEN	Minderheitenpädagogik in der Grenzregion	Heft 1 S. 105
VOLKER HEESCH	Neue Perspektiven der deutsch-dänischen Zusammenarbeit im Grenzland. 14. Dialog des ADS-Grenzfriedensbundes	Heft 1 S. 117 ff
ARNE JENSEN	Hochtalent bei Kleinwuchs. Der Bildhauer Emil Rasmus Jensen. Ein fast vergessener Künstler aus Nordschleswig	Heft 1 S. 71 ff
GERRET LIEBING SCHLABER	Parteien in Dänemark. Ein Überblick über Grundzüge und aktuelle Entwicklungen im dänischen Parteiensystem	Heft 1 S. 21 ff
MOGENS Die ROSTGAARD NISSEN	Der Fall Karl Wolff. Absetzung eines Kreisverwaltungschefs in der unmittelbaren Nachkriegszeit	Heft 1 S. 57 ff
IMANI TAFARI-AMA	Rum, Schweiß und Tränen. Flensburgs Kolonialgeschichte und Erbe	Heft 1 S. 85 ff